

Allmendinger, Jutta (Ed.)

Periodical Part

Preise: Auszeichnungen - Märkte - Verteilungskämpfe

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Allmendinger, Jutta (Ed.) (2023) : Preise: Auszeichnungen - Märkte - Verteilungskämpfe, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 181 (3/23), https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/journal-vt/wzb-mitteilungen/wm2023_181.pdf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327962>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

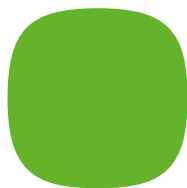
WZB | Mitteilungen

Quartalsheft für Sozialforschung

3 | 23

September 2023

wzb.eu



Preise

Auszeichnungen

Märkte

Verteilungskämpfe



Ein letzter Brief

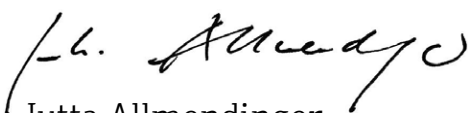


Lore Maria Peschel-Gutzeit traf ich das letzte Mal am 27. August in ihrer Wohnung. Die Ziele des Treffens hatte sie klar umrissen: „Wir schauen den Presseclub, dann diskutieren wir. Du bringst etwas zum Essen, ich öffne eine Flasche der Witwe.“ Madame Clicquot war eine ihrer Heldinnen. Nach dem Tod ihres Mannes hatte diese die Produktion des Champagners selbst in die Hand genommen. Gegen alle Widerstände. Vor über 200 Jahren.

An diesem Sonntag ist Lore Maria für mich wie ein Aquädukt, eine Verbindung zwischen Jahrhunderten, eine Lebensader. Die „Lex Peschel“, nach der sich auch Beamtinnen und Beamte Auszeit für ihre Kinder nehmen dürfen, stammt von 1968. Nun, 55 Jahre später, erzählt sie von ihrer Arbeit in der Kanzlei, von der Kampagne für Parität, von notwendigen Änderungen im Grundgesetz: Die Widersprüche zwischen Gleichberechtigung und dem Verbot der positiven Diskriminierung müssten aufgelöst, Kinderrechte aufgenommen werden, und das Wahlrecht ab Geburt. Nur so könne man die Interessen der Kinder und Frauen sichern. Ihre Stimme glasklar, hanseatisch, im Duktus charmant. Die Inhalte klug, präzise, hart. Am Abend begleitete sie mich zur Wohnungstür. „Bleib doch sitzen“, bat ich sie. „Nein“, entgegnete sie. „Wie könnte ich denn die 200.000 DM, die meine Erziehung gekostet haben, so einfach wegwerfen?“

Am 31. August diktierte sie den letzten Brief an mich. Gemeinsam wollten wir wenige Tage später eine neue Veranstaltungsreihe am WZB eröffnen. „Hoffentlich werde ich Deinen Anforderungen gerecht“, fügte sie hinzu. Als ich den Brief erhielt, war sie bereits tot. Ihre Erwartungen an mich werde ich nicht erfüllen können, das wäre vermessen. Aber wir alle werden uns dafür einsetzen, dass ihre vielen Errungenschaften nie verloren gehen. Es wäre das Ende der Gleichberechtigung in all ihren Facetten und damit das Ende der Demokratie.

Requiescas in pace, liebe Lore Maria. Und: Danke für Deine Freundschaft.


Jutta Allmendinger
Präsidentin

Inhalt 3|23

September 2023

Editorial

3 Ein letzter Brief

Titelthema

7 Preisungen und Preise

Zur Geschichte des Wertschätzens

Michael Hutter

11 Lieb und teuer

Preise und Erstattungen für Reproduktions-
medizin bestimmen mit, wer Familie sein darf

Mio Tamakoshi und Hannah Zagel

16 Märkte ohne Preise

Warum sie existieren und wie man sie
verbessern kann

Dorothea Kübler

20 Der Lohn der Anstrengung

Viele akzeptieren, dass Arbeit sich
unterschiedlich bezahlt macht

Yiming Liu

23 Preise absprechen

Die Rolle der Kommunikation bei Kartellen
und ihrer Verfolgung

Jana Friedrichsen

28 Der Preis der Sicherheit

Ein Dialog

Steffen Huck und Jan Stöß

32 Qualität kostet

Die Verteilungskämpfe im deutschen
Pflegesystem haben begonnen

Saara Inkinen und Wolfgang Schroeder

36 Das Vermögen, sich fortzubewegen

Wie das Deutschlandticket die sozial-ökolo-
gische Transformation voranbringen kann

Silvio Suckow und Sarah George

42 Der Preis des Papiers

Martin Schröder

44 Die schönen Künste auszeichnen

Über Kriterien und Auswahlprozesse
bei Literaturpreisen

Lena Hipp, Marcel Knobloch und Corinna Harsch

WZB|Mitteilungen online

Welchen Preis hat die Freiheit? | Märkte ohne
Preise | Der Preis der Großzügigkeit

Aus der aktuellen Forschung

48 Ansteckende Ängste

Bei wem die Pandemie Vorurteile begünstigt

Tamara Bogatzki, Jana Glaese und Julia Stier

52 Die Flitterwochen sind zu Ende

Die neue Härte europäischer Städte
im Umgang mit Online-Plattformen

Eliška Drápalová

Aus dem WZB

- 56** Noch ein Preis: A.SK Social Science Award
- 58** Personen
- 61** Veranstaltungen
- 62** Vorgestellt
- 64** Nachlese/Impressum

Zu guter Letzt

- 66** Liebe als Kameradschaft
Die feministische Sexualmoral von
Alexandra Kollontai
Kaja Kröger

Das WZB

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten insgesamt 470 Menschen, darunter 200 deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung in den Disziplinen Soziologie, Politologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte und darüber hinaus betreiben. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte - Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



WZB



Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Sie können die Printausgabe der WZB-Mitteilungen kostenfrei abonnieren. Schreiben Sie einfach eine E-Mail an: presse@wzb.eu.

„Gezahlte Preise sind Ausdruck des Werts, den Käufer und Verkäuferin dem Kaufobjekt zurechnen“, schreibt Michael Hutter in seinem Text über die Geschichte des Wertschätzens. Dieses Verkaufsgespräch fand 1964 im italienischen Riccione statt.

Foto: © Mondadori Portfolio/Giorgio Lotti, alle Rechte vorbehalten.



Preisungen und Preise

Zur Geschichte des Wertschätzens

Der eine wird gezahlt, der andere wird verliehen: „Preis“ heißen beide, und beide sind Ausdrucksformen von Wert. Historisch lässt sich nachvollziehen, wie Maßstäbe für den Umgang mit Objekten, Leistungen oder Ereignissen gefunden wurden. Im europäischen Raum jedenfalls – offen ist noch, wie in der Weltgesellschaft Wertschätzung organisiert werden wird.

Michael Hutter

Es ist eigenartig, welche Bedeutungsschattierungen ein Begriff erzeugen kann. Während „wertschätzen“ das Gefühl einer innerlichen, subjektiven Achtung für eine Person oder einen Gegenstand ausdrückt, ist mit „Wert schätzen“ das möglichst objektive Erfassen der Wertzuweisung durch den Rest der Gesellschaft gemeint. In beiden Varianten dienen „Preise“ dazu, Wertunterschiede kenntlich zu machen – verliehene Preise gelten als Zeichen der Wertschätzung, und gezahlte Preise sind Ausdruck des Werts, den Käufer und Verkäufer dem Kaufobjekt zurechnen. Der Preis als das, was für eine Sache gezahlt wird, taucht im deutschen Sprachraum allerdings erst im 15. Jahrhundert auf. Auch in anderen europäischen Sprachen findet sich diese bemerkenswerte Doppeldeutigkeit ein und desselben Begriffs entweder vollständig (*prix/prix*) oder annähernd (*prize/price* oder *premio/prezzo*). Es ist zu vermuten, dass auch dort erst mit der Verbreitung regelmäßiger Märkte das Wort „Preis“ seine zweite Bedeutung bekommen hat.

In archaischen Gesellschaften hatten alle, hatte alles einen festen Wert, und der ließ sich durch individuelles Handeln kaum verändern. In hierarchischen Gesellschaften waren und sind die religiösen und die machtpolitischen Wertklassen vorgegeben, in die bestimmte Personen

oder Gegenstände gehören, aber mit einiger Mühe konnten Personen ihren Wertstatus verändern und ungewöhnliche, dennoch wertgeschätzte Objekte – materieller oder geistiger Art – schaffen. In Europa, dem Kontinent mit einer einzigen religiösen und vielen politischen Werthierarchien, begannen sich diese Wertzuordnungen seit dem 15. Jahrhundert aufzulösen. Diese Auflösungen wurden von den Zeitgenossen beobachtet und kommentiert, und so lässt sich die doppelte Geschichte der Praktiken, mit denen in der modernen Gesellschaft den verschiedenartigsten Objekten Wert zugeschrieben wird, verfolgen.

Die eine Traditionslinie befasst sich mit dem gefühlten Wert von Gegenständen und fiktiven

„Der gefühlte Wert kann
in der Nützlichkeit von
Dingen, aber auch in ihrer
Symbolkraft oder in ihrer
Schönheit liegen“

Werken. Dieser Wert kann in ihrer Nützlichkeit, aber auch in ihrer Symbolkraft oder in ihrer Schönheit liegen. Während die Scholastiker

noch die archaische Doktrin vom intrinsischen Wert verteidigten, setzte sich nach 1600 in den Kulturzentren Europas, also etwa in London, Amsterdam oder Paris, die Ansicht durch, dass Individuen über die Gabe des Geschmacks verfügen, sie also im eigenen Inneren den Wert des Gegenstands oder der Person empfinden, dem sie ihre Aufmerksamkeit schenken. Der empfundene Wert ist zwar individuell und subjektiv, dennoch wird er von „arbiters of taste“ (David Hume) bestimmt. Solche Geschmacksexperten sind entweder besonders befähigt, oder sie haben sich, wenn man Pierre Bourdieus These folgt, im Machtkampf ihres Feldes durchgesetzt. Jedenfalls operieren sie bis heute mittels Praktiken, die John Dewey 1939 in seiner „Theory of Valuation“ als „praising and prizing“ beschrieb.

Unter „praising“ fällt jegliche Form von positivem Lob und negativer Kritik, sei es in Form von digitalen Daumen, von ausführlichen Besprechungen im Feuilleton von Tageszeitungen oder Streitgesprächen zwischen Menschen, die sich ein Urteil über den Gegenstand der Wertschätzung erlauben. Aus den Unterschieden und Übereinstimmungen dieser Urteile resultieren standardisierte Wertschätzungen, die von den Vielen, die die besprochenen Orte, Veranstaltungen und Objekte nie gesehen haben, beobachtet und verinnerlicht werden.

Das „prizing“ setzt ein aufwendigeres Verfahren voraus. Zuerst lobt eine Person oder Institution einen Preis für eine bestimmte Kategorie von zu bewertenden Gegenständen aus. Dann folgt ein Verfahren, in dem diese Gegenstände – also Gebäudeentwürfe, Forschungsan-

„Der Preis gewinnt erst in der Wiederholung, verbunden mit dem steten Anwachsen der Zahl der Preisträger:innen, seinen Eigenwert“

träge, Lyrikbände oder Opernaufführungen – miteinander verglichen und gegeneinander eingeschätzt werden. Meist wird für diese Aufgabe eine Gruppe von Expert:innen ernannt, die dann ihre Preisentscheidung in sprachlicher Form begründen. Bei diesen Preisverfahren zeigt sich, dass Wertschätzungen über die



Michael Hutter ist emeritierter Forschungsprofessor des Instituts für Soziologie der Technischen Universität Berlin. Bis 2014 war er Direktor der Abteilung Kulturelle Quellen von Neuheit am WZB. michael.hutter@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

Zeit akkumuliert werden können. Der Preis selbst gewinnt erst in der Wiederholung, verbunden mit dem steten Anwachsen der Zahl der Preisträger:innen, seinen Eigenwert. Ähnliches gilt für die auslobende Institution, auf die der Glanz der Ausgewählten zurückfällt. Die Jurymitglieder haben sich ihr Prestige als Urteilende in ihrem Genre oft über Jahrzehnte aufgebaut, und sie vergrößern es durch ihre weiteren Preisentscheidungen. Der Wertgewinn für diejenigen, denen ein Preis zugesprochen wird, hängt von diesen gewachsenen Wertzuschreibungen ab. Die Wertzuschreibungen wirken auf den gefühlten Wert, den die Beobachtenden solcher Preisverfahren erleben und für sich selbst werten. Dazu kommt in manchen Fällen noch der gemessene, in Zahlen kommunizierbare Wert des Preisgelds, das mit dem Preisgewinn verbunden ist.

In der Antike wurden zwar Dichter mit Preisen und Geldgeschenken bedacht, allerdings war das die Gegengabe dafür, dass sie bestimmte Personen oder Städte in ihren Werken gepriesen hatten. In der italienischen Renaissance wurde der wertende Vergleich zwischen den Werken von Künstlern zu einer eigenen literarischen Form, dem „paragone“. Erst im 20. Jahrhundert wurden Kulturpreise zu einer weitverbreiteten, allgemeinen Praxis. 2019 verzeichnete das „Handbuch der Kulturpreise“ in Deutschland 2.661 aktive Preise, vergeben in sieben Sparten, von darstellender Kunst bis Soziokultur. In den Sparten von Kunst und Wissenschaft haben sich Hierarchien der Wertzu-

schreibungsmacht herausgebildet, in denen einzelne Preise je nach Historie und Preisgeld ihren Rang einnehmen. An der Spitze stehen internationale Preise, insbesondere die Nobelpreise, in der Breite schaffen nationale und lokale Preise, aber auch kompetitiv vergebene Stipendien und Grants ein Geflecht von Wertzuweisungen, die unentbehrlich sind für die Karrieren von Schriftstellerinnen, Regisseuren oder Soziologinnen.

Eine zweite Traditionslinie befasst sich mit dem gemessenen Wert von Objekten oder auch der Arbeitsleistung von Menschen. Hier geht man davon aus, dass das Ausmaß der Wertschätzung für alle Beobachtenden sichtbar sein muss, und in diesem überprüfbareren Sinn „objektiv“. Das Maß wird in jeder Transaktion sichtbar: Die Käuferinnen geben die Kaufkraft einer Geldsumme her, weil sie die Verfügung über das Objekt bekommen wollen, das ihnen die Verkäufer anbieten. Die „Kaufkraft“ der Geldtitel einer Währung ist dabei das Ergebnis einer jahrhundertlangen Entwicklung. In

„Der Wert einer Ware oder einer Arbeitsleistung ist objektiv messbar als die Menge oder das Volumen dieser Ware multipliziert mit dem Preis einer Wareneinheit“

Griechenland verbürgten 600 v. Chr. geprägte Silberstücke ihren Metallwert, zwei Jahrtausende später, um die Wende zum 18. Jahrhundert, wurden in England Bankkreditnoten zu umlaufenden Wertpapieren, und heute sind weltweit sogenannte „Zentralbanken“ bemüht, mit geldpolitischen Maßnahmen die Erwartungen an den Geldpreis, also den Zinssatz, in ihren Währungszonen zu stabilisieren. Ist dieser Geldwert einigermaßen fixiert, lassen sich die Relationen sämtlicher Preise in dieser „Währung“ ausdrücken. Der Wert einer Ware oder einer Arbeitsleistung ist deshalb, so die (neo-)klassische Annahme der Ökonomik des vergangenen Jahrhunderts, messbar als die Menge oder das Volumen dieser Ware multipliziert mit dem Preis einer Wareneinheit. Jegliche Veränderung, die eine Ware mehr oder weniger wertvoll machen könnte, ist bereits „eingepreist“, das heißt, sie wird offengelegt im Steigen und Sinken des Verkaufspreises und in der gekauften Menge. „Der Markt“ erscheint als neutraler Mechanismus zur Schätzung des Wertes aller Objekte und Leistungen, die bezahlbar, das heißt für Geld kaufbar sind.

Preise bilden die Wertschätzung besonders dann gut ab, wenn die Einheiten der gekauften Ware über lange Zeit in ihren wesentlichen Qualitäten gleich sind und Schwankungen der Marktsituation ausbleiben. Sie lassen sich aber auch auf komplexe, zeitlich unsichere Leistungen anwenden, wenn etwa der Zugang zu einer Datenbank mit Tonaufnahmen über einen Preis pro Zeiteinheit bezahlt wird. Objekte müssen nicht unbedingt materiell fassbar sein. Die Preise, die für Lizenzen zur Verwendung von bestimmten Formen von „geistigem Eigentum“ bezahlt werden, dienen als Wertindikator. Wenn Projekte mit ungewissem Erfolg, wie etwa Filmproduktionen, zu finanzieren sind, werden Verträge abgeschlossen, die das Risiko, dass Wertloses produziert werden könnte, auf die Vertragspartner verteilen.

Die gezahlten Preise werden von Beobachter:innen in der weiteren Gesellschaft registriert, auch wenn sie nicht an den Transaktionen beteiligt sind. Sie dienen als Orientierungshilfe, wenn die Beobachtenden selbst Kaufende, vielleicht auch Verkaufende sind. Wenn Preise von Objekten beobachtet werden, die die Beobachtenden selbst ganz anders wertschätzen oder die außerhalb ihrer eigenen Vorstellungswelt liegen, bleiben sie unverständlich. Die Beobachtung kann auch dadurch verzerrt sein, dass bevorzugt über extreme Einzelfälle von Verkäufen, etwa auf Kunstauktionen, berichtet wird, wobei unerwähnt bleibt, dass der Durchschnittspreis, zu dem ähnliche Objekte gehandelt wurden, nur einen Bruchteil davon beträgt.

Verfahren des Preisens und der Preiswettbewerbe, wie sie in der ersten Traditionslinie entwickelt wurden, eignen sich am besten für singuläre, überraschende Objekte, wie sie ständig in Kunst, Wissenschaft und Unterhaltungsmedien geschaffen werden. Die zweite Linie, die Wertschätzung über Preise pro Menge, passt eher zu standardisierten Gütern, die einigermaßen beliebig oft reproduziert werden können, etwa Lebensmittel, Kleidung oder Baustoffe. Die meisten Objekte, Leistungen und Ereignisse, die in unserer Gesellschaft ständig

gewertet werden, liegen allerdings irgendwo dazwischen. Dazu gehören alle Produkte der Kreativindustrien, die Gelderträge erzielen, vom Kunsthandwerk über Mode bis zu Videospielen, aber auch Lyrikbände und Tanzchoreografien, die sich nicht verkaufen und deshalb über Preis- und Fördergelder finanziert werden. Akteure der „communities of esteem“, in denen die Preisungen stattfinden, verflechten sich dabei mit Akteuren der „communities of estimation“, in denen Geldpreise gezahlt werden. In der Filmindustrie beispielsweise werden etwa die Hälfte der Produktionskosten für das Marketing ausgegeben – also für gezielte Maßnahmen, um neuen Filmen durch Lobeshymnen von anerkannten Expert:innen und jährlichen Preisverleihungsereignissen die nötige gefühlte Wertschätzung zu verschaffen, die dann das interessiert gemachte Publikum dazu bringt, den Eintritts- oder Subskriptionspreis zu zahlen.

Auch bei Konsumgütern, die so standardisiert erscheinen wie Milch oder Fahrräder, lassen sich leicht unterschiedliche Qualitäten erzeugen, die dann als wertsteigerndes Element angepriesen werden können. Die Dimension der eigenen, subjektiven Erfahrung und Wertung, die bislang auf die erfreulichen, aber nutzlosen Hervorbringungen von Kulturschaffenden begrenzt blieb, wird derzeit ausgeweitet auf den Umgang mit allen möglichen Situationen der Konsumtion und der Produktion. Wertschätzungspraktiken, bei denen Preisungen komple-

mentär zur Preissetzung eingesetzt werden, werden zur Regel. Gleichzeitig setzen sich umgekehrt bei staatlichen Akteuren Verfahren durch, mit denen Kultur in Geldeinheiten gemessen wird – in Großbritannien etwa soll der „flow of benefits“ von Kulturkapitalgütern in Geldgrößen berechnet werden, wobei mit den „benefits“ die subjektiv empfundenen Werte gemeint sind, die Nutzer:innen von Theatern, Musikschulen, Ausgrabungsstätten oder Bibliotheken in komplexen Befragungsverfahren zum Ausdruck bringen.

Die zwei europäischen Traditionslinien von Preisungen und Preisen bestehen also fort, und sie sind zunehmend verflochten. Diese Entwicklung stößt gegenwärtig auf anders entwickelte Traditionen der Wertschätzung, die in den Kulturen Asiens, Afrikas und Amerikas entstanden sind und in denen sich die Geschichte der jeweiligen Gesellschaften spiegelt. Zwar wird inzwischen auch dort Wert über gezahlte Preise geschätzt, aber die Orientierung im Feld der gefühlten Wertung erfolgt über eigene Kritikformen und über eigene Aufnahmewege in den Wertekanon. Für die Beobachtenden in einer Weltgesellschaft, in der unterschiedliche Wertschätzungen und ihre Verfahren gleichzeitig vorkommen, wächst damit die Wahrscheinlichkeit, auf gegenseitiges Unverständnis für die jeweils andere Wertung zu stoßen. Von den Strategien des Umgangs mit diesem Unverständnis dürfte einiges für die gewaltfreie Weiterentwicklung der Weltgesellschaft abhängen. ●

Literatur

Berthoin Antal, Ariane/Hutter, Michael/Stark, David (Hg.): Moments of Valuation. Exploring Sites of Dissonance. Oxford: Oxford University Press 2016.

Boltanski, Luc/Esquerre, Arnaud: Bereicherung. Eine Kritik der Ware. Berlin: Suhrkamp 2018.

Borghardt, Dennis/Maas, Sarah/Pontzen, Alexandra (Hg.): Literaturpreise. Geschichte, Theorie und Praxis. Würzburg: Königshausen & Neumann 2020.

Bourdieu, Pierre: „Le marché des biens symboliques“. In: L'année sociologique, 1971, Bd. 22, S. 49-126.

Hiss, Stefanie/Rona-Tas, Akos: „Wie entstehen Preise? Zur Lösung des Bewertungsproblems auf dem Markt für Ratingurteile strukturierter Finanzprodukte“. In: Berliner Journal für Soziologie, 2011, Jg. 21, S. 469-494.

Krüger, Anne: Soziologie des Wertens und Bewertens. Stuttgart: UTB 2022.

Sagger, Harman/Philips, Jack/Haque, Mohammed: Valuing Culture and Heritage Capital: A Framework towards Informing Decision Making. London: Department for Digital, Culture, Media & Sport 2021.

Lieb und teuer

Preise und Erstattungen für Reproduktionsmedizin bestimmen mit, wer Familie sein darf

Auf künstlichem Wege Kinder zu bekommen, ist teuer. Wer eine Eizelle im Labor befruchten und dann einsetzen lassen will, muss mit Kosten von bis zu 5.000 Euro rechnen. Und meist bleibt es nicht bei einem Versuch. Welche Kosten von gesetzlichen Versicherungen unter welchen Bedingungen erstattet werden, ist von Land zu Land verschieden. Der internationale Vergleich lehrt einiges über gesellschaftliche Normen und Familienbilder.

Mio Tamakoshi und Hannah Zagel

Medizinisch unterstützte Fortpflanzung – also zum Beispiel die In-vitro-Fertilisation (IVF) oder eine künstliche Befruchtung mit gespendetem Sperma – ist zunehmend gefragt. Immer mehr Menschen wollen Unfruchtbarkeit behandeln lassen oder außerhalb des heterosexuellen Paarkontextes eine Familie gründen. Bei den Diskussionen über diese Behandlungen wird manchmal übersehen, wie teuer sie sind. In Europa liegen die Kosten für eine IVF-Behandlung bei 4.000 bis 5.000 Euro pro Zyklus. Es liegt auf der Hand, dass öffentliche Mittel den individuellen Zugang zu solchen medizinischen Verfahren entscheidend verbessern können. Viele Wohlfahrtsstaaten subventionieren Maßnahmen der Reproduktionsmedizin über die gesetzliche Krankenversicherung. Frühere Untersuchungen wie etwa die von Georgina M. Chambers und Kolleg*innen zeigen, dass solche öffentlichen Subventionen im Allgemeinen dazu führen, dass die Leistungen stärker in Anspruch genommen werden.

Die Reduktion der Preise für reproduktionsmedizinische Behandlung durch die gesetzliche Krankenversicherung kommt jedoch nicht allen

Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugute. Erstens schließt die allgemeine Krankenversicherung bestimmte Gruppen von der Erstattung aus, beispielsweise aufgrund ihres Alters oder ihres Familien- oder Partnerschaftsstatus. Durch solche Kriterien für die Erstattungsfähigkeit kommt es zu unterschiedlichen Preisen der Behandlung für verschiedene soziale Gruppen, es ist also unterschiedlich teuer, eine Familie zu gründen. Zweitens bezuschussen einige Länder die Leistungen nur, wenn die Hilfe bei der Fortpflanzung medizinisch notwendig ist. In solchen Fällen wird die Reproduktionsmedizin ausschließlich als Mittel zur Behandlung von medizinisch bedingter Unfruchtbarkeit subventioniert. Drittens kann der Umfang der Kostenübernahme, zum Beispiel die maximale Anzahl der Behandlungszyklen, den Preis für verschiedene Empfängergruppen verändern – was deren Entscheidung darüber beeinflusst, wie viel Zeit und Geld sie in die Bemühungen um eine Schwangerschaft investieren.

Die Daten unserer neu erhobenen International Reproduction Policy Database (IRPD: <https://irpd.wzb.eu/>) erlauben es zu analysieren, wie unterschiedliche Länder-Regelungen zu Unter-

schieden beim Preis der Fortpflanzung für verschiedene soziale Gruppen führen. Im Folgenden präsentieren wir erste Erkenntnisse.

Es ist allgemein bekannt, dass die Fruchtbarkeit mit dem Alter abnimmt; dies gilt nicht nur für auf natürlichem Weg entstehende, sondern auch für medizinisch unterstützte Schwangerschaften. Die Qualität und die Quantität der Eizellen nehmen bei Frauen ab 30 ab, und ab dem Alter von 40 Jahren noch deutlich stärker. Das führt zu geringeren Erfolgsquoten bei der Empfängnis und beim Entstehen einer Schwangerschaft, die in-vitro erzeugt wurde. Darüber hinaus kommt es wegen geringerer Qualität von Embryonen selbst bei erfolgreicher Einnistung in die Gebärmutter häufiger zu Fehlgeburten. Bei der medizinisch unterstützten Fortpflanzung sind daher mit zunehmendem Alter sowohl die Schwangerschafts- als auch die Geburtenrate niedriger.

In vielen Ländern gibt es eine Altersgrenze für die Erstattung der Kosten einer reproduktionsmedizinischen Behandlung. In der Tschechischen Republik und in Estland beispielsweise liegt die Altersgrenze für die Inanspruchnahme medizinischer Unterstützung bei 49 Jahren,

„In vielen Ländern wird der Preis nur für diejenigen niedriger, die ‚jung genug‘ sind und somit bessere Aussichten auf eine Schwangerschaft haben“

aber die gesetzliche Krankenversicherung übernimmt die Kosten nur für Frauen unter 40. Auch in Ungarn, den Niederlanden, Portugal und Spanien gibt es unterschiedliche Altersgrenzen für die Verfügbarkeit der Behandlung einerseits und ihre Übernahme durch die Krankenversicherung andererseits. In diesen Ländern wird der Preis nur für diejenigen niedriger, die „jung genug“ sind und somit bessere Aussichten auf Schwangerschaft und Gebären haben.

Ein weiteres häufiges Kriterium für die Kostenübernahme durch die Krankenkassen ist der Familien- und Partnerschaftsstatus der zu be-



Mio Tamakoshi ist Doktorandin in der Forschungsgruppe *Varieties of Reproduction Regimes* am WZB. Sie forscht zum Schwangerschaftsabbruch und zu assistierter Reproduktion in Italien und Japan. mio.tamakoshi@wzb.eu

Foto: © Anna Kluge, alle Rechte vorbehalten.

handelnden Person. Wenn gespendete Samenzellen verwendet werden, können Menschen theoretisch in vielen verschiedenen Konfigurationen gebären, unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder nicht, welches Geschlecht ihr Partner hat oder ob sie in einer festen Beziehung leben. So können beispielsweise alleinstehende Frauen mit ihrer eigenen Eizelle und einem gespendeten Spermium durch künstliche Befruchtung oder IVF ein Kind bekommen.

Einige Länder machen jedoch den Zuschuss der Krankenversicherung vom Familien- und Partnerschaftsstatus der Betroffenen abhängig. In Österreich zum Beispiel ist die künstliche Befruchtung mit gespendetem Spermia legal, so dass sich theoretisch sowohl alleinstehende als

„In Beschränkungen der staatlichen Zuschüsse für Fortpflanzungsmedizin auf bestimmte Ehe- und Partnerschaftskonstellationen drücken sich Familiennormen aus“

auch in Partnerschaft lebende Frauen auf diesem Wege fortpflanzen können. Allerdings beschränkt die österreichische Regelung die Möglichkeit der Kostenerstattung auf verheiratete Paare und Paare in einer festen Partner-



Im Wartezimmer einer Samenbank im dänischen Aarhus.
Foto: © Florian Jaenicke/laif, alle Rechte vorbehalten.





Hannah Zagel ist Leiterin der Forschungsgruppe *Varieties of Reproduction Regimes*. Sie forscht ländervergleichend zu sozialen Ungleichheiten im Lebensverlauf, Wohlfahrtsstaaten und Reproduktion. hannah.zagel@wzb.eu

Foto: © Anna Kluge, alle Rechte vorbehalten.

schaft (ob verschieden- oder gleichgeschlechtlich, spielt in diesem Fall keine Rolle). In solchen Beschränkungen der staatlichen Zuschüsse für Fortpflanzungsmedizin auf bestimmte Ehe- und Partnerschaftskonstellationen drücken sich Familiennormen aus: In Österreich wird die Familiengründung nur für Menschen in einer festen Beziehung gefördert.

Eine andere Beschränkung der Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung ist ein medizinisches Kriterium. Unfruchtbarkeit ist weithin als behandelbares medizinisches Problem anerkannt. Die Reproduktionsmedizin geht aber nicht direkt die Ursachen der Unfruchtbarkeit an. Vielmehr umgeht sie bestimmte medizinische Faktoren, um das gewünschte Ergebnis, nämlich die Zeugung eines biologisch eigenen Kindes, zu erreichen. Fast alle Maßnahmen der Reproduktionsmedizin zielen darauf ab, ein biologisch eigenes Kind zu bekommen, aber die Betroffenen bleiben auch nach einer erfolgreichen Empfängnis unfruchtbar. Mit anderen Worten: Mit den medizinischen Interventionen wird in erster Linie die Kinderlosigkeit behandelt, nicht die Unfruchtbarkeit selbst.

Das bedeutet umgekehrt, dass Menschen eine Behandlung auch dann in Anspruch nehmen können, wenn sie gar nicht unfruchtbar sind. So können beispielsweise gleichgeschlechtliche Paare oder alleinstehende Frauen, bei denen nicht die medizinische Indikation der Unfruchtbarkeit vorliegt, ein eigenes Kind mit ge-

spendeten Keimzellen bekommen. Auch Personen, die derzeit keine Probleme mit Unfruchtbarkeit haben, möchten vielleicht ihre Eizellen oder Embryonen einfrieren lassen und später in ihrem Leben versuchen, schwanger zu werden.

In vielen Ländern werden jedoch die Kosten für Reproduktionsmedizin nur dann übernommen, wenn dies medizinisch notwendig ist. In Finnland beispielsweise haben sowohl verschieden- und gleichgeschlechtliche Paare als auch alleinstehende Frauen Anspruch auf eine Behandlung, doch die Kosten werden nur für die erstattet, denen medizinische Unfruchtbarkeit attestiert wurde. Die Bindung der Kostenübernahme durch die öffentliche Krankenversicherung an dieses medizinische Kriterium bedeutet, dass Menschen, die nicht in diese Kategorie fallen, die teuren Behandlungen selbst bezahlen müssen. Ähnlich wie das Kriterium des Familienstandes transportiert auch die medizinische Notwendigkeit Normen über Fortpflanzung und Familiengründung.

Abgesehen von der grundsätzlichen Entscheidung über die Erstattung der Kosten beeinflusst auch der Umfang der Kostenübernahme den Preis der reproduktionsmedizinischen Behandlung für verschiedene Empfängergruppen – und damit deren Entscheidung darüber, wie viel Geld und Zeit sie in die Bemühungen um eine Schwangerschaft investieren. In diesem

„Die Rate der Entbindungen nach dem ersten IVF-Zyklus liegt selbst bei Frauen unter 35 Jahren bei nur 37,4 Prozent“

Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Rate der Entbindungen nach dem ersten IVF-Zyklus bei Frauen unter 35 Jahren bei nur 37,4 Prozent liegt; bei Frauen über 40 Jahren sind es 3,1 Prozent (diese Daten hat ein Autor*innenteam um Dalia Khalife 2020 für den Libanon erhoben). Viele Menschen unterziehen sich mehreren Behandlungszyklen, um Schwangerschaft und Geburt zu erreichen.

In vielen Ländern, in denen die staatliche Krankenversicherung die Reproduktionskosten übernimmt, gibt es eine Obergrenze für die

Anzahl der IVF-Behandlungszyklen. Die Länder legen unterschiedliche Höchstzahlen fest; so wurden im Jahr 2020 beispielsweise in Lettland zwei Zyklen übernommen, in Belgien sechs. Ähnlich wie bei den oben erwähnten Alterskriterien können die Menschen auch über diese Grenzen hinaus viele Behandlungszyklen versuchen, allerdings dann auf eigene Kosten. Das bedeutet, dass sich der Preis vervielfacht, wenn das gewünschte Ergebnis nicht innerhalb der abgedeckten Zykluszahl erreicht wird. Da die Erfolgsquote pro Zyklus mit dem Alter abnimmt, bedeutet dies auch, dass die Behandlung teurer wird, je älter Menschen mit Kinderwunsch werden.

Reproduktionsmedizinische Behandlungen sind also nicht gleich teuer für alle, die mithil-

fe dieser Methoden eine Familie gründen wollen. Die Länder legen unterschiedliche Kriterien für die Erstattungsfähigkeit und den Umfang der Kostenübernahme fest. Durch diese Art der Regulierung der Preise steuern und differenzieren die Staaten indirekt den Zugang zur Reproduktionsmedizin für verschiedene soziale Gruppen. Und selbst mit der Erstattung ist der Preis hoch. Sogar wenn die Kosten vollständig gedeckt sind, erfordert die Behandlung oft häufige, regelmäßige und manchmal spontane Besuche in Fruchtbarkeitskliniken. Das führt dazu, dass selbst in den Gruppen, die Anspruch auf eine Kostenübernahme durch die öffentliche Krankenversicherung haben, der Großteil derer, die tatsächlich eine Behandlung annehmen, sozial und wirtschaftlich bessergestellt ist. ●

Literatur

Brigham, Karen Berg/Cadier, Benjamin/Chevreur, Karine: „The Diversity of Regulation and Public Financing of IVF in Europe and Its Impact on Utilization“. In: Human Reproduction, 2013, Jg. 28, H. 3, S. 666–675. DOI: 10.1093/humrep/des418.

Chambers, Georgina M./Hoang, Van Phuong/Sullivan, Elizabeth/Chapman, Michael/u. a.: „The Impact of Consumer Affordability on Access to Assisted Reproductive Technologies and Embryo Transfer Practices: An International Analysis“. In: Fertility and Sterility, 2014, Jg. 101, H. 1, S. 191–198. DOI: 10.1016/j.fertnstert.

Goisis, Alice/Håberg, Siri Eldevik/Hanevik, Hans Ivar/Magnus, Maria Christine/Kravdal, Øystein: „The Demographics of Assisted Reproductive Technology Births in a Nordic country“. In: Human Reproduction, 2020, Jg. 35, H. 6, S. 1441–1450. DOI: 10.1093/humrep/deaa055.

Khalife, Dalia/Nassar, Anwar/Khalil, Ali/Awwad, Johnny/u. a.: „Cumulative Live-Birth Rates by Maternal Age after One or Multiple In Vitro Fertilization Cycles: An Institutional Experience“. In: International Journal of Fertility & Sterility, 2020, Jg. 14, H. 1, S. 34–40. DOI: 10.22074/ijfs.2020.5855.

Präg, Patrick/Mills, Melinda C.: „Assisted Reproductive Technology in Europe: Usage and Regulation in the Context of Cross-Border Reproductive Care“. In: Michaela Kreyenfeld/Dirk Konietzka (Hg.): Childlessness in Europe: Contexts, Causes, and Consequences. Springer International Publishing 2017, S. 289–309. DOI: 10.1007/978-3-319-44667-7_14.

Märkte ohne Preise

Warum sie existieren und wie man sie verbessern kann

Beim Geld hört die Freundschaft auf, weiß der Volksmund. Und tatsächlich scheint eine Gesellschaft nicht attraktiv, in der Gesundheit, Bildung oder Liebe zu kaufen wären. Der gänzliche Verzicht auf Geld ist allerdings auch keine Lösung – schnell fehlen Anreize und Struktur; Mangel und Marktversagen sind oft die Folge. Es braucht ein passendes System für den Austausch von Waren und Dienstleistungen. Bei der Ausgestaltung helfen Experimente und ökonomische Theorien.

Dorothea Kübler

Viele Märkte funktionieren nach einem einfachen Prinzip: Man bekommt, was man will, wenn man dafür bezahlt. Es gibt aber auch Märkte, auf denen man ausgewählt werden muss. Solche Selektionsprozesse finden gerade bei wichtigen Gütern und Dienstleistungen statt. So fallen zum Beispiel die Zulassung zu Schulen, die Vermittlung von Arbeitsplätzen, die Zuteilung von Organen und in vielen Fällen auch die Wahl von LebenspartnerInnen in die Klasse der sogenannten Matching-Märkte. Auf diesen Märkten bestimmt eben gerade nicht Geld über die Verteilung, sondern es gibt andere Kriterien, nach denen ausgewählt wird: Leistungsfähigkeit, soziale Merkmale, medizinische Kriterien oder auch Liebesswürdigkeit und Aussehen.

Der Ausschluss von Geld als Kriterium für die Zuteilung ist vielfach gut begründet. Wenn Gesundheitsleistungen und Bildungschancen an die Meistbietenden verkauft werden, erscheint uns das moralisch fragwürdig. Man kann sich ja noch nicht mal einen Platz in der Schlange vor dem Kino kaufen, und bei wichtigeren Gütern sollte es dann auch nicht möglich sein. Andererseits ist es gängige Praxis, für den be-

schleunigten Zugang zu einem Flugzeug zu bezahlen. Das wirft die Frage auf: Was genau ist eigentlich problematisch an der Verteilung von Gütern mit Hilfe von Preisen?

Zum Teil spiegeln die moralischen Urteile, die hier zum Zuge kommen, unsere sozialen Konventionen und unsere Vorstellungen von Gleichheit wider. So soll verhindert werden, dass die Verwendung von Geld als Austauschmedium zur Ausbeutung finanziell schwacher Personen führt und den Reichen Macht verschafft. Eine Gesellschaft, in der die Befriedigung zentraler Bedürfnisse der Menschen von deren finanziellen Mitteln abhängt, widerspricht unseren Vorstellungen einer gerechten Ordnung. Weil Bildung und Gesundheit die Grundlage für ein erfülltes Leben und für soziale Teilhabe sind, besteht eine gesellschaftliche Verpflichtung, allen BewohnerInnen eines Landes Zugang zu diesen Gütern zu gewährleisten – unabhängig von ihrer Finanzkraft.

Es gibt eine weitere wichtige Begründung für den Ausschluss von Zahlungen: Es soll verhindert werden, dass Geld gewisse Aktivitäten und Dinge zu sehr versachlicht, indem es sie nach

ihrem Marktwert vergleichbar macht. Eine solche Vereinheitlichung könnte, so ist die Befürchtung, den intrinsischen Wert und dadurch die Bedeutung von Dingen oder Tätigkeiten vermindern oder zerstören. Hierfür ist die Partnerwahl ein gutes Beispiel, das Argument ist aber auch auf viele Gesundheits- oder Bildungsgüter anwendbar.

So sinnvoll die Ablehnung von Geld als Tauschmittel in bestimmten Kontexten ist: Sie führt auch zu Problemen. Erstens wird es dadurch schwieriger, Anreize für die Bereitstellung der entsprechenden Leistungen zu schaffen. Das führt zu Knappheit und Mangellagen. Um einen solchen Mangel zum Beispiel bei Schul- und Universitätsplätzen zu vermeiden, müssen diese öffentlich finanziert werden. Auch im Gesundheitssystem sind die Konsequenzen weitreichend; es wird durch ein komplexes Zusammenspiel öffentlicher und privater Finanzierung aufrechterhalten. Für große Bereiche des Gesundheitssystems, wie die Versorgung mit Spenderorganen, konnte der Mangel allerdings nie ausgeräumt werden.

Das zweite Problem, das durch den Verzicht auf Geld entsteht, liegt in der Notwendigkeit, die Zuteilung von Gütern und Dienstleistungen zu organisieren: Ohne Preise gibt es keinen Automatismus, der dafür sorgt, dass die richtigen Personen den Zuschlag erhalten. Selbst mit Preisen funktioniert das nicht immer, aber der Preismechanismus kann unter bestimmten Umständen für eine effiziente Verteilung sorgen. Bei Verteilungsproblemen ohne Geld ist Marktversagen dagegen weitverbreitet – man denke nur an die unbesetzten Studienplätze in Deutschland aufgrund von langwierigen Nachrückverfahren oder die Zuteilung von Schulplätzen an Familien, deren Kinder die Kriterien weniger umfassend erfüllen als andere. Auch die tragische Situation, dass gespendete Organe nicht rechtzeitig zugeteilt und damit verschwendet werden, illustriert dieses Problem.

Drittens besteht, wenn Güter knapp sind und Geld keine Rolle spielen soll, immer die Gefahr von Schwarzmärkten. Der Philosoph Michael Walzer beschreibt dies mit dem Bild, dass Geld dort „einsickert“, wo es nicht hingehört. Das kann man etwa bei der Bezahlung für das Erlangen von öffentlichen Ämtern beobachten, oder beim Kauf von Studienplätzen, oder bei der Bezahlung für Termine bei Konsulaten und Ämtern.



Dorothea Kübler ist Direktorin der Abteilung Verhalten auf Märkten am WZB und Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Berlin. dorothea.kuebler@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Die Erforschung von erfolgreichen Verteilungsverfahren tut also not. Die Wirtschaftswissenschaft hat sich seit der Begründung der Matching-Theorie durch die Mathematiker David Gale und Lloyd Shapley eingehend mit Märkten ohne Geld beschäftigt, insbesondere in den zentralen Beiträgen von Alvin Roth. Theoretische wie praktisch orientierte ÖkonomInnen haben in den letzten Jahrzehnten die Funktionsweise von Matching-Märkten tiefergehend untersucht. Sie haben gezeigt, dass viele wünschenswerte Eigenschaften von Marktergebnissen, wie Stabilität und Fairness, durch bestimmte algorithmische Zuordnungsverfahren erreicht werden können. Die Verhaltensökonomie trägt zu diesen Untersuchungen bei, indem sie die tatsächlichen Verhaltensweisen der MarktteilnehmerInnen in den Blick nimmt. VerhaltensökonomInnen haben etwa die Frage untersucht, ob Marktteilnehmer Matching-Verfahren missverstehen und deswegen strategische Fehler machen, etwa bei der Bewerbung für Schulplätze.

Ein wichtiger Aspekt von Märkten ist ganz generell, dass sie die Freiheit gewähren, Transaktionen abzulehnen. In den Worten des Soziologen Albert Hirschman ausgedrückt: Märkte beinhalten immer die Möglichkeit des „exit“, sofern man eine Transaktion als unangemessen erachtet, und diese Entscheidung kann jeder Marktteilnehmer individuell treffen. Wer sich auf eine bestimmte Transaktion einlässt, dürfte mit dieser einverstanden sein. Allerdings können wir uns bei der Beurteilung der Angemessenheit von Transaktionen nicht al-

lein auf individuelle Entscheidungen verlassen. Denn es gibt auch sogenannte verwerfliche Transaktionen, also Tauschverhältnisse, die von den beteiligten Parteien zwar freiwillig eingegangen werden, aber von einer dritten Partei als unangemessen und für die Vertragsparteien als schädlich empfunden werden. Wohlgemerkt, das Verbot solcher Transaktionen ist im engen Sinne paternalistisch: Es dient nicht etwa dem Ziel, externe Effekte auf Außenstehende zu verhindern, sondern es soll die TauschpartnerInnen vor ihren eigenen Entscheidungen schützen.

Die Ablehnung von Transaktionen als verwerflich ist in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen zu finden und häufig mit dem Gebrauch von Geld verbunden, etwa bei der Spende von Körperteilen gegen Geld (Organe von Lebendspendern, Blut und Gewebe), bei Fortpflanzung und Sex (Leihmutterschaft, Prostitution), im Bereich der Arbeit (Söldner, moderne Sklaverei), in der Politik (Kauf von öffentlichen Ämtern, Handel mit Stimmrechten) und in der Religion (Ablasshandel). Auch beim Umgang mit der Natur werden viele Transaktionen mit Geld als abstoßend oder moralisch fragwürdig angesehen (Emissionszertifikate, Kompensationszahlungen, Handel mit Atommüll).

Die gesellschaftliche Wahrnehmung dessen, was verwerflich ist, wandelt sich natürlich über die Zeit, und sie variiert je nach Kultur und Kontext. Diese Beobachtung legt Zurückhaltung nahe bei der Verurteilung derer, die andere Vorstellungen darüber haben, was abstoßend oder verwerflich ist. Aber es lohnt sich zu fragen, was die Beispiele gemeinsam haben. Zwei Merkmale von verwerflichen Transaktionen stechen besonders hervor: Viele als inakzeptabel betrachtete Tauschbeziehungen haben schwerwiegende Folgen: Sie können zum Verlust an Menschenwürde oder einem Verlust von Körperteilen führen, oder sie untergraben grundlegende Prinzipien wie die Demokratie. Viele verwerfliche Transaktionen weisen außerdem eine mangelnde Handlungsfreiheit der Akteure auf. Diese kann etwa durch Zwang, eine ausweglose Lage oder Armut eingeschränkt sein. Damit steht die von Hirschman postulierte Freiwilligkeit in Frage, und auch der Wert der Transaktion als Ausdruck der freien Entfaltung des Menschen.

Die genannten Gemeinsamkeiten sind allerdings noch keine Definition von Verwerflich-

keit. Mit John Rawls ausgedrückt, suchen wir nach einem reflexiven Gleichgewicht zwischen normativen Grundsätzen und beobachtbaren Überzeugungen, also einer Verbindung von Theorie und Empirie. Konkreter gefragt: Spielen die beiden Merkmale, also die Gefahr schwerwiegender Folgen und die fehlende Handlungsfreiheit, eine kausale Rolle bei der Bewertung von Transaktionen als verwerflich? Sind es notwendige Bedingungen, oder reicht eines der Merkmale aus? Verstärken sie sich gegenseitig, oder wirken sie unabhängig voneinander? Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir ein Laborexperiment durchgeführt, das Beobachtungen über die normativen Überzeugungen der Menschen sammelt. Die Transaktion bezieht sich hier auf unangenehme Pflichten: Einige TeilnehmerInnen mussten einen hohen, schmerzhaften Ton über Kopfhörer anhören; oder sie mussten einfach beschäftigungslos warten. Die mit derartigen Pflichten ausgestatteten TeilnehmerInnen hatten jeweils die Möglichkeit, eine andere Person dafür zu bezahlen, die Aufgabe für sie zu übernehmen. Eine zusätzliche Gruppe von Teilnehmenden war in der Rolle von Zuschauern, allerdings mit der Befugnis, solche Transaktionen im Labor zu verbieten. Durch das Variieren des Schweregrads der negativen Erfahrung und einer Manipulation des Grads der Entscheidungsfreiheit konnten wir feststellen, dass beide Dimensionen die Entscheidung der ZuschauerInnen erheblich beeinflussten. Sowohl die Schwere der Konsequenzen als auch der Mangel an Handlungsfreiheit trug zur Ablehnung von Transaktionen durch Unbeteiligte bei. Die größte Ablehnungsrate (ungefähr 80 Prozent) beobachteten wir, wenn ein langer, schmerzhafter Ton an eine Person weitergegeben wird, die gezwungen ist, das Angebot anzunehmen.

Da es bei diesem Laborexperiment „nur“ um einen schmerzhaften Ton ging, also eine relativ leichte Konsequenz verglichen mit den diskutierten Beispielen aus der realen Welt, haben wir zusätzlich ein Vignetten-Experiment durchgeführt. Es beruht auf Beschreibungen der medizinischen Konsequenzen und der Handlungsfreiheit in Szenarien mit Nierenspendern und mit Leihmüttern, die Geld erhalten. Die Ergebnisse bestätigen die des Laborexperiments: Im Zusammenhang mit Nierenspenden und Leihmutterschaft gegen Geldzahlungen wurden Transaktionen mit schwerwiegenden Folgen und eingeschränktem Handlungsspielraum am wenigsten akzeptiert.

Verbote allerdings können viele un intendierte Folgen haben. Man denke an Personen, die so lange auf eine Spenderniere warten müssen, dass sie auf der Warteliste versterben. Auch vermeintlich weniger wichtige Verbote haben oft erhebliche Folgen; so können Zinsverbote das Angebot von Krediten verringern und damit Investitionen verhindern. Auch Schwarzmärkte sind nochmals zu nennen: Verbote hindern Menschen selten daran, die gewünschten Geschäfte zu tätigen. Diese verlagern sich eher auf Schwarzmärkte, die – gerade im Gesundheitsbereich – schwerwiegende Folgen haben können und zu extrem ungleichen Ergebnissen führen.

Anstelle von Verboten kann es besser sein, Tauschbeziehungen anders zu gestalten. Auch dazu muss man genau verstehen, wann sie als inakzeptabel gelten. In Fällen wie dem Verbot von Kreditzinsen nach islamischem Recht wurden Lösungen entwickelt, die den Verleih von Geld attraktiv machen und den Vorschriften entsprechen. Bei der Zuteilung von Organen oder der Organisation von Leihmutterchaft könnten sinnvolle, und durchaus strenge Zustimmungsv verfahren etabliert werden. Neue Möglichkeiten würden sich auch durch die Ein-

führung von Überkreuznierendspenden ergeben, bei denen Organe zwischen Spender-Empfänger-Paaren getauscht werden, ohne dass Geld im Spiel ist. Natürlich muss die Freiwilligkeit der Teilnahme an solchen Transaktionen wirksam abgesichert werden. Für alle derartigen Maßnahmen, die Transaktionen ermöglichen, gilt generell, dass Informationskampagnen die Freiwilligkeit und Autonomie der Beteiligten unterstützen können. Was die zweite untersuchte Dimension angeht, nämlich die Milderung der Folgen von Transaktionen, kann diese durch einen offiziell geregelten Austausch oft besser erreicht werden als durch das gänzliche Unterbinden des Austauschs. Man denke nur an den Gesundheitsschutz für OrganspenderInnen, Leihmütter oder Prostituierte. Bei all dem gilt natürlich, dass die grundsätzliche Legalisierung des Handels nicht gleichbedeutend ist mit einem unbegrenzten Zugang für alle. Die jüngsten Entwicklungen zur Cannabis-Freigabe nach festen Regeln sind ein gutes Beispiel dafür. Geld spielt zwar eine Rolle beim Kauf, aber zusätzliche Bedingungen müssen erfüllt sein. Die Entscheidung, ob ein Markt verboten oder erlaubt wird, ist selten eine Ja/Nein-Entscheidung. ●

Literatur

Erkut, Hande/Kübler Dorothea: Repugnant Transactions: The Role of Agency and Severe Consequences. Mimeo, 2023.

Roth, Alvin E.: Who Gets What – And Why? London: HarperCollins 2015.

Satz, Debra: Why Some Things Should Not Be for Sale. The Moral Limits of Markets. Oxford: Oxford University Press 2010.

Der Lohn der Anstrengung

Viele akzeptieren, dass Arbeit sich unterschiedlich bezahlt macht

Arbeit muss sich lohnen. So lautet, kurz gefasst, das Mantra einer Leistungsgesellschaft, in der jeder und jede aus eigener Anstrengung vorankommen sollte. Eine neue Studie zeigt, dass der moralische Kompass der meisten Menschen anders funktioniert: Es wird weithin als gerecht empfunden, wenn jemand aufgrund besserer Ausgangsbedingungen besser arbeitet und mehr verdient. Eine verhaltensökonomische Anfrage an das Prinzip der Meritokratie.

Yiming Liu

Stellen Sie sich vor, zwei Menschen, nennen wir sie Adam und Eva, gründen jeweils ein Unternehmen. Beide sind gleich talentiert, motiviert und fleißig. Adam allerdings hat Zugriff auf allerlei Ressourcen: ein stabiles Netzwerk an Kontakten, reichlich Kapital und ein unterstützendes persönliches Umfeld. Eva hingegen ist trotz des gleichen Potenzials durch ihre Umstände benachteiligt: Ihr fehlen Netzwerk, Kapital und Umfeld.

Die ungleichen Chancen führen dazu, dass Adam und Eva sich unterschiedlich stark anstrengen. Adam, der den potenziellen Gewinn erkennt, steckt sein ganzes Herzblut in sein Unternehmen und arbeitet von früh bis spät. Eva ihrerseits wird auch mit harter Arbeit ihre ungünstige Ausgangslage nicht ausgleichen können. Das entmutigt sie, und sie bemüht sich viel weniger. Adams Unternehmen gedeiht, während Eva nicht vorankommt.

Auf den ersten Blick könnte man das gerecht finden – schließlich hat Adam härter gearbeitet. Es stellt sich jedoch die Frage, ob Adams höheres Engagement, das ja durch seine vorteilhafte Ausgangslage angetrieben wurde, rechtfertigt, dass er mehr verdient. Diese Frage bildet den Kern meiner Studie „Merit in a Society of Unequal Opportunities“ („Verdienst in einer Gesellschaft mit ungleichen Chancen“). Den Teilnehmenden wurden die fiktiven Szenarien von Adam und Eva vorgelegt. Ihnen wurden die ungleichen Startchancen, die Anstrengungen und der jeweilige Erfolg vor Augen geführt. Sie wurden dann gefragt, ob sie Einnahmen zwischen Adam und Eva umverteilen möchten. Sie konnten also konkret ausdrücken, wie sie Anstrengung angesichts ungleicher Chancen bewerten. Die Ergebnisse offenbaren ein Paradoxon in der Art und Weise, wie wir Anstrengung wahrnehmen und belohnen, und stellen unsere traditionellen Vorstellungen von Leistungsgesellschaft in Frage.

Die Studie – eine gemeinsame Arbeit mit Alexander W. Cappelen, Hedda Nielsen und Bertil Tungodden – ergab, dass Menschen Einkommensungleichheiten eher akzeptieren, wenn sie durch ungleiche Chancen und ungleiche

„Menschen akzeptieren Einkommensungleichheiten eher, wenn sie durch ungleiche Chancen und ungleiche Anstrengung kommen, als wenn die Verteilung durch puren Zufall geschieht“

Anstrengung kommen, als wenn die Verteilung durch puren Zufall geschieht. Es ist, als würde die Gesellschaft sagen: Wenn du die Chance hast, härter zu arbeiten, und du nutzt sie, dann hast du die daraus resultierenden Belohnungen verdient – auch wenn nicht jede*r mit dieser Anstrengung solche Ergebnisse erzielt.

Diese Schlussfolgerung scheint im Widerspruch zu den Grundsätzen des politischen Philosophen John Rawls zu stehen, der vorschlug, dass eine gerechte Gesellschaft allen zum Vorteil gereichen solle und dass Positionen allen offenstehen sollten. Daran gemessen würde die Tatsache, dass Eva nicht die gleichen Chancen hatte wie Adam, als Versagen der Gesellschaft gelten.

Warum beurteilen die meisten Menschen die Sachlage anders? Zwei Schlüsselfaktoren dürften dazu beitragen:

Zum einen geht es um moralische Überzeugungen. Obwohl die an der Studie Teilnehmenden deutlich erkennen konnten, dass Adam und Eva unterschiedliche Ausgangschancen hatten, waren viele doch geneigt, Adam mehr zu belohnen. Dieses Ergebnis legt nahe, dass Anstrengung in den Augen vieler eine Belohnung verdient, auch wenn diese mindestens ebenso stark das Ergebnis günstiger Möglichkeiten ist. Das wirft allerdings die Frage auf: Wenn Anstrengung, die durch vorteilhafte Umstände vorangetrieben wird, immer noch als verdient betrachtet wird, was bedeutet das für unser Verständnis von Leistungsgesellschaft? Diese Frage wird noch vertrackter in Situationen des echten Lebens, in denen die unterschiedlichen Chancen nicht immer so offensichtlich sind.



Yiming Liu ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Verhalten auf Märkten. Er forscht zur Verhaltens- und experimentellen Ökonomie.
yiming.liu@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Zweitens gibt es eine vorherrschende gesellschaftliche Annahme über Erfolg und Veranlagung. Menschen neigen stark dazu zu glauben, dass diejenigen, die erfolgreicher sind, auch von Natur aus leistungsfähiger sind. Die Teilnehmenden unserer Studie beobachteten also Adams größere Erfolge, die sich aus seinen besseren Chancen ergaben, und es fiel ihnen schwer zu glauben, dass Eva bei gleichen Chancen dasselbe hätte erreichen können. Wenn Menschen jemand Erfolgreiches wie Adam se-

„Menschen neigen dazu zu glauben, dass die, die erfolgreicher sind, auch von Natur aus leistungsfähiger sind“

hen, denken sie also, er habe den Erfolg durch bestimmte angeborene Eigenschaften verdient. Diese Perspektive verkompliziert die Debatte über Leistung: Merkmale, die der Einzelne gar nicht beeinflussen kann, werden als berechtigter Grund für größere Belohnung angesehen.

Unsere Studie ist insofern besonders aufschlussreich, als sie eine interkulturelle Reichweite hatte. Wir haben über 4.000 Menschen in den Vereinigten Staaten und in Skandinavien befragt. Wir wollten dabei kulturelle Unterschiede in der Einstellung zur Ungleichheit entdecken – mit äußerst interessanten Ergebnissen. Denn Menschen in Skandinavien, die oft

Nicht alle haben gleiche Startchancen – und gleich lange Beine. Eine Familie beim Berlin Marathon 2022.
Foto: © Sebastian Wells/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.



als die am egalitärsten eingestellten Europäer*innen gelten, neigten eher dazu, das Einkommen auszugleichen, wenn Ungleichheiten auf Glück zurückzuführen sind. Doch auch sie zeigen eine deutlich veränderte Haltung, wenn sie mit Ungleichheiten konfrontiert werden, die auf ungleichen Chancen beruhen. Bei unseren Szenarien von Adam und Eva tolerierten selbst diese engagierten Egalitarist*innen Einkommensunterschiede. Diese Beobachtung

„Der Einfluss ungleicher Chancen auf die Wahrnehmung von Gerechtigkeit ist über kulturelle Grenzen hinweg ähnlich“

zeigt: Der Einfluss ungleicher Chancen auf die Wahrnehmung von Gerechtigkeit ist über kulturelle Grenzen hinweg ähnlich.

Bei näherer Betrachtung der Daten zeigte sich außerdem ein interessantes Muster, das mit der politischen Orientierung zusammenhängt. Die

allgemeine Einstellung zur Einkommensumverteilung unterschied sich nicht wesentlich zwischen Personen, die sich selbst als rechtsextrem bezeichnen, und jenen, die nicht rechts eingestellt sind. Komplizierter wurde die Lage, als die Einkommensungleichheiten auf ungleiche Chancen zurückzuführen waren. In solchen Szenarien zeigten rechtsorientierte Teilnehmer*innen eine deutlich höhere Akzeptanz von Ungleichheit als die anderen. Dieser Befund lässt darauf schließen, dass sich die allgemeinen Einstellungen zur Einkommensumverteilung zwar je nach politischer Ausrichtung nicht drastisch ändern, die Nuancen der Ursachen der Ungleichheit jedoch eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung dieser Einstellungen spielen.

Wenn ich über diese Ergebnisse nachdenke, bleibt mir eine Frage: Was ist der wahre Ertrag unserer Bemühungen in einer Gesellschaft, die von ungleichen Chancen geprägt ist? Sollten wir diejenigen belohnen, die aufgrund vorteilhafter Umstände motiviert sind, härter zu arbeiten? Wir mögen das Ideal einer gerechten Gesellschaft haben, in der Leistung zählt. Dieses Ideal trifft aber auf eine komplexe Realität, in der Chancen ungleich verteilt sind. ●

© Der Text ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Preise absprechen

Die Rolle der Kommunikation bei Kartellen und ihrer Verfolgung

Das amerikanische Zuckerkartell ist ein reales, wenn auch historisches Beispiel: Die wichtigsten Player stimmten sich ab, der Zuckerpreis lag höher, als er im freien Wettbewerb gewesen wäre, die Kosten trugen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Solche Absprachen sind heutzutage gesetzeswidrig, aber nicht immer leicht zu erkennen. Mit Laborexperimenten lässt sich den Tricks und Mustern der Kommunikation auf die Schliche kommen.

Jana Friedrichsen

Um Absprachen zu treffen, kommunizieren wir miteinander. Je nachdem, wie gut wir kommunizieren, funktioniert die getroffene Absprache mehr oder weniger gut. Das gilt auch, wenn Unternehmen Preise abstimmen: Im Rahmen großer Kartellfälle wird die Art und Weise sichtbar, wie Unternehmen ihr Verhalten abgestimmt haben. Direkt und explizit über die gemeinsamen Ziele und Verhaltensweisen zu kommunizieren, scheint einen entscheidenden Beitrag für Kollusion, also die Koordination oder Absprache von wirtschaftlichen Akteuren in einem Markt, zu leisten. Einblicke in die Kommunikation zu gewinnen, spielt daher eine wichtige Rolle, wenn mögliche Kartelle aufgespürt werden sollen.

Detaillierte Studien liegen für das amerikanische Zuckerkartell vor. Es organisierte sich in der Handelsorganisation des Sugar Institute, dem alle wichtigen Unternehmen der amerikanischen Zuckerindustrie angehörten. Die Ökonomen David Genesove und Wallace P. Mullin haben die Protokolle von deren Treffen ausgewertet. Sie zeigen, dass die Raffinerien nicht direkt gemeinsame Preise festlegten, sondern Regeln für Distribution und Vermarktung

schufen. Die wichtigste Regel besagte, dass eine Raffinerie einen einheitlichen Preis festlegen musste, der öffentlich angekündigt wurde und nur zu vorgegebenen Zeitpunkten geändert werden durfte. Die weiteren Regeln schränkten ein, wie die Mitglieder Verträge mit Handelspartner*innen gestalten können. Sie machten es dem Sugar Institute leichter, das Verhalten der Kartellmitglieder zu kontrollieren und abweichendes Verhalten – beispielsweise Preisreduktionen – zu erkennen. Solche Abweichungen zu entdecken, ist der ökonomischen Theorie zufolge entscheidend für die Stabilität von kollusivem Verhalten. Das Zuckerkartell setzte implizit eine Preisabsprache um, indem es im Rahmen des Sugar Institute explizit Absprachen traf. Die beteiligten Unternehmen tauschten sich regelmäßig und detailliert über ihre Geschäftspraktiken aus.

So aufschlussreich diese Fallstudie ist: Sie lässt kaum Aussagen darüber zu, ob die Kommunikation im Sugar Institute dazu beigetragen hat, das Kartell zu stabilisieren – auch wenn dies plausibel erscheint. Inwiefern Kommunikation wettbewerbsbeschränkende Absprachen zwischen Firmen erleichtert, haben Forschende in

Experimenten untersucht. Sie haben variiert, ob und, wenn ja, in welcher Form die Firmen innerhalb eines Marktes miteinander kommunizieren konnten.

Ökonomische Laborexperimente zeigen, dass der Marktpreis bei mehr als zwei Firmen im Durchschnitt relativ nah an dem Wert liegt, der theoretisch in einem Wettbewerbsmarkt zu erwarten ist, wenn die Firmen nicht miteinander kommunizieren können. Die Firmen unterbieten die Preise der jeweils anderen im Wettbewerb um die Nachfrage, wovon die Verbraucher profitieren. Dies ändert sich, wenn den Teilnehmenden in der Rolle der Firmen die Möglichkeit gegeben wird, miteinander in Kontakt zu treten und verbindliche Absprachen zu treffen. David Cooper und Kai-Uwe Kühn konnten zeigen, dass schon eine einmalige Gelegenheit, sich darüber auszutauschen, welche Preise man jeweils setzen möchte, zu Phasen mit wettbewerbsbeschränkenden Preisabsprachen führen kann. In der Folge ist der durchschnittliche Marktpreis höher als im Wettbewerbsmarkt. Stabiler werden diese Absprachen, wenn die Firmen vorab auch Bestrafungsmechanismen besprechen, die greifen, wenn eine der Firmen von den abgesprochenen Preisen abweicht. Die Stabilität von Preisabsprachen nimmt weiter zu, wenn die Firmen zusätzlich die Möglichkeit erhalten, zu kommunizieren, nachdem sie jeweils ihren Preis gewählt und das Verhalten der anderen beobachtet haben.

Für die Entwicklung möglicher Preisabsprachen spielt es außerdem eine Rolle, wie viel Freiraum zur Kommunikation die Firmen haben. Theoretisch und im kontrollierten Laborexperiment erleichtern hoch strukturierte

„Wenn eine Firma die Absprache verletzt, kann über freie Kommunikation versucht werden, die Absprache zu retten“

Kommunikationsprotokolle es den Firmen zwar, sich auf eine Preisabsprache zu einigen, eine unbeschränkte Freitextkommunikation hat aber zwei entscheidende Vorteile für die Stabilität von Absprachen. Erstens: Wenn Firmen sich frei austauschen, umfasst die Kommunikation sehr viel mehr als nur die Preisab-



Jana Friedrichsen ist Gastwissenschaftlerin der Abteilung Ökonomik des Wandels am WZB und hat eine Professur für Wirtschaftsethik an der Christian-Albrechts-Universität Kiel inne.
jana.friedrichsen@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

sprache. Durch regelmäßigen Austausch können die Firmen Vertrauen zueinander aufbauen. Dieses hindert die Firmen daran, die Preisabsprache aus der Befürchtung heraus zu brechen, dass andernfalls eine der anderen Firmen dies tun würde. Zweitens: Gesetzt den Fall, dass doch eine Firma die Absprache verletzt, kann über freie Kommunikation versucht werden, die Absprache zu retten. Darüber hinaus funktioniert die Abstimmung mithilfe eines vorstrukturierten Kommunikationsprotokolls nur gut, wenn die „richtigen“ Nachrichten zur Verfügung stehen; davon ist bei Firmen, die sich bisher als Wettbewerber*innen begegnen, nicht auszugehen.

Kommunikation ist also für Firmen in Wettbewerbsmärkten attraktiv. Man trifft sich auf Vorstandssitzungen, Messen, Tagungen: Im alltäglichen Geschäft werden sich immer Gelegenheiten ergeben, um beispielsweise Absprachen über eine koordinierte Preissetzung zu treffen. Es gibt nur ein Problem: Solche Absprachen sind in der Regel illegal. Seit 1957 gibt es in Deutschland das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Dessen wohl bekanntester Abschnitt ist das sogenannte Kartellverbot in Paragraph 1: „Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen: Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten.“ Entsprechende Regelungen gel-

Ein historisches Beispiel für ein Kartell sind die Absprachen, die alle wichtigen amerikanischen Zuckerproduzenten trafen. Mit Hilfe der Software Midjourney hat Bildredakteurin Gesine Born (www.bilderinstitut.de) diese Absprachen ins Bild gesetzt.



ten auf europäischer Ebene und in den meisten Ländern weltweit.

Die weiter oben erläuterten Ergebnisse aus experimentellen Studien beziehen sich auf Fälle, in denen Firmen nicht dafür bestraft wurden, dass sie ihre Preise miteinander abgestimmt hatten. Im Gegenteil: Es war sogar zum Vorteil der jeweiligen Teilnehmenden, wenn sie eine Preisabsprache etablierten, da sie für die Teilnahme am Experiment proportional zu den Gewinnen „ihres“ Unternehmens bezahlt wurden. In der Praxis sieht dies heutzutage anders aus. Regelmäßig werden für Verstöße gegen das Kartellverbot hohe Strafen verhängt. Beispielsweise verhängte das Bundeskartellamt 2021 Bußgelder gegen mehrere Stahlschmieden in Höhe von insgesamt rund 35 Millionen Euro und gegen mehrere Edelstahlunternehmen in Höhe von insgesamt rund 355 Millionen Euro. Ein Unternehmen kann im Rahmen einer Kronzeugenregelung der Strafe entgehen oder sie reduzieren, wenn es entweder ein Kartell aufdeckt, das dem Bundeskartellamt bisher unbekannt ist, oder dem Bundeskartellamt Beweise übermittelt, die es diesem erlauben, ein Kartell nachzuweisen.

In einer kürzlich veröffentlichten Studie haben wir untersucht, welchen Einfluss eine solche Kartellverfolgung auf die Kommunikation zwischen den Unternehmen hat und wie sich daraus resultierende Veränderungen in der Kommunikation wiederum auf die Entstehung und Stabilität von Preisabsprachen auswirken. Wir nutzen ein Laborexperiment, in dem die Teilnehmenden in die Rolle der Firmenverant-

„Der gemeinsame Gewinn der Firmen in einem Markt ist am größten, wenn sie alle den Monopolpreis wählen“

wortlichen schlüpfen und jeweils drei Firmen miteinander im Preiswettbewerb stehen. Das Experiment läuft über eine vorab unbestimmte Anzahl von Runden. Jede Firma wählt jede Runde einen Preis und macht einen Gewinn, der davon abhängt, wie hoch der eigene Preis im Vergleich zu denen der Wettbewerber*innen ist. Dabei gilt der folgende Trade-off: Je höher der eigene Preis, desto höher die eigene Ge-

winnmarge pro Produkt, aber desto geringer die verkaufte Menge – die Nachfrage wandert zu preisgünstigeren Wettbewerbern. Der gemeinsame Gewinn der Firmen in einem Markt ist am größten, wenn sie alle den Monopolpreis wählen, aber jede einzelne Firma kann in einer einzelnen Runde davon profitieren, den Preis der anderen zu unterbieten. Ab der zweiten Runde können die Firmen je eine Minute pro Runde in einem Chatfenster frei miteinander kommunizieren, bevor sie über ihren eigenen Preis entscheiden. Wir variieren im Experiment exogen, ob Kartellbildung legal ist oder ob Preisabsprachen analog zu § 1 GWB verboten sind.

Um im Experiment die Bestrafung von Firmen, die gegen das Kartellverbot verstoßen, in Echtzeit umzusetzen, nimmt an jedem Markt mit Kartellverbot ein*e vierte Teilnehmer*in die Rolle der Wettbewerbsbehörde ein. Diese*r erhält im Fall einer behördlichen Überprüfung des Marktes Einblick in das komplette Chatprotokoll der Gruppe sowie einen Überblick darüber, wie die involvierten Firmen Preise gesetzt haben. Stellt die Wettbewerbsbehörde einen Verstoß gegen das Kartellverbot fest, werden die Firmen im Experiment direkt bestraft. Um sicherzustellen, dass die Teilnehmerin in der Rolle der Wettbewerbsbehörde Verstöße korrekt beurteilt, wird sie zu Beginn des Experiments speziell geschult und alle Entscheidungen mit denen einer Expertin abgeglichen, die nach Ende des Experiments das gesamte Verhalten der Firmen im Sinne der aktuellen rechtlichen Praxis bewertet.

Der Einfluss der Strafverfolgung auf die Kommunikation zwischen den Firmen ist eindeutig. Solange Firmen nicht bestraft werden, wenn sie ihre Preise absprechen, beobachten wir nahezu vollständige Kollusion. Fast alle Firmen nutzen die Möglichkeit, sich miteinander abzusprechen und zu koordinieren, um den optimalen Monopolpreis zu setzen. Eine maschinelle Auswertung der Chatdaten offenbart, dass die Firmen dabei eine sehr explizite, auf die Preis-koordination ausgerichtete Kommunikation nutzen.

Im Gegensatz dazu gelingt es nur einem Teil der Firmen, sich auf den Monopolpreis zu koordinieren, wenn eine Preisabsprache bestraft werden kann. Auffällig ist, dass im Fall von drohenden Strafen die Kommunikation deutlich anders aussieht. Anstatt explizit darüber zu

sprechen, auf welchen Preis sie sich koordinieren möchten, wählen die Firmen nun indirekte oder verschlüsselte Aussagen, die im Falle einer behördlichen Überprüfung weniger kom-

„Das Kartellverbot schreckt davor ab, wirkungsvoll zu kommunizieren“

promittierend sind. Das Kartellverbot schreckt davor ab, wirkungsvoll zu kommunizieren: Die indirekte Kommunikation hilft den Firmen in unserem Experiment kaum, ihre Preise zu koordinieren.

Wir haben uns außerdem die Freitextkommunikation angesehen und festgestellt, dass einige Gruppen ihre eigenen Sprachen erfinden. Anstatt von Preisen zu sprechen, koordinieren sie beispielsweise Daten oder Zeiten. Solche Beispiele gibt es auch in echten Kartellfällen, in denen Treffen als Fußballtrainings und Abspracheziele als Spielergebnisse getarnt wurden. Unsere Analyse, die Methoden des unüberwachten maschinellen Lernens verwendet, zeigt aber, dass auch Preisabsprachen mit ge-

tarnten Kommunikationsmustern entdeckt werden können. Dazu wird die Kommunikation in Kombination mit dem Preissetzungsverhalten betrachtet. Im Experiment konnten auf diese Weise eindeutige Verbindungen zwischen bestimmten Themen in der Kommunikation und kollusiven Preispfaden aufgedeckt werden, die dazu führen, dass die Firmengruppen als Kartelle überführt werden. Die Themen wurden dabei aus der Analyse generiert und nicht vorab festgelegt.

Die Verfolgung von Kartellen birgt aktuell zwei weitere Herausforderungen, die sich um Kommunikation drehen: Zum einen können einfache Preissetzungsalgorithmen, die in einigen Märkten bereits Verwendung finden, zu Ergebnissen führen, die denen einer Preisabsprache ähneln – ohne dass die beteiligten Unternehmen tatsächlich miteinander kommunizieren. Dadurch fehlt Evidenz für Kartellrechtsverstöße, sodass keine Kartellverfolgung im klassischen Sinn infrage kommt. Zum anderen kann auch die Kommunikation mit der Öffentlichkeit genutzt werden, um Absprachen zu koordinieren, ohne explizit wettbewerbsrechtlich relevante Evidenz zu schaffen – beispielsweise im Rahmen von Berichterstattung. Die Weiterentwicklung des Kartellrechts muss beide Punkte berücksichtigen. ●

Literatur

Andres, Maximilian/Bruttel, Lisa/Friedrichsen, Jana: „How Communication Makes the Difference between a Cartel and Tacit Collusion: A Machine Learning Approach“. In: *European Economic Review*, 2023, Jg. 152, 104331.

Aryal, Gaurab/Ciliberto, Federico/Leyden, Benjamin T.: „Coordinated Capacity Reductions and Public Communication in the Airline Industry“. In: *The Review of Economic Studies*, 2022, Jg. 89, H. 6, S. 3055-3084.

Bundeskartellamt: Jahresbericht 2022/23 – Bericht des Bundeskartellamtes über wichtige Verfahren, Daten und Fakten des Jahres 2022 und von Anfang 2023. Bonn: Bundeskartellamt 2023.

Calvano, Emilio/Calzolari, Giacomo/Denicò, Vincenzo/Harrington Jr., Joseph E./Pastorello, Sergio: „Protecting Consumers from Collusive Prices Due to AI“. In: *Science*, 2020, Jg. 370, H. 6520, S. 1040-1042.

Cooper, David J./Kühn, Kai-Uwe: „Communication, Renegotiation, and the Scope for Collusion“. *American Economic Journal: Microeconomics*, 2014, Jg. 6, H. 2, S. 247-278.

Fonseca, Miguel A./Normann, Hans-Theo: „Explicit vs. Tacit Collusion – The Impact of Communication in Oligopoly Experiments“. In: *European Economic Review*, 2012, Jg. 56, H. 8, S. 1759-1772.

Genesove, David/Mullin, Wallace P.: „Rules, Communication, and Collusion: Narrative Evidence from the Sugar Institute Case“. In: *American Economic Review*, 2001, Jg. 91, H. 3, S. 379-398.

Ein Dialog

Steffen Huck und Jan Stöß

Der Preis der Sicherheit

Ein Professor für Spieltheorie und ein Verteidigungsexperte reden über Waffen. Was beginnt wie ein Witz, ist in diesem Heft aktueller Ernst. Der Wirtschaftswissenschaftler Steffen Huck, Direktor der WZB-Abteilung Ökonomik des Wandels, und der Jurist Jan Stöß, Fellow in dieser Abteilung und Leiter der Rechtsabteilung des Bundesverteidigungsministeriums, loten aus, was Sicherheit und Freiheit in Zeiten des Ukraine-Krieges kosten.

Steffen Huck Wir haben schon lange keine Partie „Risiko“ mehr gespielt.

Jan Stöß Ja, Gott sei Dank. Ich erinnere mich an ganz schön viel schlechte Laune.

Huck Du hast aber doch mindestens die letzten drei Spiele gewonnen.

Stöß Wurmt dich das noch?

Huck Um ehrlich zu sein, ja. Ziemlich sogar. Und ich wünschte, ich könnte sagen, du hast nur ordentlich Glück gehabt. Aber dafür hast du einfach zu oft gewonnen. Das hatte fiese Methode.

Stöß Danke für die Blumen.

Huck Manchmal hätte ich mir gewünscht, wir hätten mit einem Patt aufhören können. In einer Art Gleichgewicht des Schreckens, in dem wir uns beide hätten sicher fühlen können.

Stöß Darauf ist das Spiel aber nicht ausgelegt.

Huck Im Unterschied zum richtigen Leben?

Stöß Das ist wahrscheinlich im Moment die Gretchenfrage. Lange sah es ja so aus, als hät-

ten wir ein Gleichgewicht der Sicherheit, selbst während des Kalten Krieges und mehr noch danach, als sich die Szenarien der akuten Bedrohung durch eine Atommacht in Luft aufgelöst zu haben schienen.

Huck Da schien es, als gebe es Sicherheit zum Nulltarif.

Stöß Zumindest mit der vielzitierten Friedensdividende. Wir hatten natürlich im Bereich der inneren Sicherheit Gefahren, die von Terrorismus ausgingen, und die Polizei hat ja ihre Arbeit auch nicht eingestellt. Die Gefahren durch den internationalen Terrorismus haben die Einsatzrealität der Bundeswehr maßgeblich geprägt. Aber die Kernaufgabe der Verteidigung der Bevölkerung vor Gefahren, die von Krieg ausgehen, Krieg in Europa, die Landes- und Bündnisverteidigung, die schien in der Tat billig zu lösen. Ein Trugschluss, wie sich herausgestellt hat.

Huck Weswegen Deutschland aufgehört hat, Panzer zu kaufen.

Stöß Du hast da ja immer gerne den Agent Provocateur gespielt. Wie lange kennen wir uns jetzt?

Huck Über zwanzig Jahre.

Stöß Genau, und ich weiß noch, dass du schon bei einem unserer ersten gemeinsamen Abende in einer hitzigen Diskussion für mehr Panzer plädiert hast.

Huck Dieser Instinkt hat mir bei „Risiko“ aber auch nicht geholfen.

Stöß Naja, mit mehr Truppen auf dem Spielfeld hättest du vielleicht auch mal gewonnen.

Huck Ich hab nicht immer verloren.

Stöß Aber oft. Und das als Professor für Spieltheorie.

Huck Touché. Und es ist ja auch klar, dass die Idee noch immer verlacht werden würde ohne Russlands Angriffskrieg. Ich fand aber die Beweisführung, dass aus 50 oder 60 Jahren Frieden ewiger Frieden folgt, nur immer wie einen Beweis mit nicht ganz vollständiger Induktion und auch historisch durch nichts gerechtfertigt.

Stöß Aber du bist doch der Ökonom hier. Ihr wart es doch, die an ewigen Frieden durch Handel und globales Wachstum geglaubt haben. Sicherheit nicht nur umsonst, sondern quasi als Abfallprodukt steigenden Wohlstands.

Huck Du bist jetzt in deiner Funktion als Leiter der Abteilung Recht und Organisation im Verteidigungsministerium auch für die Regeln zuständig, die den Einkauf neuer Panzer bestimmen.

Stöß Ja, auch. Zu den Problemen dieser Regelungen gehört, dass die über die Jahre aufgebauten Prozesse und Verfahren dazu geführt haben, dass die Beschaffung unendlich kompliziert und zu langsam geworden ist. Es war vieles nicht auf Geschwindigkeit, sondern eher noch auf Verzögerung angelegt, weil ohnehin nicht genug Geld da war.

Huck Daran kann man doch etwas ändern.

Stöß Das tun wir. Es gibt ein neues Gesetz zur Beschleunigung des Beschaffungswesens, aber auch die Entscheidung des neuen Ministers Pistorius, alle internen Regelungen, die bestehende gesetzliche Vorschriften verschärfen und zusätzliche Vorgaben draufsatteln, außer Kraft zu setzen. Da läuft gerade das größte



*Steffen Huck ist Direktor der Abteilung Ökonomie des Wandels am WZB und Professor für Ökonomie am University College London.
steffen.huck@wzb.eu*

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Entbürokratisierungsprojekt in der Geschichte der Bundeswehr. Die selbst angelegten Fesseln und der Hang zu Goldrandlösungen haben die Beschaffung nämlich nicht nur langsam, sondern auch teuer gemacht.

Huck Also keine Panzer mehr, die so gebaut werden, dass sie auch für Schwangere einen sicheren Arbeitsplatz darstellen?

Stöß Solche Beispiele gibt es leider viele. Natürlich müssen wir darauf achten, unsere wichtigste Ressource, nämlich die Soldatinnen und Soldaten, bestmöglich zu sichern. Aber Regelungen, die gar nicht zu mehr Sicherheit, sondern nur zu mehr Bürokratie geführt haben, müssen aufgehoben werden. Wenn wir es schaffen, schneller, pragmatischer und damit im Ergebnis günstiger zu werden, dann fällt damit auch der Preis von Sicherheit.

Huck Hast du dich denn mit den Preisen des Geräts vertraut gemacht?

Stöß Das sind keine Staatsgeheimnisse, das lässt sich im Internet nachlesen. Man kann – für einen Ökonomen wahrscheinlich wenig überraschend – feststellen, dass die global gestiegene Nachfrage nach Rüstungsgütern auch Auswirkungen auf die Preise hat.

Huck Je gefragter Sicherheit, desto teurer wird sie. Das ist in der Tat aus ökonomischer Sicht wenig überraschend. Aber hast du einen Überblick darüber, wie sich das summiert? Ich meine, zum Beispiel, wie viele Panzer bräuchten wir denn, um die Ostflanke der NATO effektiv zu schützen?

Stöß Das ist nicht einfach zu beantworten. Denn es kommt nicht allein auf die Zahl der Panzer an, sondern auf das Zusammenwirken verschiedener Waffensysteme, auf die zur Verfügung stehende Munition, den technologischen Vorsprung, die Qualität der Aufklärung, den Rückhalt der Streitkräfte in der Bevölkerung und den Zusammenhalt mit unseren Verbündeten. Die Ukraine zeigt ja gerade, dass ein zahlenmäßig unterlegener, aber entschlossener Verteidiger sich effektiv gegen einen Aggressor zur Wehr setzen kann. Aber sag doch mal, wie sieht das denn aus Sicht der Ökonomik aus? Ihr müsstet den Preis von Sicherheit doch beziffern können?

Huck Das können wir, wenn es denn Sicherheit gibt. Kann man in Modellen annehmen, dass es sie gibt, dann können wir den Preis auch ausrechnen. Im richtigen Leben ist perfekte Sicherheit aber illusorisch. Es werden ja selbst Credit Default Swaps für Bonds gehandelt, also Papiere, die einen auszahlen, wenn einer Pleite geht, und auch die für deutsche Anleihen haben einen positiven Preis. Der aktuelle Preis impliziert ein Risiko von 0,23 Prozent für eine deutsche Staatspleite, bei der die Anleger nur noch 40 Prozent von ihrem Geld zurückbekommen. Das ist natürlich eine kleine Zahl, aber perfekte Sicherheit ist etwas anderes.

Stöß Ebenso wenig gibt es eine perfekte Sicherheit in der Verteidigungspolitik.

Huck Aber wie bestimmt man dann, was ein akzeptables Risiko ist und was nicht?

Stöß Das ist eine im Kern politische Entscheidung. Wir sind gerade im Bereich der äußeren Sicherheit stark vom Verhalten anderer abhängig, über deren Entscheidung wir letztlich keine Kontrolle haben. Meine Grundüberzeugung ist, dass das Recht, und hier vor allem das Völkerrecht, einen entscheidenden Beitrag dazu leistet, das Verhalten von Staaten zu beeinflussen. Das Regelungssystem, auf dem der internationale Frieden basiert, ist keineswegs perfekt, aber es hat eine feststehende Fundamentalnorm, von der nur wenige Ausnahmen akzeptiert sind: das Gewaltverbot. Diese Norm hat unverändert einen starken Rückhalt in der Staatengemeinschaft, wie die Abstimmungen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen über den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wieder gezeigt haben. Die Festigkeit des Fundaments der internationalen Ordnung kann aber nicht allein durch das Völkerrecht gewährleistet werden. Es bezieht sei-



*Ministerialdirektor **Jan Stöß** ist WZB-Fellow der Abteilung Ökonomik des Wandels. Er ist Leiter der Rechtsabteilung im Bundesministerium der Verteidigung.*

Foto: © Bundesministerium der Verteidigung, alle Rechte vorbehalten.

ne Stärke daraus, dass wir für diese Grundnorm des internationalen Zusammenlebens auch einstehen. Dazu gehört, völkerrechtswidrig angegriffene Staaten entschlossen in ihren Verteidigungsanstrengungen zu unterstützen. Wenn wir es zulassen, dass sich ein Angriff auf die Souveränität eines anderen Staates und damit eine Verletzung des Gewaltverbots für den Angreifer lohnen, gerät das gesamte System, das internationalen Frieden und Sicherheit gewährleistet, in eine bedrohliche Schieflage. Daher liegt es in unserem ureigenen Interesse, dafür zu sorgen, dass Aggressoren für den Bruch des Völkerrechts einen hohen Preis zahlen.

Huck Um doch noch einmal auf das Spiel „Risiko“ zurückzukommen: In welchem Verhältnis muss der Angreifer im wahren Leben dem Verteidiger überlegen sein, um erfolgreich sein zu können?

Stöß Die militärgeschichtliche Erfahrung und die daraus gezogenen taktischen Lehren sagen, dass der Angreifer dem Verteidiger ungefähr dreifach überlegen sein muss, um erfolgreich zu sein, auch wenn das jetzt sehr pauschal ist.

Huck Das heißt, wir brauchen nur ungefähr ein Drittel des Budgets eines potenziellen Angreifers, um nahezu Sicherheit gewährleisten zu können?

Stöß Nein, das wäre ein Fehlschluss. Am Ende ist die wirkliche Welt eben doch komplexer als ein Brettspiel. Deshalb war das Sondervermö-

gen in Höhe von 100 Milliarden Euro notwendig und überfällig.

Huck Die Wehrbeauftragte Eva Högl sagt, es bräuchte 300.

Stöß Eva Högl weist auf ein konkretes Problem hin: Auch 100 Milliarden Euro reichen noch nicht aus, um die jahrzehntelange Vernachlässigung der Streitkräfte kurzfristig auszugleichen, vor allem, wenn wir nicht nur über Ausrüstung, sondern auch über Infrastruktur und Instandhaltung reden. Mehr Mittel, auch im laufenden Haushalt, würden ein Mehr an Sicherheit kaufen, auch deshalb, weil wir uns in dieser sicherheitspolitischen Lage als starke militärische Stütze unseres Bündnisses erweisen müssen. Die Erwartungen unserer Partner sind ja nicht völlig überraschend. Die schauen auf die wirtschaftliche Kraft Deutschlands und fordern ein sicherheitspolitisches Engagement ein, dass dieser Stärke entspricht.

Huck 300 Milliarden wären ca. 8 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

Stöß Eine große Zahl, das gebe ich zu, und die Wehrbeauftragte hat diese Summe ja auch nicht pro Jahr gefordert, sondern als Aufstockung des einmaligen Sondervermögens. Aber man muss das mal in historischer Perspektive sehen. 1943 und 1944 haben die Amerikaner

rund 40 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für ihr Militär ausgegeben.

Huck Und damit die freie Welt gerettet. Das Äquivalent wären für Deutschland heute rund 2.400 Milliarden Euro.

Stöß Eine unfassbar große Zahl, und ich kenne auch niemanden unter den politisch Verantwortlichen, der selbst die 100 Milliarden Euro nicht lieber in Bildung, Klimaschutz oder sozialen Ausgleich investieren würde. Aber dieser Preis der Sicherheit ist eben auch der Preis unserer Freiheit.

Huck Wenn es um alles geht, muss man auch alles einsetzen?

Stöß Hast du mir nicht mal von einem Resultat in euren Theorien erzählt, darüber, wie man spielen muss, wenn man mit dem Rücken zur Wand steht?

Huck Das kann gut sein. Wer mit dem Rücken zur Wand steht, darf sich nicht mehr mit Risikoabwägungen abgeben. Dann gilt es, alles auf eine Karte zu setzen, so wie es die Amerikaner im Zweiten Weltkrieg getan haben. Aber davon sind wir noch ein Stück weit entfernt?

Stöß Das ist zu hoffen. Aber die Hoffnung allein wäre ein schlechter Ratgeber. Wir sollten ihr Entschlossenheit und Wachsamkeit zur Seite stellen. ●

Qualität kostet

Die Verteilungskämpfe im deutschen Pflegesystem haben begonnen

Um den Faktor fünf sind die Ausgaben der Versicherungen für die Pflege alter Menschen in Deutschland innerhalb der letzten zwanzig Jahre gestiegen. Die Einnahmen halten bei Weitem nicht mit. Und das ist erst der Anfang: Die Zahl der Pflegebedürftigen wird zunehmen, und die Kosten steigen auch deshalb, weil Pflegende – zu Recht – besser bezahlt werden. Das Pflegesystem steht vor einer Zerreißprobe. Höchste Zeit, eine faire Verteilung der Lasten zu diskutieren.

Saara Inkinen und Wolfgang Schroeder

Die Pflegeversicherung in Deutschland wird stetig teurer. Im Jahr 2000 bezogen rund 1,8 Millionen Menschen Leistungen aus dieser Versicherung, die Kosten lagen bei etwa 10,9 Milliarden Euro. 2021 meldete die soziale Pflegeversicherung (SPV) mit gut 3,8 Millionen Leistungsbeziehenden Ausgaben in Höhe von 53,8 Milliarden Euro – die Ausgaben haben sich also innerhalb von zwanzig Jahren verfünffacht. Die Einnahmen hingegen sind im gleichen Zeitraum von 16,5 auf nur 52,5 Milliarden Euro gestiegen. Entsprechend verzeichnete die SPV 2021 bereits zum elften Mal ein Defizit, das sich nach ersten Berechnungen im Jahr 2022 noch einmal vergrößert hat. Die private Pflegeversicherung (PPV) mit 290.000 Leistungsbeziehenden dürfte eine ähnliche Entwicklung durchgemacht haben: Zwar veröffentlichten die privaten Pflegekassen keine Daten zu ihren Einnahmen, doch weisen die Zahlen zu den Ausgaben zwischen 2014 und 2021 auf eine Verdoppelung der Kosten auf 1,6 Milliarden Euro hin.

Diese Kostensteigerungen lassen sich nicht mehr alleine durch die Pflegekassen bewältigen. Auch die Steuerzahler:innen müssen mit-

helfen, und dies in zunehmendem Maße. Dagegen hat auch die Anhebung der Beiträge in der Pflegeversicherung wenig ausrichten können. Da die Leistungen der Pflegeversicherung grundsätzlich über die Beiträge der Mitglieder

„Auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden mithelfen müssen“

finanziert werden, werden diese seit Jahren regelmäßig angehoben, um das System zu stabilisieren. Seit der jüngsten Erhöhung am 1. Juli 2023 beträgt der aktuelle SPV-Beitragssatz 4,0 Prozent des Bruttoeinkommens für Kinderlose und maximal 3,4 Prozent für Versicherte mit Kindern, wovon der Arbeitgeber einen Teil übernimmt (zum Vergleich: 2015 waren es noch 2,6 bzw. 2,35 Prozent). Die PPV-Versicherten zahlen seit Januar 2023 einen durchschnittlichen Monatsbeitrag von rund 104 Euro. Damit liegt der Beitragssatz unter den SPV-Beiträgen, die für kinderlose Durch-

schnittsverdiener rund 122 Euro und maximal 199,50 Euro betragen.

Um die Beiträge nicht noch weiter anheben zu müssen, erhält die SPV seit jüngstem auch Steuermittel in Form von staatlichen Zuschüssen. Ursprünglich waren diese staatlichen Zuwendungen eingeführt worden, um den Auswirkungen der Corona-Pandemie entgegenzuwirken. Im Januar 2022 wurde diese Sonderregelung gesetzlich verankert und sieht aktuell einen jährlichen Bundeszuschuss in Höhe von 1 Milliarde Euro vor. Allerdings bezweifeln die Pflegekassen und die Sozialverbände schon jetzt, dass dieser Betrag ausreichen wird, um das Finanzierungsloch zu decken. Dementsprechend fordern sie allein für das Jahr 2023 eine Anhebung der Zuschüsse auf mindestens 4,5 Milliarden Euro.

Doch nicht nur die Steuerzahler:innen müssen sich auf höhere Aufwendungen einstellen, auch die Betroffenen selbst müssen teils erhebliche Mehrkosten für ihre Pflege tragen. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Pflegeversicherung als „Teilkasko-Modell“ konzipiert ist: Ihre Leistungen decken nur einen Teil der tatsächlich entstandenen Pflegekosten ab. Die übrigen Ausgaben müssen die Pflegebedürftigen bzw. ihre Angehörigen selbst stemmen. Seit Jahren führt dieses Prinzip vor allem in der vollstationären Pflege zu steigenden Eigenanteilen; in den letzten zwölf Monaten hat sich die Kostenentwicklung jedoch dramatisch beschleunigt. Während die Eigenanteile für einen Heimplatz



Wolfgang Schroeder ist WZB Fellow im Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Als Professor an der Universität Kassel leitet er das Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“. wolfgang.schroeder@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.



Saara Inkinen ist Gast des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB und an der Universität Kassel wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“. sinkinen@uni-kassel.de

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

(inklusive Verpflegung und Investitionskosten) in den letzten Jahren im Bundesdurchschnitt um ca. 3 bis 6 Prozent zulegt, waren die monatlichen Mehrkosten 2022 im Vergleich zum Vorjahr bereits um knapp 11 Prozent auf mitt-

„Das Teilkasko-Modell führt zu dramatisch steigenden Eigenanteilen“

lerweile 2.411 Euro gestiegen. Für das laufende Jahr rechnet der Verband der Ersatzkassen (vdek) mit weiteren Erhöhungen, wodurch der Monatspreis für einen Heimplatz in manchen Bundesländern bereits die 3.000 Euro-Marke überschreiten wird. Vergleichbare Daten für die ambulanten Dienste und die Pflege durch Angehörige sind leider nicht verfügbar. Dennoch deuten Medienberichte und wissenschaftliche Studien darauf hin, dass sich Betroffene auch hier auf Kostensteigerungen in Höhe von mehreren hundert Euro im Jahr gefasst machen müssen.

Welche Faktoren sind für diese Entwicklungen verantwortlich? Viele davon sind struktureller Natur. So steigert etwa die demografische Entwicklung nicht nur den Bedarf an Pflegedienstleistungen, sie führt auch zur Erosion der Finanzierungsgrundlage. Weil es immer weniger Beitragszahler:innen im erwerbsfähigen Alter



Tagein, tagaus. Altenpfleger in einem Seniorenzentrum in Hannover.
Foto: © Frank Schinski/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.

gibt, verteilen sich die wachsenden Lasten auf immer weniger Schultern. Dies stellt insbesondere die umlagefinanzierte SPV vor große Herausforderungen. Dazu kommen weitere gesellschaftliche Prozesse wie die steigende Frauenerwerbstätigkeit, die Pluralisierung von Familien- und Lebensmodellen sowie die Zunahme von Einpersonenhaushalten, die das häusliche Pflegepotenzial verringern und dadurch die Nachfrage nach teureren, professionellen Pflegekräften und -formen verstärken. Für die jüngsten Preiserhöhungen ist schließlich auch die galoppierende Inflation von Bedeutung: Je stärker die Kosten für Lebensmittel, Energie, Brennstoffe und Bauen steigen, desto tiefer müssen die Pflegebedürftige in die Tasche greifen – und zwar egal ob sie von Angehörigen oder einem professionellen Pflegedienst betreut werden.

Andere Faktoren, die zur Preisexplosion beitragen, sind das Ergebnis bewusster Entscheidungen seitens zentraler Akteure im Pflegesektor. Insbesondere die Politik setzt sich seit Jahren für Gesetzesreformen ein, die eine Erhöhung der Pflegekosten begünstigen. Ziel dieser Reformen, beispielsweise die Erweiterung der

Pflegestufen und Bedarfe, ist es zum einen, möglichst vielen Menschen eine hochwertige Pflege zu ermöglichen, was dazu führt, dass der Pflegebedürftigkeitsbegriff erweitert wird und die Qualitäts- und Personalstandards steigen.

Zum anderen möchte die Politik auch die Attraktivität des Berufs der Altenpflege steigern, weil sie sich davon eine Lösung für den Fachkräftemangel in der Branche erhofft. Wie wir in unserem neuen Buch darlegen, spielt in diesem Zusammenhang allem voran die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung eine große Rolle. Auch dies hat jedoch seinen Preis: Die neue Tariftreueregelung beispielsweise, die seit September 2022 eine Bezahlung des Pflegepersonals auf Tarifniveau vorsieht, wird im laufenden Jahr zu Gehaltssteigerungen um bis zu 30 Prozent führen. So wandelte sich binnen kurzer Zeit der Blick auf die Pflegekräfte: War die öffentliche Debatte über die Lage der Pflegekräfte in den letzten Jahren meist durch ihre vergleichsweise schlechte Entlohnung geprägt, so werden jetzt die gestiegenen Löhne eher als Problem wahrgenommen, weil sie die Kosten für die Betroffenen steigen lassen.

Offensichtlich ist, dass eine so schwierige demografische Lage, wie sie in der Bundesrepublik besteht, auf absehbare Zeit zu steigenden Kosten führen wird. Stellt man zudem in Rechnung, dass die Ansprüche an die Qualität

„Unternehmen haben im wachsenden Pflegemarkt eine lukrative Investitionsquelle erschlossen“

der Pflege weiter zunehmen, dann ergeben sich auch daraus weiter wachsende Kosten. Wie können diese Lasten zwischen den Akteuren gerecht aufgeteilt werden? Können die Verteilungskämpfe zwischen den beteiligten Gruppen zu fairen Ergebnissen führen, wenn diese so unterschiedlich stark organisiert und aufgestellt sind? Die betroffenen Gruppen sind: Beitragszahler:innen, Pflegekräfte, Steuerzahler:innen, Arbeitgeber:innen, Pflegebedürftige, Angehörige, Wähler:innen. Am einflussreichsten waren bislang die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen, die im wachsenden Pflegemarkt eine lukrative Investitionsquelle erschlossen haben. Sie sind auch weitaus besser organisiert als die Beschäftigten der Branche. Die älter werdende Wählerschaft hat ebenfalls mit ihrer schieren Zahl den Druck auf die Politik erhöht. Im Bündnis mit Arbeit-

geber:innen, Betroffenen und Angehörigen hat die Politik reagiert, indem sie einen wachsenden Staatszuschuss einplant. Die Arbeitgeber:innen werden angesichts der Knappheit der Pflegekräfte nicht daran vorbeikommen, steigende Löhne zu akzeptieren, wenn sie weiter ihre Leistungen anbieten wollen. Die Beschäftigten müssen sich auf weiter wachsende Beiträge einstellen, denn selbst wenn der Staatszuschuss steigen sollte, wird dieser die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in der Pflegeversicherung nur teilweise abdecken können.

Eine älter werdende Gesellschaft, in der zudem die Familie als strukturierendes Element an Bedeutung verliert, muss sich über eine faire Verteilung der höheren Kosten verständigen. Um zu verhindern, dass einzelne Gruppen die Gewinne einstreichen und andere höhere Las-

„Gute Pflege für alle wird zu einer Utopie“

ten tragen, müssen sich die Schwächeren besser organisieren. Die Politik muss ihnen dort, wo sie dies nicht schaffen, zur Seite stehen. Gute Pflege für alle droht zu einer unerreichbaren Utopie zu werden, wenn Leistungen nicht mehr allen in gleichem Umfang zugutekommen. ●

Literatur

Schroeder, Wolfgang/Inkinen, Saara: Attraktive Pflegeberufe durch Tarifautonomie. Bielefeld: Transcript Verlag 2024 (im Erscheinen).

Verband der Ersatzkassen: Daten zum Gesundheitswesen: Soziale Pflegeversicherung (SPV). Online: https://www.vdek.com/presse/daten/f_pflegever_sicherung.html (Stand: 30.05.2023)

Das Vermögen, sich fortzubewegen

Wie das Deutschlandticket die sozial-ökologische Transformation voranbringen kann

Es war das bislang größte Experiment im Öffentlichen Verkehr in Deutschland: Von Juni bis August 2022 konnten Bürgerinnen und Bürger für neun Euro im Monat unbegrenzt mit allen Bussen und Bahnen des Nah- und Regionalverkehrs fahren. Als Teil des zweiten Inflations-Entlastungspakets wurde diese Maßnahme schnell und unbürokratisch umgesetzt, und die breite Akzeptanz führte zu einer – wenn auch teureren – Nachfolgelösung. Aus Befragungen der Nutzerinnen und Nutzer lassen sich Schlussfolgerungen darüber ziehen, wie ein wirklich wirksames Ticket aussehen könnte.

Silvio Suckow und Sarah George

Es war ein ungewöhnlicher Vorgang in der Bundespolitik: Ein deutschlandweites Verkehrsexperiment wurde – aus sozialpolitischen Gründen – schnell und unbürokratisch umgesetzt. Verkehrspolitische Player wie Verkehrsverbünde oder Autokonzerne hatten für einen ersten Testzeitraum kein Veto eingelegt. Was hat dieses Experiment bewirkt? Um dies zu beantworten, haben wir die vierte Welle von Befragungsdaten ausgewertet, die im Rahmen des Projekts MOBICOR („Mobilität in Zeiten der Corona-Pandemie“) am WZB erhoben wurden, und sie mit den Ergebnissen anderer Studien zum 9-Euro-Ticket verglichen. Unser Überblick zeigt, dass einkommensschwachen Menschen Teilhabe an Mobilität ermöglicht wurde, was ihre Lebenszufriedenheit steigerte. Der ärmste Teil der Bevölkerung konnte in den Sommermonaten insbesondere Freizeitfahrten unternehmen, die ihnen sonst nicht möglich gewe-

sen wären. Für die sehr hohen Einkommensgruppen zeigten sich Mitnahmeeffekte, denn sie nutzten das Ticket häufiger und für längere Fahrten als Ärmere.

Besonders die urbane Bevölkerung konnte vom 9-Euro-Ticket Gebrauch machen. In zentralen städtischen Lagen kauften durchschnittlich 63 Prozent der Bevölkerung das Ticket, im Umland 27 und im dörflichen Raum nur 3 Prozent. Die Zahlen legen nahe, dass von dem günstigen Preis besonders diejenigen profitierten, die in Wohnlagen mit stark ausgebauter Infrastruktur leben. Doch nicht nur die Landbevölkerung war im Nachteil. Engpässe durch überfüllte Züge und Bahnhöfe – gerade im Regionalverkehr – stellten vor allem für behinderte Menschen eine Zumutung dar. Teilweise konnte diese Personengruppe öffentliche Verkehrsmittel nicht mehr nutzen.



Zugfahren kann schön sein. Blick aus dem Fenster einer
Regionalbahn zwischen Berlin und Magdeburg.
Foto: © Sebastian Wells/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.

Das Verkehrsverhalten von Menschen, die ein Auto besitzen, ist für das Einsparen von CO₂ von besonderem Interesse. Und auch die Verkehrssicherheit steigt, wenn der Autoverkehr abnimmt – immerhin 60 Prozent der Unfälle, bei denen Menschen zu Schaden kommen, werden durch PKWs verursacht. Unsere Daten

„Es ist nicht mit Gewissheit zu sagen, welche Fahrten mit dem 9-Euro-Ticket Wege mit dem Auto ersetzt haben“

zeigen: Auch wenn Autobesitzer*innen über den Verlauf der drei Monate das Ticket immer stärker nachgefragt haben, ist unklar, ob und wenn ja, in welchem Umfang der CO₂-Ausstoß reduziert werden konnte. TomTom-Navigationsdaten zeigen, dass das 9-Euro-Ticket zwar zu weniger Staus in großen deutschen Städten führte, allerdings war der Angebotszeitraum zu kurz, um verlässlichere Daten gewinnen zu können. Überdies sind die Auswirkungen der Gleichzeitigkeit von Tankrabatt, Ferien und Wetter nicht einzuschätzen. Es ist also nicht mit Gewissheit zu sagen, welche Fahrten mit dem 9-Euro-Ticket Wege mit dem Auto ersetzt haben.



Sarah George ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Erforschung intersektionaler Ungleichheiten in der Mobilität.
sarah.george@wzb.eu

Foto: © WZB/Daniel Salaw, alle Rechte vorbehalten.



Silvio Suckow ist Gast der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung. Er promoviert zum Thema „Interdisziplinarität als dynamikgenerierende Irritation: Die Entwicklung von Expertiserollen unter Unsicherheit als Handlungsproblem einer politisierten Wissenschaft“. silvio.suckow@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Neben Kauf- und Nutzungsdaten analysieren wir auch Befragungsdaten: Was mochten die Menschen, die das 9-Euro-Ticket genutzt haben, und was nicht? Die meisten Menschen in der repräsentativen MOBICOR-Befragung hoben positiv hervor, dass sie sich keine Gedanken mehr um Tarifzonen machen mussten – mit dem 9-Euro-Ticket war die richtige Fahrkarte immer schon in der Tasche. Das Angebot wurde als einfach, gut zugänglich (digitales Angebot!) und günstig wahrgenommen. Diese positiven Aspekte decken sich mit den Ergebnissen anderer Befragungsstudien. Auf der anderen Seite finden vier von fünf Befragten das Ticket nur sinnvoll, wenn das Verkehrsangebot ausgebaut würde. Knapp ein Drittel empfand das Ticket als kontraproduktiv, da überfüllte Züge abschreckend wirkten. In einer Umfrage des Verbands deutscher Verkehrsunternehmen gaben die Befragten als wichtigsten Kaufgrund mit Abstand den „günstigen Preis“ an (70 Prozent), danach folgen „Verzicht auf Autofahren“ (39 Prozent) und „flexibel am Wohnort in Bussen und Bahnen nutzbar“ (38 Prozent).

In jedem Fall hat das 9-Euro-Ticket viele Diskussionen ausgelöst. Die Vorzüge eines übertariflichen, digital zugänglichen Tickets für ganz Deutschland waren unstrittig, aber über Preis- und Finanzierungsfragen eines Nachfolgetickets entbrannte schnell Streit – auch innerhalb der Ampel-Koalition. Unsere Befragungsdaten zeigen, dass der Ticketpreis je nach

Einkommensgruppe zwischen 22 und 35 Euro liegen müsste, um weiterhin ein attraktives Angebot zu sein. Das nun verfügbare 49-Euro-Ticket („Deutschlandticket“) entspricht weder

„Der Ticketpreis müsste je nach Einkommensgruppe zwischen 22 und 35 Euro liegen, um weiterhin attraktiv zu sein“

diesen Preisvorstellungen, noch löst es die Probleme des Öffentlichen Verkehrs, die das 9-Euro-Ticket nochmals verdeutlicht hat. Ein Effekt bei der Verlagerung des Personenverkehrs von der Straße auf die Schiene ist zwar zu erwarten, er ist aber durch die Kapazitäten des Regional- und Nahverkehrs begrenzt. Das Deutschlandticket wäre besonders dann sinnvoll, wenn der Bund umfassend investiert, um den öffentlichen Verkehr auszubauen und zugleich neu zu organisieren.

Wir empfehlen daher, das „Deutschlandticket“ als Auftakt zu sehen – als Auftakt dazu, die Verkehrswende integrativer, adaptiver und cleverer umzusetzen als bisher. Die MOBICOR-Daten zeigen, dass der aktuelle Preis von 49 Euro für das Deutschlandticket so hoch ist, dass sozial schwache Gruppen dadurch nicht oder nur schwerlich an Mobilität teilhaben können. Auch die günstigere Anschaffung des Deutschlandtickets über das Jobticket bietet nur der erwerbstätigen Bevölkerung einen Preisnachlass und auch innerhalb dieser Gruppe nicht sozial gestaffelt, sondern über alle Einkommensgrößen hinweg mit dem gleichen Rabatt. Gleichzeitig sind Teile der Landbevölkerung faktisch von der regelmäßigen Nutzung des Tickets ausgeschlossen. Eine echte Innovation im Rahmen der Verkehrswende wäre es, wenn ein intermodales, preissensitives Flatrate-Modell entwickelt würde. Was heißt das im Detail?

Wir schlagen ein dreistufiges Modell vor, das den Flatrate-Charakter des 9-Euro-Tickets beibehält. Darüber hinaus sollte die vielbeschworene „letzte Meile“, also der Weg von der letzten öffentlichen Haltestelle zur Zieladresse, flexibilisiert und für private Anbieter*innen geöffnet werden. Die konkrete Ausgestaltung wird regional unterschiedlich ausfallen und kann neben öffentlichen Anbieter*innen auch von privaten

(Taxis, Kleinbusunternehmen, Carsharing-Anbieter*innen) übernommen werden. Die Integration und teilweise Subvention der „letzten Meile“ ins digitale Flatrate-Angebot hilft dabei, auch größere Teile des ländlichen Raums zu erschließen. Wir schlagen drei Tarifstufen vor:

S – 19 Euro: Das günstigste Ticket wird allen Sozialhilfeempfänger*innen auf Antrag ausgestellt und gilt deutschlandweit für den Regional- und Nahverkehr sowie für das Basisangebot zur „letzten Meile“ (günstigste*r Anbieter*in).

M – 39 Euro: Die mittlere Preiskategorie kann von allen erworben werden und umfasst ebenfalls den Regional- und Nahverkehr deutschlandweit sowie die „letzte Meile“. Zusätzlich gibt es Rabatte für preisintensivere „Letzte-Meile“-Optionen, die Zubuchung der 1. Klasse im Regionalverkehr und eine Fahrrad- oder Rollermitnahme.

L – 69 Euro: Die Premium-Flatrate umfasst zusätzlich die 1. Klasse für den Regionalverkehr und Fahrrad- oder Rollermitnahme. Des Weiteren ist die Mitnahme einer zusätzlichen Person am Wochenende gestattet. Außerdem gibt es einen größeren Rabatt bei preisintensiveren „Letzte-Meile“-Optionen.

Wir empfehlen, in den Ballungsgebieten die Taktungen auf bereits stark nachgefragten Strecken auszubauen. Für ländliche und zersiedelte Gebiete müssen neue und flexible Lösungen erarbeitet werden. Dies bedeutet, auch privatwirtschaftliche Anbieter von zum Beispiel Taxis, On-Demand-Bussen, Ridepooling oder regionalem Carsharing in die Flatrates zu integrieren. Dieses Vorgehen entspricht dem Hub-and-Spoke-Prinzip. Das Bild von Nabe und Speiche beschreibt, dass es nicht um Direktverbindungen zwischen jedem Start und jedem Ziel geht, sondern um einen zentralen Knotenpunkt, von dem aus in die Fläche verteilt wird. Über dieses Prinzip sollen höher frequentierte Transportangebote der Schiene mit dem Individualtransport über die Straße an die Tür verbunden werden. Die Flatrate-Nutzer*innen reisen unkompliziert mit ihrem Ticket und haben Anspruch auf mindestens ein Basis-Angebot zur „letzten Meile“. Dies können in Städten Fahrräder oder E-Scooter sein, in ländlichen Regionen beispielsweise Rufbusse. Teurere Anbieter*innen wie Carsharing oder Taxis können gegen Aufpreis in der App flexibel hinzugebucht und bestellt werden. Die Abrechnung er-

folgt einfach über die beim Kauf der Flatrate hinterlegten Zahlungsdetails: Alle „Spoke“-Anbieter*innen sind über den vertrauenswürdigen Öffentlichen Verkehr registriert, der damit auch als digitaler Knotenpunkt für Zahlungsverkehr und Organisation dient. Dieser integrative Ansatz würde die Attraktivität des Öffentlichen Verkehrs deutlich erhöhen, da dieser für mehr Personengruppen und Nutzungszwecke brauchbar wäre. Und eine Steigerung der Attraktivität ist angesichts seit Jahrzehnten fehlender CO2-Reduktion im Verkehrssektor dringend geboten.

Dieser integrative Öffentliche Verkehr erfordert die Weiterentwicklung der Verkehrsverbünde vom Ticketanbieter zur regionalen Mo-

„Verwaltungsregeln könnten durch eine Experimentierklausel temporär und regional außer Kraft gesetzt werden“

bilitätsplattform, die Straße und Schiene sowie öffentliche und private Mobilitätsanbieter*innen zusammendenkt. Für die Nutzer*innen

lichten die Flatrates den Ticket-Dschungel und der Öffentliche Verkehr wird durch vielfältige und pragmatische Angebote der „letzten Meile“ flexibler nutzbar. Auf der Plattform (in der App) muss es ein staatlich subventioniertes Basisangebot für das letzte Stück einer Reise geben, es muss aber auch für private Unternehmen die Möglichkeit bestehen, mit finanzstarken Kund*innen Geld zu verdienen. Wenn diese Unternehmer eine minimale prozentuale Gebühr pro Buchung an die Verkehrsverbünde zahlen, die die Vermittlung organisieren, würde das zur sozialen Umverteilung beitragen. Um schnell und unter wissenschaftlicher Begleitung soziotechnische Lösungen für die „letzte Meile“ zu identifizieren, können Verwaltungsregeln durch eine Experimentierklausel temporär und regional außer Kraft gesetzt werden.

Diese Neugestaltung des Öffentlichen Verkehrs hin zur offenen Mobilitätsplattform ist durch das Deutschlandticket konkreter denkbar geworden. Die Abkehr von regionalen Tarifregeln hin zu einem bundesweiten Konzept, das für regionale Differenzen offenbleibt, ist damit mittelfristig absehbar. Diese Weiterentwicklungen müssen von den Wissenschaften interdisziplinär begleitet werden. Und vorangetrieben von einer Politik, die im Deutschlandticket nicht die Lösung sieht, sondern einen Auftakt. ●

Literatur

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt: Wie hat das 9-Euro-Ticket unsere Mobilität verändert? 25. August 2022. Online: https://www.dlr.de/de/aktuelles/nachrichten/2022/03/20220825_wie-hat-das-9-euro-ticket-unsere-mobilitaet-veraendert (Stand 28.07.2023).

Gaus, Dennis/Murray, Neil/Link, Heike: 9-Euro-Ticket: Niedrigere Preise allein stärken Alltagsmobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht. DIW Wochenbericht 14/15 2023, S. 163–171.

Hille, Claudia/Gather, Matthias: „Das 9-Euro-Ticket hat mir gezeigt, dass man nicht alleine sein muss.“ – Mit dem 9-Euro-Ticket zu mehr sozialer Teilhabe? Ergebnisbericht. Institut Verkehr und Raum der Fachhochschule Erfurt. 2022. Online: https://ivr.fh-erfurt.de/fileadmin/Dokumente/IVR/IVR_Schriftenreihe/Band_29_final/IVR_Band_29_9EuroTicket.pdf (Stand 28.07.2023).

Suckow, Silvio/George, Sarah: Das 9-Euro-Ticket: Ein Experiment mit Folgen? Repräsentative Panel-Daten, Überblicksstudie und Debattenbeitrag. WZB Discussion Paper SP III 2023–603. Berlin: WZB 2023.

VDV Die Verkehrsunternehmen: Bilanz zum 9-Euro-Ticket. 29. August 2022. Online: <https://www.vdv.de/bilanz-9-euro-ticket.aspx> (Stand 24.07.2023).

WZB | Mitteilungen online

👉 Märkte ohne Preise

Mehr Beiträge zum Schwerpunktthema finden Sie im Online-Schwerpunkt der WZB-Mitteilungen auf unserer Website.



Der Link zur Plattform:
wzb.eu/magazin-preise

Dort finden Sie unter anderem dies:

👉 Welchen Preis hat die Freiheit?

Mit einer persönlichen Erinnerung an den liberalen Vordenker Ralf Dahrendorf beginnt **Michael Zürn** seinen Essay über den Preis der Freiheit. Ausgehend von Überlegungen, ob liberale Freiheit einen Preis hat, wendet er sich zwei vieldiskutierten theoretischen Freiheitsmodellen zu: der positiven und der negativen Freiheit. Was bedeutet das liberale Freiheitsverständnis für das liberale Denken in Zeiten des Klimawandels? Welche Auswirkungen hat es auf die politische Praxis der liberal-demokratischen Gesellschaften? Michael Zürn macht deutlich, dass sich die Frage nach dem Preis der Freiheit nur dann als Frage stellt, wenn wir glauben, dass der politische und unökologische Status quo ein Höchstmaß an Freiheit bietet. Dann aber könnte sich der Preis der Freiheit als sehr hoch erweisen.

„Wer bekommt was?“, ist eine der zentralen Fragen der Wirtschaftswissenschaften. Die Antwort sollte idealerweise von Effizienz- und Gerechtigkeitserwägungen geleitet sein.

Christian Basteck beschäftigt sich in seinem Beitrag für die Online-Mitteilungen mit der Zuteilung von Gütern auf Märkten ohne Preise. Für Kita-Plätze oder Plätze auf weiterführenden Schulen verwenden einige Kommunen zentralisierte Vergabeverfahren. Der Beitrag behandelt die Frage, welche strategischen Überlegungen der Algorithmus dieser Verfahren auf Seiten der Nutzer*innen nötig macht und ob Anreize gegeben werden, aus strategischen Motiven falsche Präferenzen mitzuteilen. Wichtig sei es daher, formale Kriterien für die Einfachheit und Transparenz von Mechanismen zu formulieren und empirisch zu untersuchen.

👉 Der Preis der Großzügigkeit

Einzelne Erfahrungen deuten darauf hin, dass wir eher bereit sind, jemandem eine helfende Hand zu reichen als Geld zu schenken. Aber warum ist das so? Die Antwort ist wichtig, denn viele Situationen, in denen Kosten und Nutzen nicht monetär sind, haben erhebliche soziale und wirtschaftliche Auswirkungen – Klimaschutzmaßnahmen etwa oder freiwilliges Engagement für einen guten Zweck. Max Peukert hat mit der Ökonomin **Hande Erkut** gesprochen, die der unterschiedlich ausgeprägten Bereitschaft zu helfen auf den Grund gegangen ist. In einer Reihe von Laborexperimenten hat sie herausgefunden, dass das Verhalten kontextabhängig ist und soziale Normen dabei eine entscheidende Rolle spielen. Das Gespräch mit Hande Erkut finden Sie als Video in unserem Online-Portal der WZB-Mitteilungen.

Der Preis des Papiers

Aus dem Maschinenraum der WZB-Mitteilungen

Täglich liegt es in der Hand, in unterschiedlichen Formaten, bedruckt, eingefärbt oder schlicht blank: Papier ist allgegenwärtig. Martin Schröder, Vertriebsleiter bei der Druckerei Bonifatius, die die WZB-Mitteilungen setzt und druckt, beschreibt, welche Auswirkungen die vielfachen Krisen der vergangenen Jahre auf die Papierpreise und die Herstellung von Printprodukten hatte und vor welchen Umbrüchen die Druckindustrie steht.

Martin Schröder

Mein Lieblingspapier ist ungestrichen. Im Unterschied zu gestrichenen Papieren wurde seine Oberfläche nicht durch Bindemittel geglättet. Daher ist seine Haptik ein wenig rau und es wirkt angenehm naturbelassen. Außerdem spiegelt es kaum und ist damit sehr lesefreundlich. Wir können es für viele verschiedene Produkte einsetzen – und wenn es noch recycelt und mit dem „Blauen Engel“, dem Umweltzeichen der Bundesregierung, ausgezeichnet ist, liegen wir voll im nachhaltigen Trend.

Für uns als Druckerei ist der Rohstoff Papier extrem wichtig und wertvoll. Das wurde durch die Krisen der vergangenen Jahre noch einmal sehr deutlich. In der Pandemie wurden Veranstaltungen und Messen abgesagt, neue Events konnten nicht geplant werden. Zudem lagen Tourismus und Einzelhandel brach. Dies alles hatte enorme Auswirkungen auf die Druckindustrie: Kataloge, Magazine, Beilagen, Broschüren und weitere Printmedien wurden nun reduziert oder gar nicht mehr nachgefragt. In den Druckunternehmen standen die Maschinen still, Kurzarbeit war angesagt. Der Papierverbrauch ging 2020 signifikant zurück, was Mitte 2021 Folgen hatte, die für viele vielleicht überraschend sind: Es gab plötzlich nicht mehr Papier, sondern weniger. Der

Grund war fehlendes Altpapier als Rohstoff für neues Recyclingpapier. Papier besteht mittlerweile zu 80 Prozent aus Altpapier. Außerdem fehlte es durch gestörte weltweite Lieferketten an weiteren Rohstoffen, wie etwa Zellstoff, und an Vorprodukten. Da Papierfabriken an Kartons besser verdienen konnten, wurden Papiermaschinen zu Kartonagemaschinen umgebaut. Die Folge: lange Lieferzeiten und hohe Preise.

Die Druckunternehmen mussten praktisch über Nacht mit Papierlieferzeiten von über drei Monaten umgehen. Eine solche Situation hatte es in der Nachkriegszeit noch nicht gegeben. Und die Problematik verschärfte sich mit dem Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine noch, denn nicht nur die Preise für Papier stiegen drastisch, auch Energie verteuerte sich rasant. Viele Papierfabriken kauften die Energie am Spotmarkt, an dem man sich mit Energie für den nächsten Tag versorgt. Die neue Situation hatte damit einen umgehenden Effekt mit x-fachen Preissteigerungen.

Der Rohstoffmangel hatte natürlich nicht nur in der Druckindustrie, sondern in den meisten Branchen zu hohen Lieferzeiten geführt. Und in vielen Branchen müssen Liefertermine zwingend eingehalten werden. In der Druckindustrie

jedoch sind die Termine essenziell, da die Aktualität eines Druckwerks bereits am nächsten Tag veraltet sein kann. Die meisten Aufträge in der Druckindustrie sind zudem individuelle Fertigungen mit teilweise sehr hohen Stückzahlen, es gibt hier sehr wenige Produkte, die vorproduziert werden können, um Kapazitäten optimal auszulasten.

Rechnet man alle Auswirkungen der Krisen zusammen, stiegen im ersten Halbjahr 2022 die Papierpreise im Vergleich zum ersten Halbjahr 2021 um 100 bis 200 Prozent. Logistik, Druckfarben und Druckpaletten wurden ebenfalls teurer. Für Heftdraht und Silikone musste in kürzester Zeit auch viel mehr bezahlt werden. Unser komplettes Geschäft war betroffen. Keine leichte Situation, die dadurch noch erschwert wurde, dass viele unserer Kund*innen aufgrund der hohen Preise Auflagen oder Umfänge reduzieren mussten. Einige Titel wurden sogar komplett eingestellt, da sie nicht mehr durch Anzeigen im Verlagsgeschäft finanzierbar waren.

Die Papierqualität spielt für Kund*innen eigentlich eine große Rolle, viele machten 2021 und 2022 aber Abstriche; es war wichtiger, Termine trotz langer Lieferzeiten einzuhalten. Für unsere Einkaufsabteilung stand dies ebenfalls im Mittelpunkt – sie hatte über viele verschiedene Kanäle Papier und anderes Produktionsmaterial organisiert. Dies hat uns durch die Krisen gebracht, denn die Grundaustauslastung der Maschinen blieb gut. Viele Wettbewerber haben es dagegen nicht geschafft.

Heute ist die ursprüngliche Lieferfähigkeit weitgehend wiederhergestellt und eine größere Papierauswahl ist möglich. Die Papierverfügbarkeit hat sich verbessert und die Preise sind sogar leicht gesunken. Das Preisniveau von Anfang 2021 wird jedoch laut Aussage der Papierfabriken nicht mehr erreicht. Nicht wirtschaftlich arbeitende Papierfabriken werden momentan geschlossen, um Überkapazitäten zu verringern. Sobald die Lager der Druckunternehmen umgeschlagen sind, wird dies für die Kund*innen spürbar. Je nach Lagergröße bei einigen Unternehmen früher und bei einigen später.

Mit der Normalisierung der Situation sind die Ansprüche der Kund*innen auch wieder gestiegen. Es geht dabei vor allem um Nachhaltigkeit. Dies bedeutet nicht nur den Einsatz von Recyclingpapier, sondern insgesamt um möglichst

Martin Schröder B.A., Offset-Drucker und Industriemeister Druck, ist Vertriebsleiter der Druckerei Bonifatius in Paderborn:
www.bonifatius-druckerei.de.

Foto: © Bonifatius, alle Rechte vorbehalten.

nachhaltige Produktionsbedingungen. Den Kund*innen sind anerkannte Zertifizierungen wie Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9001, Umweltmanagement nach DIN EN ISO 14001, EMAS (geprüftes Umweltmanagement) und der „Blaue Engel“ wichtig.

Neben dem Thema Nachhaltigkeit wird die Digitalisierung die Druckindustrie weiter fundamental verändern. Ich sehe Pandemie und Rohstoffkrise als Beschleuniger dieses Umbruchs. Die Anzahl der Druckunternehmen wird weiter sinken. Volkswirte nennen das eine Marktberreinigung. Druckunternehmen werden also ihr Portfolio erweitern müssen. So bietet unser Unternehmen nicht nur Druck an, sondern auch viele vor- und nachgelagerte Bereiche wie etwa Mediengestaltung für digitale und gedruckte Medien, Anzeigenmanagement, Aboservice, Fakturierung und Mahnwesen für Verlage und Versandleistungen für Kataloge, Zeitschriften und Broschüren.

Dennoch bin ich überzeugt, dass der Printbereich über lange Sicht einen festen Platz im Produktmix haben wird. Kataloge, Magazine, Broschüren und andere Druckerzeugnisse zeichnen sich einfach durch mehr Lesefreundlichkeit aus und heben sich so von unserem zunehmend digitalen Leben ab. Papier wird deshalb ein wichtiges Produktionsmittel bleiben. Und seinen Preis haben. Wären wir in einer Tauschwirtschaft, würden Sie für 1.000 Bogen eines guten Recyclingpapiers in DIN A4 ein Pizzen zu zweit, einen Strauß Rosen oder zwei Taschenbücher erwerben können. ●



Die schönen Künste auszeichnen

Über Kriterien und Auswahlprozesse bei Literaturpreisen

Die Vergabe von Preisen in Kunst und Kultur ist nicht immer transparent. Klare Bewertungskriterien fehlen oft. Sind Preisvergaben dennoch fair, oder was könnte sie fairer machen? In einem Forschungsprojekt, das Soziologie und Literaturwissenschaften zusammenbringt, wurden wichtige Literaturpreise im deutschsprachigen Raum ausgewertet. Die Analyse zeigt, dass die Auszeichnungen für die dort nominierten Bücher nachvollziehbar sind. Nominierungslisten scheinen zu einer gewissen Transparenz zu führen. Ungleiche Voraussetzungen aber bleiben bestehen.

Lena Hipp, Marcel Knobloch und Corinna Harsch

Auszeichnungen sind in Kunst und Kultur wichtig – für die damit geehrten Künstler:innen, aber auch für das Publikum. Denn die Märkte für Kunst, Musik, Film und Literatur sind in der Regel durch ein hohes Maß an Konkurrenz geprägt, die Ungleichheiten erzeugen. Einer Vielzahl von Künstler:innen, die oft in höchst prekären Verhältnissen leben, steht eine kleine Zahl an erfolgreichen Superstars gegenüber. Die Kulturbranche gilt dabei als ein Winner-takes-it-all-Markt. Preise und Auszeichnungen generieren Einkommen und Aufmerksamkeit; sie sind damit zentral für den weiteren Werdegang. Wer es einmal in den Sog der Aufmerksamkeit geschafft hat, hat gute Chancen, weitere Auszeichnungen zu erhalten. Anders als bei den meisten Sportarten oder dem Guinness-Buch der Rekorde, wo eindeutige und objektive Kriterien wie das Messen von Zeiten oder das Zählen von Toren bestimmen, wer gewinnt, sind

Bewertungskriterien im Kultur- und Kreativbereich von hoher Subjektivität geprägt. Zeitgeist und individuelle Vorlieben der Auswahlkomitees, Jurorenteams und Literaturkritiker:innen spielen hier eine wichtige Rolle.

Das gilt ganz besonders für den Bereich der zeitgenössischen Literatur, der uns in unserem Forschungsprojekt zu den Literaturpreisen be-

„An der Frage, was gute oder schlechte Literatur ist, scheiden sich die Geister“

sonders interessiert hat. Werden die Preise, die von Stiftungen, dem Buchmarkt und vielen an-

deren Institutionen vergeben werden, wirklich in einem fairen, transparenten Prozess verliehen? Welche Bewertungskriterien gibt es? An der Frage, was gute oder schlechte Literatur ist, scheiden sich die Geister – und auch die Rezensent:innen in den großen Leitmedien sind sich darüber keineswegs einig, obwohl es traditionell Maßstäbe und Kriterien für Literaturkritik gibt. Angesichts der Ambiguitäten bei der Beurteilung von Qualität stellte sich uns die Frage, ob vorhersagt werden kann, welche Bücher und Autor:innen mit einem Preis ausgezeichnet werden.

Mit rund 1.000 Preisen und Auszeichnungen werden Schriftstellerinnen und Schriftsteller im deutschsprachigen Raum jährlich für ihre Werke geehrt. Es gibt Preise für Belletristik und Sachbücher, Krimis und Science-Fiction-Romane, für Erstlingswerke, aber auch für das literarische Lebenswerk, für ausländische Bücher und für Autor:innen aus bestimmten Regionen oder Bundesländern. Diese Preise erfüllen eine Reihe wichtiger Funktionen: Sie statten ihre Träger:innen mit ökonomischem und symbolischem Kapital aus und bringen finanzielle Vorteile mit sich – Schriftsteller:innen ausgezeichnete Bücher erhalten nicht nur ein Preisgeld, sondern in der Regel auch höhere Tantiemen, Honorare für Lesungen und Abschlüsse für ihr nächstes Werk.

Solche Zusatzeinnahmen sind oft lebensnotwendig für die Autor:innen, denn der Buchmarkt ist in Bewegung. Kleiner werdende Honorare und Vorschüsse für Autor:innen sowie steigende Lebenshaltungskosten stellen Autor:innen vor finanzielle Herausforderungen. Das Preisgeld bringt zusätzliches, oft dringend benötigtes Einkommen. Darüber hinaus signalisieren Preise Qualität und erleichtern den Kund:innen die Kaufentscheidung. In Anbetracht der vielen Neuerscheinungen erfüllen sie eine wichtige Funktion: Viele Leser:innen orientieren ihre Kaufentscheidung nicht zuletzt auch an Auszeichnungen für bestimmte Werke. Drittens erfüllen Auszeichnungen auch eine kulturpolitische Funktion. Sie setzen Normen und etablieren Werte, zeigen öffentlich an, was en vogue ist.

Angesichts der Bedeutung von Preisen für Schriftsteller:innen, ihre Leser:innen, aber auch den Buchmarkt und die Gesellschaft bei gleichzeitigem Fehlen eindeutiger Bewertungsstandards für gute, preiswürdige Literatur, ist es keineswegs ausgemacht, dass die besten Bücher mit Preisen ausgezeichnet werden. Mit



Lena Hipp leitet die Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit und ist Themenbereichsleiterin des Promotionskollegs „Gute Arbeit: Ansätze zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen“ am WZB. An der Universität Potsdam ist sie Professorin für Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik an der Universität Potsdam.

lenna.hipp@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

unserem Forschungsprojekt wollten wir darum herausfinden, welche Merkmale von Büchern und von Autor:innen ausschlaggebend für den Gewinn eines Buchpreises sind. Das Forschungsprojekt führte Soziologie und Literaturwissenschaften zusammen: Es entstand als Kooperation zwischen der Soziologin Lena Hipp und dem Literaturwissenschaftler Erik Schilling, die von der Jungen Akademie gefördert wurde. Über ein Lehrforschungsprojekt an der Universität Potsdam 2020/21 erweiterte sich das Projektteam um Stefan Munnes, Johannes Vogel, Corinna Harsch und Marcel Knobloch.

Gesammelt und ausgewertet wurden in dem Projekt Daten zu den Nominierten und den Gewinner:innen von sieben deutschsprachigen Literaturpreisen mit öffentlicher Nominierungsliste: der Preis der Leipziger Buchmesse, der Deutsche Buchpreis, der Österreichische Buchpreis, der Österreichische Debütpreis, der Schweizer Buchpreis, der Aspekte-Buchpreis und der Literaturpreis „Text & Sprache“.

Diese Preise wurden ausgewählt, weil sie mit der Bekanntgabe der Nominierten und der Veröffentlichung einer Begründung der Jury Transparenz über den Auswahlprozess herstellen. Allerdings: Selbst bei absoluter Transparenz wird deutlich, dass klare Bewertungsstandards fehlen. Was die eine Jury als interessant, anregend, innovativ oder sprachlich erhaben



Marcel Knobloch studiert im Master Soziologie an der Universität Potsdam. Für die Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit ist er als studentische Hilfskraft tätig.
marcel.knobloch@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

anpreist, kann einer anderen eher negativ vor- kommen. In dieser Hinsicht ähnelt die anspruchsvolle Gegenwartsliteratur anderen Märkten wie dem Kunstmarkt, in denen Qualität nicht objektiv definiert ist. Es stellt sich die Frage, wie die Preisvergabe trotz dieser Tatsache fair gestaltet werden kann. Denn in Abwesenheit klarer Qualitätsmerkmale könnten andere Faktoren in den Vordergrund treten, die Grundlage für eine Entscheidung sind.

Um das herauszufinden, haben wir für jedes Buch, das im Beobachtungszeitraum von 2005 bis 2020 nominiert wurde, die Anzahl der Rezensionen festgehalten, die auf der Literaturplattform Perlentaucher.de gelistet waren; außerdem wurde vermerkt, ob die Rezensionen positiv waren. Darüber hinaus baten wir Student:innen der Literaturwissenschaften, die zentralen Themen der nominierten Bücher basierend auf den Buchrezensionen zu codieren. Das Verlagsprestige dieser Bücher wurde von Literaturexpert:innen eingeschätzt. Bei den Autor:innen wurde neben demografischen Informationen, wie dem Alter zum Zeitpunkt der Nominierung, dem Geschlecht sowie der Muttersprache der Autor:innen, auch die Anzahl vorangegangener Nominierungen für andere Preise erhoben.

Welche Kriterien können nun potenziell den Gewinn eines Preises vorhersagen? Das bedeutendste Signal für Qualität ist das Urteil anderer, insbesondere von Expert:innen, wie etwa den Literaturrezendent:innen großer deutscher Zeitungen. Genauso wie Zeugnisse, Noten und

Empfehlungsschreiben Arbeitgeber:innen bei der Auswahl von Mitarbeiter:innen helfen, dienen Rezensionen oft als Qualitätssignale. Zweitens, und eng damit verbunden, kann auch die Prominenz und der Status eines Autors oder einer Autorin in der Literaturwelt die Einschätzung ihres Werks beeinflussen. So dienen etwa frühere Preisgewinne oder das Renommee des publizierenden Verlags als Anhaltspunkt für Qualität. Drittens können auch der Zeitgeist und politische Erwägungen relevante Prädiktoren für den Preisgewinn sein. Manche Themen gelten als preiswürdig und werden aufgrund bedeutsamer, zeitgenössischer Entwicklungen bevorzugt. Das gilt zum Beispiel für die Bewegung

„Das bedeutendste Signal für Qualität ist das Urteil anderer“

#MeToo oder Migrationsbewegungen in Folge der Kriege in Syrien oder der Ukraine. Zuletzt kann die Preisvergabe auch auf der Grundlage von Merkmalen erfolgen, die nichts mit Qualitätserwägungen zu tun haben, wie etwa das Geschlecht oder das Alter eines Künstlers oder einer Künstlerin. Diese Faktoren werden in vielen Märkten relevant, wenn es keine anderen klaren Bewertungsmaßstäbe gibt.

Welche dieser Faktoren spielen nun empirisch eine Rolle? Unsere Auswertungen zeigen: Hat man es erstmal auf die Nominierungsliste geschafft, so scheint der Spielraum für Vorurteile und Diskriminierung minimiert zu sein. Positive Rezensionen – als Maß für Qualität – sind der stärkste Prädiktor für den Preisgewinn. Überraschenderweise sind Buchrezensionen ein noch stärkerer Prädiktor, wenn sie nicht einheitlich positiv sind, sondern eine gewisse Varianz aufweisen. Sprich: Kontroversen oder Uneinigkeit im Feuilleton steigern die Chance auf einen Preisgewinn. Auch die Anzahl der Rezensionen erhöht die Wahrscheinlichkeit, einen Preis zu erhalten. Dies lässt sich entweder als Hinweis auf eine hohe Qualität interpretieren – denn nur „gute“ Bücher werden in den deutschen Leitmedien rezensiert – oder als Indikator für das Ansehen einer Autorin bzw. eines Verlags. Unsere Analysen zeigen außerdem: Wer schon vorher viele Preise gewonnen oder bereits eine große Anzahl an Büchern veröffentlicht hat, hat größere Chancen auf weitere Preise. Auch Erfolg mit vorher erschienenen Werken und der damit

verbundene Status ziehen weiteren Erfolge nach sich. Dies macht es gerade für weniger etablierte Autor:innen schwierig, einen Preis zu gewinnen. Andererseits sinkt die Wahrscheinlichkeit, einen Preis zu gewinnen, wenn Autor:innen in der Vergangenheit bereits viele Bücher veröffentlicht haben, die keine Preise und Auszeichnungen erhalten haben.

Die Erklärungskraft anderer Faktoren, zum Beispiel die demografischen Merkmale der Autor:innen (Geschlecht, Alter, Muttersprache), das allgemeine Themengebiet oder die Bekanntheit der Verlage (nach Einschätzung von Literaturexpert:innen) oder der Autor:innen (Wikipedia-Aufrufe) scheinen für den Gewinn eines Preises keine wesentliche Rolle zu spielen.

Insgesamt liefern unsere Analysen Hinweise darauf, dass die öffentliche Vergabe von Literaturpreisen Vorurteile und Diskriminierung minimiert und stattdessen Leistungsprinzipien fördert. Die Tatsache, dass die Auswahl der Gewinner:innen aus einer öffentlich zugänglichen Liste von Nominierten tendenziell erklärt und gerechtfertigt werden muss, soll die Entscheidungsfindung für die Vergabe von Buchpreisen transparent machen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Qualität der wichtigste Prädiktor für Preisgewinn ist, zumindest wenn die Zahl positiver Besprechungen und die Anzahl von Rezensionen als Qualitätsmerkmale herangezogen werden.

Dennoch kann es sein, dass es bereits bei der Auswahl der Nominierungsliste zu ungleicher Bewertung bestimmter Werke kommt. So können alle bereits genannten Faktoren, wie soziodemografische Merkmale, Reputation oder Bekanntheit großen Einfluss darauf haben, wer überhaupt für die engere Auswahl für die Preisvergabe in Betracht gezogen wird. Hat man es als Autor:in jedoch erst einmal an diesen Punkt geschafft, sind diese Faktoren weniger relevant.

Literatur

Munnes, Stefan/Harsch, Corinna/Knobloch, Marcel/Vogel, Johannes S./Hipp, Lena/Schilling Erik: „Examining Sentiment in Complex Texts. A Comparison of Different Computational Approaches“. In: *Frontiers in Big Data*, 2022, Jg. 5. DOI: 10.3389/fdata.2022.886362.

Pontzen, Alexandra/Borghardt, Dennis/Maaß, Sarah/Köbrich, Anna/Cichon, Nick: DFG-Forschungsprojekt: Literaturpreise im deutschsprachigen Raum seit 1990: Funktionen und Wirkungen. Universität Duisburg-Essen 2022.



Corinna Harsch studiert Soziologie im Master an der Universität Potsdam und arbeitet als Assistentin für Datenbearbeitung und -analyse in der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit und. Thematisch interessiert sie sich besonders für Geschlechterungleichheiten, methodisch für Computational Social Science. corinna.harsch@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Unser Projekt zeigt: Die Vergabe von Preisen kann immer dann kompliziert werden, wenn Unklarheit darüber besteht, was eine außergewöhnliche Leistung auszeichnet. Wieso ist die Performance einer Schauspieler:in mehr hervorzuheben als andere? Was macht ein Gemälde bedeutsamer als das andere? Und welcher Beitrag zur Wissenschaft war im letzten Jahr am wichtigsten? Eine rein objektive Preisvergabe gestaltet sich in solchen Fällen oft schwierig. So bergen Preise die Gefahr, vorhandene ungleiche Voraussetzungen zu verstärken. Die Transparenz, die durch die öffentlich zugänglichen Nominierungslisten bei der Vergabe der untersuchten Literaturpreise geschaffen wird, kann als Positivbeispiel für die Verleihung von anderen Auszeichnungen und Preisen angeführt werden, um solche Tendenzen zu minimieren. ●

Ansteckende Ängste

Bei wem die Pandemie Vorurteile begünstigt

Die Corona-Pandemie hat in Deutschland viele gesundheitliche und wirtschaftliche Ängste ausgelöst. Verschärfen diese Ängste negative Einstellungen gegenüber bestimmten ethnischen Gruppen? In ihrer Studie untersuchen Tamara Bogatzki, Jana Glaese und Julia Stier, bei wem die Pandemie negative Vorurteile befördert. Ihr Ergebnis überrascht: Politisch rechts Eingestellte sind es nämlich nicht.

Tamara Bogatzki, Jana Glaese und Julia Stier

Epidemien verschärfen und verfestigen die Stigmatisierung bestimmter Minderheiten als „unhygienisch“, „minderwertig“ oder sogar „gefährlich“. Das besagen zahlreiche Theorien. Die Coronavirus-Pandemie schien von Anfang an solch eine Dynamik auszulösen: Nachdem der damalige US-Präsident Donald Trump SARS-CoV-2 als „chinesisches Virus“ bezeichnet hatte, folgte eine Welle offen rassistischer, anti-asiatischer Hashtags auf Twitter. Wenig später machten Berichte über einen Anstieg rassistisch motivierter Hassverbrechen in den USA die Runde. Auch in Deutschland mehrten sich die Hinweise darauf, dass die Diskriminierung von Asiat:innen und die Zahl rassistischer Übergriffe mit dem Ausbruch der Pandemie zunahm. Medienberichte brachten das Coronavirus immer wieder mit dem asiatischen Raum in Verbindung, oft unabhängig von stichhaltigen Belegen. So verwendeten deutsche Zeitungen zum Beispiel Bilder von Menschen asiatischer Herkunft, wenn sie lediglich über den Anstieg der Infektionen in Deutschland berichteten.

Wie verbreitet sind solche Vorurteile in der Bevölkerung? Und woher kommen sie? Einige Theorien gehen davon aus, dass ethnisch motivierte Vorurteile während einer Pandemie zunehmen, weil Menschen wirtschaftliche oder

gesundheitliche Sorgen und Ängste haben. Andere Theorien deuten darauf hin, dass die politische Orientierung der entscheidendere Faktor für negative Einstellungen gegenüber ethnischen Minderheiten ist. Folgt man diesem Ansatz, sollte die Coronavirus-Pandemie das Ausmaß der Feindseligkeit in der Gesamtbevölkerung nicht beeinflussen, sondern, wenn überhaupt, nur bereits bestehende Vorurteile innerhalb der Gesellschaft verstärken.

Zwischen April 2020 und April 2021 haben wir in Abständen von anfangs einer, später zwei Wochen immer wieder verschiedene in Deutschland lebende Menschen befragt (die Studie wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Die Auswahl der Befragten spiegelt die deutsche Bevölkerung in Bezug auf Alter, Ge-

„Ändert sich die Häufigkeit ethnischer Vorurteile im Laufe der Pandemie?“

schlecht, Bildungsniveau und Migrationshintergrund wider. Um mehr über den Zusammenhang zwischen lebensbedrohlichen Ereignissen und ethnischen Vorurteilen zu erfahren, woll-

ten wir wissen: Wer bringt die Ausbreitung von Corona mit ethnischen Gruppen in Verbindung? Ändert sich die Häufigkeit ethnischer Vorurteile im Laufe der Pandemie? Auf welche ethnischen Gruppen zielen die Befragten ab? Die Umfrage nutzte ein eher ungewöhnliches Design: Im Gegensatz zu den meisten Befragungen gaben wir keine vordefinierten Antworten vor, sondern formulierten eine offene Frage. Befragte wurden aufgefordert, bis zu drei Gruppen zu nennen, die ihrer Meinung nach am meisten zur Verbreitung des Coronavirus beigetragen hatten. Den Befragten stand es frei, die Gruppen nach ethnischer Zugehörigkeit, Alter, bestimmten Verhaltensmustern (zum Beispiel häufiges Reisen) oder nach anderen Merkmalen zu unterscheiden. Alle Antworten wurden von uns in Kategorien zusammengefasst. Wir haben dann die so entstandenen Kategorien immer wieder überprüft und angepasst, um auch die im Verlauf der Erhebung neu aufkommenden Antworten (wie etwa „Coronaleugner:innen“) zu erfassen. Essenziell ist außerdem, dass wir nach Gruppen und nicht nach Personen fragten. Die Formulierung der Frage zielte damit explizit auf die Nennung kollektiver Kategorien ab. Umso bemerkenswerter ist es, dass Befragte oft Bezeichnungen wählten, die gerade nicht eine gesellschaftliche Gruppenzugehörigkeit, sondern bestimmte Verhaltensweisen in den Vordergrund stellten (wie „Reisende“ oder „Demonstrant:innen“). Insgesamt standen ethnische Nennungen an fünfter Stelle aller Antworten (mit 17 Prozent),



Jana Glaese war Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung. In ihrer Promotion an der New York University untersuchte sie Debatten um Arbeitskräftemangel und Arbeitsmigration in Thüringen. jcg487@nyu.edu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.



Tamara Bogatzki ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im TRANSMIT-Projekt der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. Die Ökonomin erforscht die Interaktion von soziokulturellen Faktoren und Migrationsentscheidungen. tamara.bogatzki@wzb.eu

Foto: © Ralf Gutjahr, alle Rechte vorbehalten.

nach der Nennung von Reisenden (35 Prozent), Regelbrecher:innen (23 Prozent), spezifischen Altersgruppen (19 Prozent) und sozial aktiven Menschen wie etwa Partygänger:innen (19 Prozent).

Die Nennung ethnischer Gruppen steht damit „nur“ im Mittelfeld. Dennoch sind die Befürchtungen, ethnische Vorurteile könnten sich während der Pandemie verschärfen, nicht gänzlich unbegründet. Die Muster allerdings dürften überraschen: Denn wirtschaftliche und gesundheitliche Bedrohungen durch die Pandemie wirken sich vor allem bei Befragten aus, die Parteien in der politischen Mitte oder im linken Spektrum unterstützen. Bei AfD-Wäh-

„Die Unterstützung rechtsextremer Ideologien sagt zuverlässig voraus, wer auch in Bezug auf die Pandemie ethnische Vorurteile hegte“

lenden hingegen befördern pandemiebedingte Ängste Vorurteile nicht in nachweisbarem Umfang. Wichtig ist freilich zu beachten, dass in dieser Gruppe die Vorurteile und Ressentiments von vornherein unvergleichlich größer sind: Befragte, die die rechtsextreme Partei AfD

unterstützen, haben eine um mehr als 85 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit, die Pandemie mit einer ethnischen Gruppe in Verbindung zu bringen als diejenigen, die andere Parteien unterstützen oder gar nicht wählen. Die Unterstützung der Linkspartei oder von Bündnis 90/Die Grünen senkt dagegen die Wahrscheinlichkeit, eine ethnische Gruppe zu nennen, um etwa 30 Prozent. So sagt die Unterstützung rechtsextremer Ideologien recht zuverlässig voraus, wer auch in Bezug auf die Pandemie ethnische Vorurteile hegte – und zwar unabhängig von persönlichen Belastungen durch Corona.

Wer Diskriminierung bekämpfen will, sollte genau beobachten, wie Vorurteile funktionieren und wie sie sich verbreiten. Eine Art von Vorurteilen hat ihren Ursprung in vorübergehenden Veränderungen der eigenen Umwelt. Die andere Form scheint an tief verwurzelte ideologische Überzeugungen gebunden und damit schwerer beeinflussbar zu sein. Sozialwissen-

„Die politische Orientierung bestimmt die Feindseligkeit gegenüber Randgruppen stärker als Belastungen durch die Pandemie“

schaftliche Studien in den USA sehen seit Langem in der politischen Zugehörigkeit einen der wichtigsten und zugleich stabilsten Faktoren dafür, wie Menschen eine ganze Reihe zentraler Themen und Streitfragen bewerten. Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass auch in Deutschland die politische Orientierung stärker als Belastungen durch die Pandemie die Feindseligkeit gegenüber Randgruppen bestimmte.

Die Grenzen pandemiespezifischer Erklärungsansätze zeigen sich noch deutlicher, wenn man die Entwicklung ethnischer Nennungen über den Befragungszeitraum hinweg betrachtet. Hier offenbart sich einmal mehr der Vorteil offener Fragen auch in quantitativen Analysen. Die offene Frage ermöglicht es uns, die Dynamik der Vorurteile gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Verlauf der Pandemie zu beobachten. Denn jede Nennung kam von den Befragten selbst und wurde nicht durch



Julia Stier ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung. Sie forscht zu westafrikanischer Migration und interessiert sich besonders für die soziokulturellen Ursachen für Migrationsaspirationen. julia.stier@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

uns angeboten. Dadurch kam ein differenzierteres Bild zum Vorschein: Hätten wir den Befragten eine Reihe von Antwortmöglichkeiten vorgegeben, hätten diejenigen, die einwanderungsfeindliche Ansichten und ethnische Vorurteile vertreten, wahrscheinlich alle Möglichkeiten angekreuzt. In dem Moment jedoch, in

„Jede Nennung kam von den Befragten selbst und wurde nicht durch uns angeboten. Dadurch kam ein differenzierteres Bild zum Vorschein“

dem die Befragten gebeten wurden, Gruppen nach ihren eigenen Angaben zu benennen, fielen ihnen offenbar nur bestimmte Gruppen ein: So nannten die Befragten zunächst primär Chines:innen und damit eine Gruppe, die zu Beginn der Pandemie im medialen Fokus stand. Recht bald verlagerte sich die Aufmerksamkeit der Befragten fast ausschließlich auf Einwander:innen generell – und damit hin zu einer Gruppe, die bereits vor der Pandemie dem politisch rechten Rand als Sündenbock gedient hatte.

Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass die Antworten der Befragten keine realistische

Einschätzung der Virusverbreitung widerspiegeln, womit beim anfänglichen Fokus auf Chines:innen noch argumentiert werden könnte. Sie sind stattdessen vielmehr ein Ausdruck von Vorurteilen. Anders lässt sich kaum erklären, warum Befragte bald dazu übergingen, primär Einwander:innen zu nennen – lange vor den schlagzeilenträchtigen Infektionsausbrüchen in der Fleischverarbeitung und anderen Branchen, in denen viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund arbeiten. Besonders Befragte, die die AfD unterstützen, verlagerten sich schnell darauf, Einwander:innen die Schuld zuzuweisen.

Unsere Forschung bietet Anlass zur Beunruhigung und zur Erleichterung zugleich: Insgesamt hat die Pandemie Vorurteile gegenüber ethnischen Gruppen nur vorübergehend und nicht bei allen Befragten verstärkt. Gleichzeitig ist der Großteil solcher Vorurteile gesellschaftlich tief verwurzelt. Daher werden sie mit dem

Ende pandemiebedingter Belastungen auch kaum verschwinden. So bleibt eine politisch rechte Einstellung das aussagekräftigste Anzei-

**„Die Vorurteile sind tief
verwurzelt und werden
mit dem Ende der Pande-
mie kaum verschwinden“**

chen für die Nennung ethnischer Gruppen während der Pandemie – und darüber hinaus. ●

Der Beitrag basiert auf folgender Studie: Bogatzki, Tamara/Glaese, Jana Catalina/Stier Julia: „Disease and Prejudice: Risk Attribution to Ethno-Racial Groups over the Course of a Pandemic“. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 2023. DOI: 10.1080/1369183X.2023.223508

Die Flitterwochen sind zu Ende

Die neue Härte europäischer Städte im Umgang mit Online-Plattformen

Es schien so unkompliziert: Über neue Online-Plattformen lassen sich Urlaube, Einkäufe, Beziehungen auf neue Weise organisieren. Doch inzwischen wird deutlicher, welche Nachteile diese neue Art des Wirtschaftens für Städte und Gemeinschaften hat. Kommunen in ganz Europa machen mobil und regulieren die Internet-Unternehmen schärfer – in unterschiedlicher Weise allerdings und mit offenem Ausgang.

Eliška Drápalová

Online-Plattformen sind eine einfache und bequeme Möglichkeit, Arbeit zu finden, Essen oder Lebensmittel zu besorgen, umzuziehen, einen Partner zu finden, zu reisen oder Gastgeber*in zu sein. Seit sie vor einigen Jahren aufgetaucht sind, haben sie sich sehr schnell in unserem Alltag etabliert. Sie bieten die Chance, ungenutzte Güter in Umlauf bringen und zu Geld machen zu können und so den in der Wirtschaftskrise steigenden Wohnkosten und sinkenden Einkommen zu begegnen. Anfangs war die Resonanz in der Öffentlichkeit begeistert, und auch die Regulierungsbehörden verhielten sich unterstützend. Jetzt aber sind Plattformunternehmen mit einem Stimmungsumschwung und einer stärkeren Regulierung konfrontiert. Bürger*innen sehen zunehmend die negativen Auswirkungen der Plattformen auf ihre Städte (sie stolperten über herumliegende Motorroller, Wohnung waren schwerer zu finden, die Mieten explodierten, Tourismus, Lärm und Verkehr nahmen stark zu). Die städtischen Regulierungsbehörden gewannen ein Bewusstsein dafür, welche Herausforderungen

der Betrieb dieser Plattformen für die öffentlichen Güter bedeutete.

Einige Jahre nachdem sich Plattformen wie Airbnb, Uber, Gorillas oder E-Scooter-Unternehmen auf den Märkten der Europäischen Union etabliert haben, suchten Städte und Länder in ganz Europa nach Möglichkeiten, ihren Erfolg so zu regulieren, dass er verträglicher für das Gemeinwesen ist. Die Regulierungsbestrebungen erreichten in den Jahren nach der Covid-19-Pandemie ihren Höhepunkt. Die Europäische Kommission, staatliche Regulierungsbehörden und vor allem Stadtverwaltungen nutzten die Zwangspause in Tourismus und Mobilität – sie spitzten ihre Bleistifte und verschärften die regulatorischen Rahmenbedingungen.

Im Jahr 2022 hat die EU ein Regelwerk erlassen, das in der gesamten EU Gültigkeit hat: den Digital Services Act (DSA) und den Digital Market Act (DMA). Barcelona hat die Regulierung von Plattformen für Kurzzeitmiete und Ride-

hailing – also Fahrten mit Privat-PKWs, die über Apps bestellt werden – weiter verschärft. Paris hat E-Scooter und sogenannte Dark Stores – Lager, über die online bestellte Ware schnell ausgeliefert werden kann – aus vielen Innenstadtbezirken verbannt. Amsterdam hat Dark Stores verboten und im Jahr 2021 die Regulierung von Airbnb weiter verschärft. Ebenfalls 2021 verpflichtete das spanische Unternehmen Lex Rider Lebensmittellieferplattformen, Fahrer einzustellen. Im Jahr 2022 wurde in Polen ein „Lex Uber“ eingeführt. Dänemark hat den ersten Deal mit Airbnb über die Weitergabe von Daten zu Steuerzwecken abgeschlossen. Die britische Stadt Brighton plant, die touristische Vermietung von Zweitwohnsitzen zu verbieten (in Anlehnung an eine ähnliche Richtlinie in Blackpool). Zusammenfassend könnte man sagen: In den Jahren seit Corona sind die Flitterwochen zwischen Plattformen und EU-Regulierungsbehörden zu einem Ende gekommen.

Im Forschungsprojekt „REGULATE: Recasting the Regulatory State? Comparing the patterns of regulating platform companies across European cities and sectors“, das ich mit Kai Wegrich von der Hertie School verantworte, untersuchen wir, wie Städte Plattformunternehmen in der EU regulieren. Wir haben Daten zur Regulierung – zur Ausgestaltung, zur Schwerpunktsetzung und zum zeitlichen Verlauf – in fast 100 Städten in 18 europäischen Ländern gesammelt. Und wir haben festgestellt, dass lokale politische Entscheidungsträger*innen von

„Von einem ursprünglich zurückhaltenden Ansatz bis hin zu begeisterter Unterstützung sind lokale politische Entscheidungsträger*innen zu härteren Regeln übergegangen“

einem ursprünglich zurückhaltenden Ansatz oder bisweilen sogar begeisterter Unterstützung zu härteren Regeln und entschiedenerer Durchsetzung übergegangen sind. Der Unterschied zu den ersten Jahren ist groß – damals verboten europäische Städte die Dienste entweder generell, oder sie ließen den Markt frei laufen.



Eliška Drápalová ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung. Sie ist Co-Leiterin eines Projekts zur Regulierung von Plattform-Unternehmen in EU-Städten und -Regionen. eliska.drapalova@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

Nach und nach bauten die Städte ihre Kenntnisse aus und verfeinerten die Ansätze zur Regulierung. Inzwischen nutzen die lokalen Behörden ein breites Arsenal an Regeln. Bei den

„Inzwischen nutzen die lokalen Behörden ein breites Arsenal an Regeln“

Kurzzeitvermietern wie Airbnb zum Beispiel sehen wir, dass immer mehr Städte neue Vorschriften erlassen. Nur einige Städte haben die Möglichkeit ganz verboten, komplette Wohnungen auf Airbnb zu vermieten (Barcelona, Berlin, Mallorca, Den Haag). Wir haben auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Bereichen festgestellt. Ridehailing-Plattformen beispielsweise stoßen auf mehr Widerstand: Uber und ähnliche Plattformen wurden in zahlreichen Ländern und Städten verboten. Wenn überhaupt, änderten Städte ihre Gesetze nur langsam, um eine Form des professionalisierten Uber-Dienstes zu ermöglichen. Nur in wenigen osteuropäischen Ländern verkehrt Uber frei. Airbnb hingegen war in einem regulatorischen Vakuum gestartet und musste zusehen, wie sein Markt durch zunehmende Regulierung kleiner wurde.

Die Plattformen bekamen allerdings nicht erst nach der Covid-19-Pandemie Gegenwind. Die



Der Zugang zum Ferienwohnungsmarkt findet immer häufiger über Plattformen wie Airbnb statt. Der Zugang zu den Wohnungen läuft oft – wie hier in Rom – über Zahlencodes.

Foto: © Daniel Biskup/laif, alle Rechte vorbehalten.



Zahl der Städte, die Airbnb regulieren, nimmt seit 2014 zu. Die polnische Stadt Krakau etwa hat bereits 2018 Kurzzeitmieter*innen mit mehrsprachigen Plakaten dazu aufgerufen, die örtlichen Vorschriften, beispielsweise zur Müllabfuhr oder zum Lärmschutz, einzuhalten. Im Jahr 2020 forderten 22 europäische Städte einen europäischen Rechtsrahmen für den digitalen Binnenmarkt, der sicherstellen sollte, dass Ferienvermietungsplattformen Städten Zugriff auf relevante Daten bieten müssen, damit Vorschriften besser durchgesetzt werden können.

Mehrere Faktoren dürften zu einer stärkeren Regulierung von Plattformen führen. Sicher spielt die sich verändernde sozioökonomische Lage eine Rolle. Die sich verschlechternde Haushaltslage und die drohende Wirtschaftskrise zwangen Städte und Länder, sich stärker darum zu kümmern, wie viel Einnahmen in die lokalen Haushalte fließen. Aus unseren Daten geht hervor, dass Steuern und das Bemühen um einen fairen Wettbewerb die Haupttreiber der Regulierung sind.

Eine weitere wichtige Rechtfertigung für Regulierung ist die Verteidigung des öffentlichen

Wohls. Im Fall von Airbnb etwa geht es um Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, Schutz der Gemeinschaft und Nachbarschaft und das Verhindern von übermäßigem Tourismus. Auch Bürger*innen, die früher einhellig den Ausbau personalisierter Dienstleistungen und damit die Möglichkeit, ein Zusatzeinkommen zu erzielen, befürworteten, äußern nun ihren Unmut und fordern von den politischen Entscheidungsträger*innen eine aktive Regulierung. Auf die politische Agenda kommen jetzt Themen wie Umwelt, Steuern, faire Arbeitsbedingungen, Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und die Stärkung lokaler Gemeinschaft in Touristengebieten. Darüber hinaus schlagen sich neue und bekannte Sicherheitsfragen sowie Anliegen des Verbraucherschutzes in zusätzlichen Regeln und Kontrollen nieder.

Schließlich könnte eine stärkere Regulierung auch darauf zurückzuführen sein, dass die Geduld der Städte mit der fordernden Haltung der Plattformen erschöpft ist. Viele Plattformen ignorieren selbstbewusst lokale Regeln oder untergraben sie ziemlich offen. Die Juristin Elizabeth Pollmann und der Jurist Jordan Barry bezeichnen Plattformen als „regulatorische

Unternehmer“: Sie präsentieren sich als innovativ und bürgerfreundlich – und meinen deshalb, örtliche Regeln und Vorschriften komplett missachten zu können. Das Setzen eigener Regeln führt des Öfteren zu Konflikten, die auf den Straßen europäischer Städte ausgetragen

„Die Geduld der Städte mit der fordernden Haltung der Plattformen ist erschöpft“

werden: Medien berichten von brennenden Taxis in den Niederlanden, in Polen und Spanien und von Angriffen auf Airbnb-Touristen in Barcelona. Nach Corona waren viele Städte besser auf Plattformen vorbereitet, denn in der Pandemie hatten Verwaltungen gelernt, schnell digitale Lösungen zu finden und umzusetzen. Der beispiellose Notstand zwang die Städte dazu, ihre digitalen Kapazitäten und ihre Regulierungsinstrumente zu verbessern.

Der EU-Regulierungsbereich ist immer noch sehr dynamisch, aber klar ist, dass wir nach der großen Begeisterung für Plattformen eine Ernüchterung erleben. Die neue Welle von Regeln in den einzelnen Städten zeigt den Plattformen die Grenzen ihrer Macht; sie stellt ihr Selbstbild der kreativen, disruptiven Innovation in Frage. Viele nationale Regierungen haben Städten Vollmachten übertragen, um Probleme in Wirtschaftsbereichen zu regulieren, in denen Plattformunternehmen aktiv sind. In den letzten

Jahren haben die Städte gezeigt, dass sie – neben der EU – wichtige Schauplätze von Regulierungskämpfen mit Plattformunternehmen sind. Sie haben sich als Orte des regulatorischen Lernens und Experimentierens behauptet.

Interessanterweise führte das Durchgreifen der Regulierungsbehörden nicht dazu, dass Kontroversen zwischen politischen Entscheidungsträger*innen und Plattformen zunahmen. Vielmehr reagierten die Plattformen bisher eher versöhnlich, oft gaben sie nach. Die etablierten großen Plattformen wie Uber und Airbnb versuchen einen kooperativeren Ansatz und arbeiten mit Städten zusammen. Sie tauschen Daten aus, informieren ihre Nutzer*innen und setzen lokale Regeln um und durch. Gleichzeitig betreiben Plattformen, insbesondere die mit größerer Reichweite und mehr Ressourcen, präventiv Selbstregulierung und machen Lobby für eigene Regulierungsentwürfe (Niels van Doorn beschreibt das anhand des Beispiels Airbnb).

Noch ist offen, wie die Zukunft der Plattformen und der urbanen Dienstleistungen aussehen wird. Könnten neue Regeln Plattformen zu verantwortungsvolleren Geschäftsmodellen bewegen, die dem Wert öffentlicher Güter besser Rechnung tragen? Oder werden die Beziehungen zwischen Plattformen und Städten konfrontativer? Werden die Erfahrungen mit individualisierten Angeboten nicht nur die Regulierungsansätze verändern, sondern auch den Sektor der öffentlichen Dienstleistungen? Antworten auf diese Fragen liefern unsere Daten nicht. ●

Literatur

Doorn, Niels van: „A New Institution on the Block: On Platform Urbanism and Airbnb citizenship“. In: New Media & Society, 2019, Jg. 22, H. 10. DOI: 10.1177/1461444819884377.

Hajibaba, Homa/Dolnicar, Sara: „Airbnb and Its Competitors“. In: Sara Dolnicar (Hg.): Peer-to-peer Accommodation Networks. Oxford: Goodfellow Publishers 2018, S. 63–76.

Pollman, Elizabeth/Barry, Jordan: „Regulatory Entrepreneurship“. In: Southern California Law Review, 2017, Jg. 90, H. 3, S. 383–448.

Srnicek, Nick: Platform Capitalism. Cambridge, UK/ Malden, MA: Polity 2016.

Die Gesellschaft in die Pflicht nehmen

Der A.SK Social Science Award 2023 geht an Daron Acemoglu

Am 14. November 2023 wird der A.SK Social Science Award mit einem Festakt im WZB an Daron Acemoglu verliehen. Mit einem Preisgeld von 100.000 Euro gehört er zu den höchstdotierten Auszeichnungen in den Sozialwissenschaften weltweit. In Ergänzung zum Hauptpreis wurden erstmals zwei „Bright Mind Awards“ für jüngere Sozialforschende mit einer Preissumme von je 20.000 Euro ausgelobt. Alle drei Preise würdigen Arbeiten zu Wirtschafts- oder Regierungsformen.

Warum ist der Reichtum in der Welt so ungleich verteilt? Oder: Warum gibt es Armut? Auf diese Fragen wollte Daron Acemoglu Antworten finden, deshalb begann er Wirtschaftswissenschaften zu studieren. Geboren ist er 1967 in Istanbul, seine akademische Ausbildung erhielt er in England – er promovierte 1992 an der London School of Economics. Seit 1993 lehrt und forscht er in den USA, er ist Elizabeth & James Killian Professor für Angewandte Ökonomik sowie Institute Professor am Massachusetts Institute of Technology.

Es scheint, als habe er Antworten auf seine Fragen gefunden – und zentral ist dabei ein Begriff: der der Institutionen. In seinem 2012 erschienenen Buch „Warum Nationen scheitern“ führen er und sein Co-Autor James A. Robinson aus, dass nicht, wie oft angenommen, Rohstoffe, Geografie oder Klima über den Wohlstand eines Landes entscheiden. Vielmehr brauche es stabile gesellschaftliche Institutionen, die überdies so inklusiv sind, dass alle Menschen eine Chance haben, ihre Talente zu entwickeln, und nicht wenige Eliten sich bereichern. Mit der Verfasstheit von Gesellschaften

setzt sich der Ökonom Acemoglu intensiv auseinander, so auch 2019 in seinem Buch „The Narrow Corridor. States, Societies, and the Fate of Liberty“, dessen deutscher Titel noch zupackender lautet: „Gleichgewicht der Macht. Der ewige Kampf zwischen Staat und Gesellschaft“. Ohne einen regulierenden Staat, so die These, laufe eine Gesellschaft Gefahr, in Gesetzlosigkeit zu verfallen; umgekehrt wird ein Staat autoritär, wenn die Gesellschaft nicht wachsam und aktiv ist.

Die politische Ökonomie ist ein zentrales Forschungsfeld von Daron Acemoglu. Der unglaublich produktive Wissenschaftler („Ich schlafe wenig“, gab er zu Protokoll) leistet aber auch Beiträge zur Entwicklungsökonomik, zur Wachstumstheorie, zu Themen wie Humankapital oder Einkommens- und Lohnungleichheit und zur Arbeitsmarktforschung. Sein disziplinübergreifender Ansatz beeindruckte auch den Ökonomen und Nobelpreisträger Angus Deaton. Als dieser 2016 von der Financial Times gefragt wurde: „Sollten wir Wirtschaft anders lehren?“, verwies er auf den „jungen Superstar“ Acemoglu und erklärte ihn zum Vorbild: „Wir sollten Ge-



schichte studieren, aber so gut in Mathematik sein, dass wir Geschichte modellieren können.“

Das war sogar noch vor Acemoglus jüngstem Buch, in dem er weit in die Geschichte der Menschheit zurückgreift. In „Power and Progress“, das in deutscher Übersetzung gerade erschienen ist, widmen sich Daron Acemoglu und Simon Johnson dem technischen Fortschritt und was er den Menschen bringt – und sie gehen dafür bis in die Jungsteinzeit zurück. Es ist kein optimistisches Buch, im Gegenteil: Die Autoren widersprechen der traditionellen Ansicht, technologische Entwicklung bringe Wohlstand für alle und gesellschaftlichen Fortschritt. Erfindungen hätten die Menschheit schon oft ins Elend gestürzt, und die Botschaft für heute ist klar: Auch im Blick auf die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz sei Wach-

samkeit angesagt. Zu groß ist die Gefahr, dass wieder einmal nur kleine Eliten vom Fortschritt profitieren. Diese Ungleichheit bedrohe nicht zuletzt die Demokratie, weshalb Acemoglu und Johnson für eine starke Kontrolle des Marktes durch den Staat plädieren.

Daron Acemoglu ist einer der am meisten zitierten Wirtschaftswissenschaftler weltweit. Spätestens seit der Verleihung der John Bates Clark Medal 2005, mit der die American Economic Association alle zwei Jahre den besten Nachwuchsökonom unter 40 auszeichnet, gilt er als Anwärter auf einen Nobelpreis. Aber auch außerhalb der akademischen Welt wird seine Stimme gehört, seine Bücher erreichen ein breites Publikum. Acemoglu schreckt vor Zuspitzungen nicht zurück, seine wissenschaftliche Arbeit versteht er politisch: Alle sollen angeregt und in den Stand versetzt werden, Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten. Genauso hat auch die Ökonomin Esther Duflo, eine seiner Vorgängerinnen als mit dem A.SK Award Ausgezeichnete, sein jüngstes Buch gelesen. „Technologie ist kein Schicksal, nichts ist vorgezeichnet“, schreibt sie. „Trotz ihrer unvollkommenen Institutionen und ihrer oft widersprüchlichen Impulse bleiben doch die Menschen am Steuer. Es sind immer noch wir, die entscheiden, ob die Fahrzeuge, die wir bauen, auf das Ziel der Gerechtigkeit zufahren – oder den Abhang hinab.“ ●

Die Bright Mind Awards



Erstmals werden neben dem Hauptpreis zwei „Bright Mind Awards“ verliehen. Filiz Garip, Professor of Sociology and Public Affairs an der Princeton University, forscht zu Migration und sozialer

Ungleichheit – methodisch hat sie großes Interesse an der Frage, wie aus Daten Erkenntnis zu gewinnen ist. Geboren in einer türkischstämmigen Familie in Bulgarien und mit einer ersten Ausbildung als Ingenieurin hat Filiz Garip schon viele Grenzen überschritten. Sie bringt sich in gesellschaftliche Debatten ebenso engagiert ein wie in die Lehre.



Der Steuerpolitik gilt die ganze Aufmerksamkeit von Stefanie Stantcheva. Als Nathaniel Ropes Professor of Political Economy an der Universität Harvard fragt sie, welche langfristigen Auswirkungen

auf Innovation, Bildung und Wohlstand das Steuersystem eines Landes hat. Mit Umfragen und Experimenten untersucht sie die Einstellungen von Menschen zu staatlichen Vorgaben im Steuer- und Gesundheitssystem, in Einwanderungs- oder Umweltpolitik.

Die Fotos dieser Seite: © MeJudice1/Screenshot from YouTube/Wikimedia Commons; © Mert Sabuncu; © privat – jeweils alle Rechte vorbehalten.

Personen

Gäste

Prof. **Michael Bernhard** Ph.D., University of Florida, ist im Oktober 2023 Gastwissenschaftler in der Abteilung Global Governance. Er arbeitet insbesondere mit dem Theorienetzwerk des Exzellenzclusters SCRIPTS sowie im Rahmen des Projekts „Towards a Typology of Contestations“.



Dr. **Xuejie Ding** ist Postdoktorandin am Leverhulme Centre for Demographic Science (LCDS) und am Nuffield College der University of Oxford und bis Sommer 2024 Gastwissenschaftlerin in der Abteilung

Ausbildung und Arbeitsmarkt. Sie verfügt über einen Hintergrund in der interdisziplinären Forschung mit den Schwerpunkten Soziologie, Demografie, Soziogenomik und öffentliche Gesundheit. Xuejie Dings Forschung zielt darauf ab, das Verständnis für gesundheitliche Ungleichheiten zu verbessern, indem sie soziologische Theorien mit Ansätzen aus der Biologie, der Molekulargenetik, den Lebenswissenschaften und Datascience-Techniken verbindet.
Foto: © privat

Jennifer Earl, Professorin für Soziologie und Criminal Justice an der University of Delaware, USA, ist im November und Dezember Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind soziale Bewegungen, die politische Teilhabe junger Menschen und der Einfluss von digitalen und sozialen Medien.

Dr. **Susannah Ellis**, Referentin in der Abteilung für Leitung und Kommunikation des Bundesministeriums der Finanzen, ist als Policy Fellow des INSIGHTS Projekts der Berlin School of Economics Gast der Abteilung Transformationen der Demokratie. Während ihres Aufenthalts am WZB untersucht Susannah Ellis, welche Faktoren in Zeiten der hybriden Kriegsführung, der Radikalisierung und einer zunehmend fragmentierten Medienlandschaft

das Vertrauen in Medien und in Regierungsinformationen schwächen oder stärken.

Alessandro Ferrara arbeitet ab September als Postdoc an der Freien Universität Berlin beim Exzellenzcluster SCRIPTS und ist in diesem Kontext eng mit der Forschungsprofessur Global Sociology am WZB verbunden. Hier wird er seine Forschung zu seinem am European University Institute in Florenz entwickelten Dissertationsprojekt „Migrant advantage or Optimism trap? Causes and consequences of positive ethnic choice effects“ ausbauen und eng mit Professor Yasemin Soysal und ihrem Team zusammenarbeiten.

Serge Nengali Kumakamba ist Doktorand in internationalem Recht an der Universität Graz, Österreich, und Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung. Seine Forschungsschwerpunkte sind vor allem die Konvergenz von Recht und Technologie, insbesondere der Gesellschaftsvertrag im digitalen Zeitalter, sowie internationale politische Normen und Herausforderungen in Bezug auf das öffentliche Interesse.

Jessica Lang, Ph.D.-Researcher am European Research Institute, Florenz, ist bis Januar 2024 Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Im Rahmen ihrer Promotionsarbeit beschäftigt sie sich mit den politischen Auswirkungen der Klimabewegung.

José David López Blanco ist Doktorand an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Carlos III in Madrid, Spanien, und wird von September bis Dezember Gastwissenschaftler in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung sein. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich Migration und ethnische Beziehungen.

Sharon-Naomi Alcaide Manthey ist Ph.D.-Researcher an der Universität Kopenhagen in Dänemark. Im Oktober und November ist sie Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung und forscht zu zivilgesellschaftlichem Engagement in wirtschaftlich benachteiligten Regionen.

Wolfgang Minatti, European University Institute, Florenz, Italien, kommt Ende September für ein halbes Jahr ans WZB. Er wird mit den Wissenschaftler*innen der Abteilung Global Governance zusammenarbeiten. Sein aktuelles For-

schungsthema lautet „The Legitimation of Governance in Civil War and International Politics“.

Professorin **Jennifer Oser**, Department of Politics and Government an der Ben-Gurion University, Be'er Scheva, Israel, ist im Dezember Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind das Zusammenspiel von öffentlicher Meinung, politischer Partizipation und politischen Prozessen.

Prof. Dr. **Vincent Pouliot**, Department of Political Science der McGill University, Montreal, Kanada, wird ab Oktober 2023 für ein Jahr als Gastwissenschaftler der Abteilung Global Governance ans WZB kommen. Ihm wurde von der Alexander von Humboldt-Stiftung der Bessel-Forschungspreis verliehen, der mit einer Einladung für einen Forschungsaufenthalt in Deutschland verbunden ist.



Thomas F. Remington

ist Visiting Professor of Government an der Harvard University und Goodrich C. White Professor of Political Science (Emeritus) an der Emory University in den USA. Er ist Autor des

kürzlich erschienenen Buches „The Returns to Power: a Political Theory of Economic Inequality“ (Oxford University Press). Im Rahmen seines Gastaufenthalts am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung forscht er zum Ordoliberalismus und dessen Beitrag zur deutschen sozialen Marktwirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren.

Foto: © WZB/Martina Sander

Tomoko Takahashi von der Universität Kyōto in Japan kommt vom 26. September bis 19. Oktober 2023 als Gastwissenschaftlerin in die Abteilung Global Governance. Ihren Aufenthalt am WZB wird sie nutzen, um insbesondere zum Thema „China's Perspectives on International [De]Regulation“ zu arbeiten.

Manuel Valdés ist Juan-de-la-Cierva-Doktorand an der Universidad Nacional de Educación a Distancia (UNED) in Madrid, Spanien. Seine Forschungsinteressen konzentrieren sich auf die Untersuchung von Bildungsungleichheit und sozialer Stratifikation sowie auf quantitative Methoden. Von September bis Dezember 2023 ist er als Gastwissenschaftler der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB.

Ehrungen / Preise

Prof. Dr. **Michael Hutter** wurde anlässlich der diesjährigen Konferenz in Bloomington, Indiana, USA, von der Association for Cultural Economics International (ACEI) zum Honorary Fellow 2023 ernannt.

Die World Association for Public Opinion Research (WAPOR) hat Prof. Dr. **Hans-Dieter Klingemann** für seine Beiträge zur Methodik der Umfrageforschung mit dem Helen Dinerman Award 2023 ausgezeichnet.

Prof. Dr. **Dorothea Kübler**, Direktorin der Abteilung Verhalten auf Märkten und Professorin für Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin, erhält den diesjährigen Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Stille Heldin

Wer immer in den letzten Jahrzehnten Publikationen des WZB in der Hand hatte, hat von ihrer Arbeit profitiert: Heidi Hilzinger, als Lektorin Teil des Kommunikationsteams des WZB, betreute bis zu ihrem Ruhestand im Jahr 2016



zahlreiche Fachbücher und Jahresberichte. Eine „stille Heldin“ hat sie Emeritus Günther Schmid in einem Nachruf genannt, denn ihr Name tauchte selten auf. Mit wachem Auge und stets gespitztem Bleistift verlieh die studierte Soziologin Texten den letzten Schliff. Ihr Lektorat war legendär – Generationen von Forschenden haben von ihr gelernt, für Kolleginnen und Kollegen war sie Instanz und Diskussionspartnerin. Das WZB trauert um Heidi Hilzinger, die im Juli völlig unerwartet verstorben ist.

Foto: © WZB/Udo Borchert, alle Rechte vorbehalten.

Der von der Commerzbank-Stiftung gestiftete Preis ist mit 30.000 Euro dotiert und wird alle zwei Jahre für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Grundlagen des Rechts und der Wirtschaft verliehen.

Prof. Dr. **Heike Solga**, Direktorin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt, wird am 9. Oktober mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Promotionen

Franziska Cooman, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion, hat im Juni 2023 an der Universität Roskilde, Dänemark, ihre Dissertation zum Thema „Venture Capital. A study of financial intermediation in the European political economy“ erfolgreich beendet.

Franziska Kößler, Stipendiatin des ersten Promotionskollegs „Gute Arbeit“, hat am 15. Mai 2023 ihre Dissertation „A reflection of society? Social stressors, social support, and well-being in ethnically diverse retail teams“ mit magna cum laude verteidigt.

Roland Römhildt, ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter von Folke Schuppert im Center for Global Constitutionalism sowie ehemaliger Referent für Wissenschaftsmanagement im Präsidialbereich des WZB, hat im Sommer seine Dissertation mit dem Titel „Nachhaltigkeit: Ideengeschichtliche Traditionslinien und politische Anschlussfähigkeit“ erfolgreich verteidigt.

Kathleen Warnhoff, Stipendiatin des ersten Promotionskollegs „Gute Arbeit“, hat am 3. Juli 2023 am WZB ihre Dissertation „Lernen im Prozess der Arbeit im Kontext von Industrie 4.0“ erfolgreich abgeschlossen.

Personalien

Francesco Capozza Ph.D. ist Postdoc in der Forschungsgruppe Ökonomik des Wandels. Er ist angewandter Mikroökonom, der Erkenntnisse aus der Verhaltensökonomie nutzt, um Forschungsfragen im Bereich der politischen Ökonomie (Nachrichtenkonsum und Polarisierung), der psychischen Gesundheit und der Finanz-

wissenschaft zu bearbeiten. In seiner Forschung kombiniert er experimentelle Methoden wie Online- und Feldexperimente mit Techniken des maschinellen Lernens und des Neuro-Linguistischen Programmierens (NLP).

Dr. **Dorothea Horst** ist seit 1. Juli 2023 wissenschaftliche Forschungs Koordinatorin des Promotionskollegs „Gute Arbeit“. Als Medienkulturwissenschaftlerin hat sie einen Fokus auf dem Zusammenspiel von Sprache, Medien und Affekt. Zuletzt hat sie zu epistemologischen Implikationen medialer Forschungspraktiken gearbeitet.

Kristin Kelley Ph.D., bis August 2023 Postdoc in der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit, wird ab September als Wissenschaftlerin im Bereich Workforce Development an den American Institutes for Research (AIR) tätig sein, wo sie für Partner auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie für Stiftungen und den privaten Sektor forschen wird.

Yuca Meubrink ist seit Oktober 2023 wissenschaftliche Koordinatorin in der Forschungsgruppe von Jutta Allmendinger. Sie koordiniert das VolkswagenStiftung Symposium for Breakthroughs in Social Sciences and Humanities 2023 im Rahmen des Falling Walls Science Summit. Zudem ist sie seit April 2023 Koordinatorin der Arbeitsgruppe des Ständigen Ausschusses der Nationalen Akademie der Wissenschaften „Zukunft der Arbeit nach Corona“.

Norma Sarahi Resendez Chavez ist seit September 2023 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe der Präsidentin und arbeitet dort im Projekt „Consequences of non-standard work schedules for parent well-being: A multi-country study (NONWELL)“. Sie schloss ihr Masterstudium in Public Policy an der Hertie School ab.

Renke Schmacker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Ökonomie des Wandels. In seiner Forschung wendet er Erkenntnisse aus der Verhaltensökonomie auf Themen der Finanzwissenschaft, der Bildungsökonomie und der Umweltökonomie an. Für seine empirische Forschung arbeitet er mit Daten aus eigenen Laborexperimenten und Umfragen sowie mit großen Datensätzen.

Veranstaltungen

11. bis 13. Oktober 2023

The Migration Challenge: Innovations in Theory and Method

Jahreskonferenz des Schwerpunkts Migration und Diversität

Migration is one of the dominant social forces shaping politics and societies in the 21st century. Apart from its human and humanitarian implications, migration poses challenges to both research and policy. The multi-disciplinary conference deals with all of the core issues surrounding contemporary migration including different geographical foci, historical periods, and groups. It brings together international scholars who look at migration and migration policies from a new angle, both from a theoretical and methodological point of view.

Veranstalter: Schwerpunkt Migration und Diversität (WZB); Informationen bei: Melinda Biolchini und Elisabeth Schüler: mad2023-conference@wzb.eu sowie auf der Veranstaltungsseite <https://wzb.eu/de/node/77442>

8. November 2023

Expert:innenforum Startchancen Forum

Das Expert:innenforum ist ein Informations- und Austauschformat und richtet sich an Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen im Handlungsfeld „Schulen in sozial benachteiligter Lage“. Ziel des Forums ist es, über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren durch den Dialog zwischen Politik und Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen, Wissenschaft

und Schulpraxis einen Beitrag zu leisten zur möglichst hohen Wirksamkeit des Startchancen-Programms der Bundesregierung und weiterer Programme zur Verbesserung von Bildungschancen sozial benachteiligter Schüler:innen. In der Veranstaltung wird die Rolle der Kommunen bei der Steuerung und Umsetzung des Startchancen-Programms besonders in den Blick genommen. Interessierte Expert:innen, die an der Veranstaltung teilnehmen möchten, können in Form einer kurzen Anfrage gerne Kontakt zum Veranstaltungsteam aufnehmen.

Veranstalter: Robert Bosch Stiftung und WZB; Informationen bei: exsta@wzb.eu

7. und 8. Dezember 2023

Analyzing Protest in the Digital Age. Challenges and Opportunities in Combining Text and Video Sources

Konferenz

The conference aims to broaden the methodological debate about the opportunities and challenges of digital data analysis for extending research on the repertoire of protest. The international workshop features a public roundtable on video-enhanced protest event analysis on December 7 with Jennifer Earl, Stefan Malhaner, Antje Scharenberg and the two organizers, Donatella della Porta and Swen Hutter.

*Veranstalter*in: Donatella della Porta (Scuola Normale Superiore, Florenz) und Swen Hutter, Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung (WZB); Informationen bei Katja Geiger, E-Mail: sek-zz@wzb.eu*

Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Furcht und Frömmigkeit

Eylem Kanol, Ines Michalowski

Im Zweiten Weltkrieg kursierte das geflügelte Wort: „Es gibt keine Atheisten in Schützengräben.“ Werden Menschen im Angesicht von Gefahr tatsächlich religiös? Dieser Frage gingen Eylem Kanol und Ines Michalowski mithilfe einer wiederholten Befragung von 7.500 Personen in Deutschland nach. Die Befragung fand im Jahr 2020 statt, als die beginnende Corona-Pandemie Menschen in ihrer gesundheitlichen und wirtschaftlichen Sicherheit erschütterte. Tatsächlich lässt sich eine Hinwendung zu Religion (nicht zu Religionsgemeinschaften!) feststellen – allerdings nur bei jenen, die individuell von der Pandemie betroffen waren. Das Bewusstsein einer gesellschaftlichen Notlage reichte hingegen nicht aus. Eine anhaltende Veränderung sehen Kanol und Michalowski nicht, der Trend zur Säkularisierung bleibt ungebrochen.

Eylem Kanol/Ines Michalowski: „Impact of the COVID-19 Pandemic on Religiosity: Evidence from Germany“. In: Journal for the Scientific Study of Religion, 2023, Jg. 62, H. 2, S. 293–311. DOI: 10.1111/jssr.12834.

Wie Autokratie funktioniert

Johannes Gerschewski

Damit Autokratien stabil bleiben, braucht es drei wesentliche Bedingungen: Wichtige Eliten müssen eingebunden werden, abweichende Meinungen unterdrückt und die Legitimation im Volk muss hoch sein. Zwei gegensätzliche Logiken wirken zusammen: Überpolitisierung und Entpolitisierung. Eine Freund-Feind-Unterscheidung wird ideologisch überhöht, die Bevölkerung wird entsprechend mobilisiert. Gleichzeitig kommt es zur Entpolitisierung, indem eine performanzbasierte Legitimation be-

tont wird und die Einwohner:innen apathisch und passiv gehalten werden. Johannes Gerschewski stützt sich auf eine Analyse von 45 Autokratien in Ostasien nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit seinem Ansatz will er neue theoretische Impulse für die Autokratieforschung geben.

Johannes Gerschewski: The Two Logics of Autocratic Rule. Cambridge: Cambridge University Press 2023. Online: <https://www.cambridge.org/core/books/two-logics-of-autocratic-rule/9C61972920FEE9E850313E54936A9D1E> (Stand 05.09.2023).

Risiko und Alter

Neil Murray, Levent Neyse, Carsten Schroeder

Studien haben gezeigt, dass die Risikobereitschaft einer Person im Allgemeinen mit zunehmendem Alter abnimmt. Doch gilt das auch für die spezifischen Bereiche Finanzen, Beruf, Freizeit, Gesundheit und Vertrauen? Levent Neyse und seine Co-Autoren zeigen, dass die Risikobereitschaft in Bezug auf Finanzen, Arbeit und Freizeit tatsächlich deutlich zurückgeht. In den Bereichen Gesundheit und Vertrauen ändern sich die Einstellungen im Laufe des Lebens hingegen kaum. Die Studiendaten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) deuten darüber hinaus auf eine konstante Veränderung der Risikobereitschaft beim Älterwerden hin. Ausnahmen: Im Freizeitbereich nimmt die Risikobereitschaft zwischen dem 20. und 50. Lebensjahr deutlich ab und bleibt danach nahezu unverändert, während die allgemeine Risikobereitschaft bis zum 40. Lebensjahr leicht abnimmt, dann relativ stabil bleibt und erst mit 60 Jahren wieder leicht ansteigt.

Neil Murray/Levent Neyse/Carsten Schroeder: Changes in Risk Attitudes Vary Across Domains Throughout the Life Course. 9. August 2022. DOI: 10.2139/ssrn.4185879.

Vielfalt in Sicht

Melinda Erdmann, Agustina Marques Hill,
Marcel Helbig, Katrin Leuze

Nicht nur in der Ausbildung erreichen Frauen immer bessere Abschlüsse, sie sind auch vermehrt erwerbstätig. Allerdings arbeiten nach wie vor in vielen Berufsfeldern mehr Frauen, in anderen mehr Männer. Forschende sind sogar mit dem Paradox konfrontiert, dass in Ländern mit progressiveren Geschlechterverhältnissen diese Aufspaltung eher stärker scheint. Auf der Grundlage von Daten aus 26 Ländern, die bei der internationalen Schulleistungsstudie PISA erhoben wurden, untersuchten die Autor*innen, wie sich die Berufswünsche junger Menschen in Europa zwischen 2006 und 2018 entwickelt haben – und welche länderspezifischen Faktoren dabei eine Rolle spielen. Das ermutigende Ergebnis: Je stärker Frauen in einem Land in Wirtschaft und Politik mitmischen, desto diverser werden die Berufswünsche und Zukunftsvorstellungen der jungen Menschen, die dort leben. Der Vergleich über eine längere Zeit zeigt somit ein anderes Bild als der Vergleich zwischen einzelnen Ländern. Melinda Erdmann/Agustina Marques Hill/Marcel Helbig/Katrin Leuze: „Do Women's Empowerment and Self-expression Values Change Adolescents' Gendered Occupational Expectations? Longitudinal Evidence Against the Gender-equality Paradox from 26 European Countries“. In: *Frontiers in Sociology*, 2023, Jg. 8. DOI: 10.3389/fsoc.2023.1175651.

Multiethnische Identitäten an Hochschulen

Sonia Giebel

Wenn ich mich als Student*in als Schwarz und als Latino*Latina lese, gehe ich dann zur Kennenlernveranstaltung der Black Community oder zu jener der Latino Community? In welchem Wohnheim komme ich unter? Und welcher Teil meiner Identität ist für die Universi-

tät bei der Veröffentlichung der demografischen Daten am attraktivsten, wenn sie sich als divers präsentieren will? Sonia Giebel hat Interviews mit Studierenden an US-amerikanischen Hochschulen geführt, die sich multiethnisch lesen. Sie zeigt, wie alltägliche universitäre Praktiken ihre Identitäten gefährden und monoethnische Einschreibungen forcieren. Rahmenbedingungen und Praxis führen dazu, dass Studierende ihre Zugehörigkeit infrage stellen – und sogar bewusst ihre Identitäten neu interpretieren.

Sonia Giebel: „As Diverse as Possible: How Universities Compromise Multiracial Identities“. In: *Sociology of Education*, 2022, Jg. 96, H. 1, S. 1–18. DOI: 10.1177/00380407221139180.

Globalisierte Gewerkschaftsarbeit

Tatiana López

Welchen Handlungsspielraum haben organisierte Arbeiter*innen unter den Bedingungen global vernetzter Produktion? Das hat Tatiana López am Beispiel der exportorientierten Textilindustrie in Bangalore untersucht. Sie legt dar, wie komplexe Systeme der internationalen Arbeitskontrolle die kollektive Handlungsfähigkeit der Arbeiter*innen und ihrer Gewerkschaften einschränken. Sie beschreibt jedoch auch, wie die globale Vernetzung es den örtlichen Gewerkschaften ermöglicht, Bündnisse mit Organisationen im Globalen Norden zu schließen. Das Buch zeigt somit nicht nur die Schwierigkeiten, die eine globalisierte Welt Arbeitnehmer*innen und ihren Organisationen bereitet, sondern auch die Handlungsoptionen, die sie ihnen eröffnet: Gewerkschaften handeln global vernetzt, um neuen und alten Herausforderungen zu begegnen und die Arbeits- und Lebensumstände ihrer Mitglieder zu verbessern.

Tatiana López: *Labour Control and Union Agency in Global Production Networks: A Case Study of the Bangalore Export-garment Cluster*. 2023. DOI: 10.1007/978-3-031-27387-2.

Nachlese

Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch on- und offline. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Stadt und Gesundheit

Ein Brückenschlag gelang mit dieser Veranstaltung in mehrerlei Hinsicht. Menschen aus Wissenschaft und Praxis waren im Saal und auf dem Podium, als am 7. Juli zusammengedacht wurde, was meist getrennt betrachtet wird: die biologischen Lebensbedingungen in Städten im Klimawandel und Fragen sozialer Ungleichheit. Jan Paul Heisig, Leiter der WZB-Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit, diskutierte mit der Biomedizinerin Kim Grützmaker vom Museum für Naturkunde Berlin und Stadtplanerin Christa Böhme vom Deutschen Institut für Urbanistik. Einig waren sich alle darin, dass der Einfluss der Umweltqualität auf Lebenschancen deutlich unterschätzt wird. Praktische Folgerungen aus der Erkenntnis liegen eigentlich nahe: mehr Grün in die Städte und mehr Raum für Spiel und Begegnung. Der Mitschnitt der Veranstaltung ist auf dem WZB-Youtube-Kanal zu sehen.

Kompromiss in Farbe und 3-D

Dieser Brückenschlag ist mittlerweile bewährt. Studierende der Fachklasse für Informationsdesign an der Universität der Künste treffen im Visual Society Program auf Forschende aus den Sozialwissenschaften am WZB. Es entstehen neue Zugänge zu Erkenntnissen der Wissenschaft, die mehr sind als bloße Visualisierungen: gemeinsame Perspektiven auf drängende Fragen. Das jüngste Ergebnis der Kooperation sind Ausstellungselemente, mit denen die angehenden Designer*innen Mario Kreuzer und Miriam Seith die Dissertation der Politologin Pola Lehmann aufgreifen. „Wie verändern Parteien ihre Positionen?“ – die Kunst des Kompromisses wird in Szene gesetzt, im besten Fall ein Beitrag gegen Politikverdrossenheit und Demokratieskepsis.

Stipendium in Übersee

Wenn im kommenden Jahr im kalifornischen Thomas Mann Haus die Verletzlichkeit der Demokratie ausgelotet wird, ist es nicht überraschend, dass auch Pola Lehmann mit ihrer Forschung zum politischen Kompromiss eingeladen ist. Im heißen amerikanischen Wahljahr begegnen sich ein gutes Dutzend Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Medien im ehemaligen Wohnhaus des deutschen Schriftstellers und diskutieren auf Einladung des Auswärtigen Amtes über Polarisierung, Fragmentierung und Öffentlichkeit. Neben Pola Lehmann werden aus dem WZB auch Johannes Gerschewski und Dieter Gosewinkel mit einem Stipendium ausgezeichnet. Gerschewski wird mit Pola Lehmann zusammen die Grenzen des Kompromisses ausloten, Jurist Dieter Gosewinkel arbeitet zum Umgang mit sogenannten Staatsfeinden.

Vorlese

Der Zustand der Welt legt es nahe, dass Sozialwissenschaften sich mit Defiziten, mit Bedrohungen und negativen Spiralen befassen. Zum Ende des Jahres und zum hoffentlich inspirierten Start in ein neues wollen wir einen anderen Akzent setzen. „Nur Gutes“ heißt der Arbeitstitel fürs Dezemberheft. Wir fragen nach Potenzialen, nach positiven Überraschungen, nach Lösungsansätzen. Ein durch und durch positives Heft – lassen Sie sich (mit uns) überraschen.

Ausgezeichnete Forschung

Preise ist der Schwerpunkt dieses Hefts, und von Preisen ist auch hier zu berichten. Der A.SK Social Science Award, der seit mittlerweile 16 Jahren am WZB verliehen wird und auf einer Stiftung des Unternehmerpaares Angela und Shu Kai Chan beruht, hat einen jüngeren Bruder bekommen. Der Soziologe Martin Kohli

hat eine Stiftung gegründet, die erstmals in diesem Jahr einen Preis und Fellowships für herausragende Leistungen im Feld der Soziologie vergibt. Verleihende Organisationen sind das Europäische Hochschulinstitut in Florenz und das WZB – an dem in diesem Jahr zwei Fellowships angesiedelt werden.

Nicht wahr

Ob die Linke sich zerlegt, die Ampel streitet oder die AfD triumphiert – als Experte für die Parteienlandschaft ist Wolfgang Schroeder ein gefragter Interviewpartner in verschiedensten Medien. Jetzt aber hat er es sogar auf die Satiereiseite der Tageszeitung taz, die „Wahrheit“, geschafft. Jedenfalls ist anzunehmen, dass es Schroeder ist, der da, leicht literarisch verfremdet, als „Wolfram Schröter“ einen Kommentar zu einem sensationellen Ereignis abgibt: Der Zauberkünstler Daniel Kupferberg nämlich ließ bei einer Show im thüringischen Mondetal 13 Freiwillige verschwinden. Wer nicht wieder auftaucht, ist ausgerechnet der Landrat Roland Schemelmann von der AfD. Der Magier ist verdattert, und die Fachwelt wundert sich: Die Entzauberung der AfD, davon hat man schon gehört – aber dieser Move? Wolfram Schröter wird euphorisch zitiert: „Was in der Provinz begann, besitzt die Kraft, eine Hoffnung für das ganze Land zu sein. Die Verzauberung der AfD hat begonnen!“ (taz vom 4. August 2023)

Erfolgreiche Proteste

Das ging schnell. Erst fünf Jahre ist es her, dass eine schwedische Schülerin begann, freitags für eine bessere Klimapolitik zu protestieren, statt in die Schule zu gehen. Am kleinsten denkbaren Jubiläum, im September 2023, sieht die Bilanz beeindruckend aus: Eine Generation von Schülerinnen und Schülern wurde politisiert, das Thema Klimaschutz ist ganz oben auf der politischen Agenda. Dass das Greta Thunberg und der Bewegung Fridays for Future anzurechnen ist, hat Protestforscher Lennart Schürmann belegt. Seine umfangreiche Analyse von Facebook-Posts von Mitgliedern des Deutschen Bundestags und von parlamentarischen Debatten lässt den Schluss zu, dass die Mobilisierung für das Umweltthema funktioniert hat. Der Hebel, so Schürmann auf tageschau.de (19.8.2023), ist die Medienpräsenz – was allerdings auch bedeutet, dass immer wieder neue Formen gefunden werden müssen. Schuleschwänzen galt anfangs als radikal, jetzt habe das „keinen Neuigkeitsfaktor mehr“. In der Tat: Wir wissen, wie es weiterging.

Impressum

WZB-Mitteilungen, ISSN 0174-3120

Heft 181, September 2023

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Jutta Allmendinger Ph.D.

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin

Telefon 030-25 491-0, Telefax 030-25 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich

Chefredaktion

Dr. Harald Wilkoszewski, Gabriele Kammerer

Redaktion

Kerstin Schneider, Dr. Katrin Schwenk, Claudia Roth

Korrektorat

Martina Sander

Redaktionsassistentz

Lisa Heinig

Übersetzungen

Gabriele Kammerer (S. 11-15, 20-22, 52-55),

Bildredaktion

Gesine Born, www.bilderinstitut.de

Auflage

8.300

Foto S. 3: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung

neues handeln AG, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Datenschutzhinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter: <https://www.wzb.eu/de/datenschutz>.

Urheber- und Nutzungsrechte:

Die WZB-Mitteilungen sind eine Open-Access-Zeitschrift. Sie ist kostenlos zu beziehen und online unter <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen> frei zugänglich. Die einzelnen Beiträge werden zugleich in der WZB-Sammlung im Repositorium EconStor veröffentlicht und langzeitarchiviert (www.econstor.eu). Das Urheberrecht für alle Inhalte verbleibt bei den jeweiligen Autor*innen. Sämtliche Beiträge stehen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International zur Nachnutzung zur Verfügung: (CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Sie dürfen unter Voraussetzung der Namensnennung der Autor*innen sowie unter Angabe der Quelle und oben genannter Lizenz frei bearbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Für Abbildungen Dritter gelten die jeweils angegebenen Urheber- und Nutzungsrechtshinweise.



Zu guter Letzt:

Liebe als Kame- radschaft Die feministische Sexualmoral von Alexandra Kollontai

Kaja Kröger

Ganz offen sprach Alexandra Kollontai Fragen von Liebe und Sexualität an. Vor genau 100 Jahren erschienen ihre „Briefe an die arbeitende Jugend“ in der Zeitschrift „Junge Garde“ der sowjetischen Jugendorganisation Komsomol, und wie außergewöhnlich diese Offenheit war, ist heute kaum noch zu ermessen.

Die Auswahl an Sach- wie Selbsthilfebüchern zum Thema ist mittlerweile unüberschaubar. Wir sprechen und schreiben selbstverständlich über sexuelle Freiheit, alternative Beziehungskonzepte wie Polyamorie oder über Machtverhältnisse in romantischen Beziehungen. Dies ist zum einen der steigenden Präsenz von Sexualität im öffentlichen Raum bis zu ihrer pornografischen Kommerzialisierung geschuldet – das Ende des Verbots von Pornografie und die Antibabypille machten das in der Bundesrepublik Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre möglich. Zum anderen hängt die Liberalisierung der Sexualität mit dem Aktivismus feministischer und queerer Bewegungen zusammen – der jedoch erst in Wechselwirkung mit der marktförmigen Entprivatisierung der Sexualität seine volle Wirkung entfalten konnte. Die neue Frauenbewegung brachte mit ihrem Slogan „Das Private ist politisch“ ab den 1970er-Jahren die sexuelle Selbstbestimmung,

den Schutz vor häuslicher Gewalt und die Emanzipation der Frau von der ihr zugeschriebenen Rolle als Hausfrau und Mutter auf die Tagesordnung und kämpfte gegen wiederkehrende Momente und Kräfte des konservativen Backlash. So lautet die westeuropäisch und nordamerikanisch geprägte Geschichte der „sexuellen Freiheit“.

Zurück zu Alexandra Kollontai. Mehr als 50 Jahre, bevor in der Bundesrepublik Deutschland die erste Frau in Hose im Bundestag sprach, wirkte sie in Russland als erste Frau in einem Ministeramt jemals. Aufgewachsen in Sankt Petersburg in einer gut situierten Familie, genoss sie bereits als junges Mädchen eine umfangreiche Bildung. Sie entwickelte früh ein Interesse am Marxismus und Sozialismus – ausschlaggebend hierfür war wohl der Besuch einer der größten Textilfabriken Russlands im März 1896. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter:innen dort schockierten Kollontai derartig, dass sie beschloss, Kommunistin zu werden. Nach der Oktoberrevolution 1917 wurde sie „Volkskommissarin für soziale Fürsorge“, 1920 übernahm sie die Leitung der ein Jahr zuvor gegründeten Frauenorganisation Zhenotdel. Sie erkämpfte ein liberales und säkulares Scheidungsrecht, die Legalisierung von Abtreibung und ein Mutterschutzgesetz. Auch für Maßnahmen zur Vergesellschaftung von Reproduktionsarbeit setzte sie sich ein: Öffentliche Kantinen etwa sollten ausgebaut werden. Dies ging allerdings kaum voran: Es fehlte an Investitionen in diese öffentlichen Infrastrukturen, die für die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen zentral gewesen wären.

Im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus trieb Alexandra Kollontai um, wie die sexuelle Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft sich durch eine sozialistische Produktionsweise verändern würde und sollte. In der bürgerlichen Gesellschaft bildete die Kernfamilie das Zentrum der sozialen Beziehungen. Das ging in vieler Hinsicht zulasten der Frauen: Um die Stabilität dieser Lebensform zu gewährleisten, wird von Frauen in der Ehe Monogamie und von unverheirateten Frauen Enthaltsamkeit erwartet, während gleichzeitig Sexkauf zwar öffentlich skandalisiert, jedoch hinter vorgehaltener Hand toleriert wird. Für Kollontai waren Ehe und Prostitution in der bürgerlichen Gesellschaft daher zwei Seiten derselben Medaille: In beiden Fällen tauschten Frauen sexuelle Gefälligkeit gegen materielle Sicherheit. Sie stellte die Frage

nach einem fortschrittlichen Modell von Liebe und Sexualität im Sozialismus: Wie können sich Frauen aus ihrer ökonomischen Abhängigkeit befreien und damit auch aus sexuell ausbeuterischen Beziehungen und objektivierenden Rollenmustern ausbrechen? Sie müssen ihren Lebensunterhalt durch Erwerbsarbeit eigenständig absichern, die Versorgung ihrer Kinder muss durch den Staat garantiert werden.

Diese Analyse war weitsichtig – noch heute sind finanzielle Abhängigkeit und drohende Armut eine große Hürde für Frauen, von Gewalt geprägte Beziehungskonstellationen zu verlassen. Eingelassen in Kollontais Vorstellungen zur Umstrukturierung der Produktionsweise und der Vergesellschaftung von reproduktiver Arbeit ist der Imperativ, alle Beziehungen als „kameradschaftliche“ zu führen – seien es freundschaftliche, intellektuelle oder sexuelle Beziehungen. Eine solche „Liebe als Kameradschaft“ ist die Grundlage ihrer kommunistischen Sexualmoral, die sie in den 1923 veröffentlichten Briefen an die arbeitende Jugend fertig entwickelt. Sie trifft dabei die Unterscheidung zwischen Beziehungen des „ungeflügelten Eros“ (der körperlichen, sexuellen Anziehung) und des „geflügelten Eros“ (der körperlichen Anziehung, vermischt mit geistig-seelischen Emotionen), beide Arten haben für sie ihre Berechtigung. Beziehungen sind für Kollontai erst dann schlecht, „wenn weltliches Kalkül an die Stelle gegenseitiger Anziehung tritt“ – dies sei gerade im Kapitalismus der Fall. Erst wenn keine ökonomischen Abhängigkeiten mehr bestünden, könne man sich in romantischen wie in platonischen Beziehungen auf Augenhöhe begegnen und sich dem Anderen in rezeptiver Sensibilität zuwenden, sodass befreite Liebe und Sexualität denkbar wird. Diese Visionen der sexuellen Freiheit blieben wohl vor allem im schriftli-



Kaja Kröger ist studentische Mitarbeiterin in der Abteilung Kommunikation. Sie hat Philosophie, Bildende Kunst und Kulturwissenschaft in Berlin, Hildesheim und Paris studiert und vor Kurzem ihre philosophische Masterarbeit zum Moralbegriff Alexandra Kollontais abgeschlossen.

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

chen Stadium. Bereits 1918 hat Alexandra Kollontai ihren Posten in der Regierung aufgegeben, sie verlässt 1923 die Sowjetunion und wird Botschafterin in Norwegen. Von ihr erstrittene feministische Meilensteine wie das liberale Scheidungs- und Abtreibungsrecht hatten in der Sowjetunion unter Stalin nur eine kurze Lebensdauer.

Kollontais revolutionäre Gedanken waren ihrer Zeit um Jahrzehnte voraus. Eine Renaissance erfahren sie erst in den letzten Jahren, nicht zuletzt durch den Bestseller „Why Women Have Better Sex under Socialism“, den die Osteuropa-Historikerin Kristen Ghodsee 2018 veröffentlichte. Wer von sexueller Freiheit spricht, so zeigt Alexandra Kollontai noch heute, muss zuerst vom feminisierten Niedriglohnsektor, von Kinder- und von Altersarmut sprechen. ●

Zum Weiterlesen:

Ghodsee, Kristen: Red Valkyries. Feminist Lessons from Five Revolutionary Women. London: Verso 2022.

Ghodsee, Kristen: Why Women Have Better Sex under Socialism. New York: Nation Books 2018.

Alexandra Kollontai: Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin. Hamburg: Laika Verlag 2012.

Alexandra Kollontai: Der weite Weg. Erzählungen, Aufsätze, Kommentare. Frankfurt am Main: Neue Kritik 1979.



Dass der grüne Hof des WZB ein Ort der Begegnung und des Austauschs von Gedanken ist, wissen wir schon lange – im Sommer ist der Platz um die Linde ein unverzichtbarer Pausenhof für alle, die hier arbeiten. Höchste Zeit, dass auch die Stadtgesellschaft daran teilhaben kann. Eine günstige Gelegenheit dafür bot sich am 3. September. An einem sonnig-unbeschwerten Sonntag lud das Kulturforum am Potsdamer Platz, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft das WZB liegt, zum Sommerfest. „Ein Tag im Grünen“ – zahlreiche Führungen, Workshops, Konzerte fanden um die Matthäikirche, in und vor den Museen, an der Philharmonie statt. Auch das WZB öffnete seine Tore und lud in einen „Garten des Wissens“. Nicht nur Liegestühle und kühle Getränke lockten, auch Expert*innengespräche – wie hier zwischen WZB-Präsidentin Jutta Allmendinger und Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra – machten Passant*innen zu Gästen. Und als größter Publikumsmagnet erwies sich die postmoderne Architektur der Gebäude, die selten so frei von allen Seiten zu bestaunen ist.

Das kommt:
„Nur
Gutes“
 4|23

Foto: © Kulturprojekte Berlin / Stefanie Heider, alle Rechte vorbehalten.